

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Wittwoch, den 24. April 1907.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementspreis: 3.00 Mk. monatlich, 1.10 Mk. wöchentlich, 28 Bg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Bg. Sonntagsnummer mit Wochenspiegel 10 Bg. Beilage „Die Neue Welt“ 10 Bg. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Bestellungsverzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Abgabe täglich außer Montags.

Die Interlons-Gebühr
Betragt für die sechsgehaltene Rollenreihe oder deren Raum 60 Bg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Bg. „Kleine Anzeigen“, das erste (festgedruckte) Wort 20 Bg., jedes weitere Wort 10 Bg. Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Bg., jedes weitere Wort 5 Bg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Rüstet zur Mäifeier!

Nur noch wenige Tage trennen uns vom 1. Mai, den das internationale Proletariat gemäß dem Beschlusse des Internationalen Kongresses zu Paris im Jahre 1889 als Weltfeiertag begeht.

Die Mäifeier hat bereits ihre wechselvolle Geschichte. Und gerade angesichts der heutigen Situation, angesichts des Aufstieges des Parteivorstandes und der an ihm geübten Kritik ist es am Plage, kurz dieser Geschichte der Mäifeier zu gedenken.

Die Mäifeier war durch den Pariser Beschluß keineswegs als eine durch Arbeitsruhe zu begehende Demonstration festgelegt. Er besagte vielmehr: „Die Arbeiter der verschiedenen Nationen haben die Kundgebungen in der Art und Weise, wie sie ihnen durch die Verhältnisse ihres Landes vorgeschrieben wird, ins Werk zu setzen.“ Erst der Internationale Kongress zu Brüssel beschloß den Zusatz, daß die Sozialdemokratie jedes Landes die Pflicht habe, die Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai anzustreben.

In Deutschland kam es im Jahre 1890 wegen der Frage der Arbeitsruhe zu Differenzen. Die sogenannten „Jungen“ erhoben die Anklage, die Fraktion habe mit ihrer durch die Ungunst der wirtschaftlichen und politischen Lage motivierten Warnung vor der Arbeitsruhe um jeden Preis der Demonstration das Rückgrat gebrochen. Der Parteitag zu Halle stimmte jedoch mit sehr großer Mehrheit einer Resolution zu, die lautete: „Die Motive, welche die Fraktion veranlaßten, den bekannten Aufruf für die Demonstration am 1. Mai zu erlassen, fanden in der allgemeinen ökonomischen und politischen Lage ihre Rechtfertigung“. Der Parteitag zu Berlin 1892 beschloß sogar ausdrücklich, ungeachtet der prinzipiellen Anerkennung der Arbeitsruhe, die Feier des 1. Mai 1893 auf den Abend zu verlegen. Der Parteitag zu Köln 1898 wotierte: „Zur würdigen Feier des 1. Mai erstreben wir die allgemeine Arbeitsruhe. Da aber deren Durchführung bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage in Deutschland nicht möglich ist, so empfiehlt der Parteitag, daß nur diejenigen Arbeiter und Arbeiterorganisationen, die ohne Schädigung der Arbeiterinteressen dazu im Stande sind, neben den anderen Kundgebungen den 1. Mai auch durch Arbeitsruhe feiern“.

Mit dem Wiedereintreten der günstigeren Konjunktur und der Verstärkung der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen gewann auch die Arbeitsruhe am 1. Mai weitere Ausdehnung. Die Mäifeierresolution erhielt demgemäß die Fassung, daß es der Parteitag den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht macht, überall da, wo die Möglichkeit der Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit ruhen zu lassen.

Man sieht: der Vorwärt der Mäifeier war kein ungeklärter, alle Hindernisse im ersten Ansturm niederwerfender, sondern ein allmählicher, zäher und langsam das Terrain erobernder! Niemals glaubte die ungeheure Mehrheit der Partei, das Ideal der allgemeinen Arbeitsruhe mit einem Schlage, allen Hindernissen zum Trotz, verwirklichen zu können. Stets trug die Partei den Umständen Rechnung — ohne aber darum das Ideal der Arbeitsruhe einen Augenblick aus dem Gedächtnis zu verlieren. Sobald es die Situation gestattete, verstand es das deutsche Proletariat, mit verdoppelter Energie das durch die Ungunst der Verhältnisse Verzagte nachzuholen!

Heute stehen Partei und Gewerkschaften ungeheurer viel mächtvoller da, als im Anfang der neunziger Jahre. Aus den 1400 000 sozialdemokratischen Stimmen von 1890 sind 3 200 000 Stimmen geworden; die Gewerkschaften gar sind von 200 000 auf mehr als 1 800 000 Mitglieder angewachsen! Aber trotzdem ist das Proletariat noch lange nicht allmächtig! Die Verschärfung der Klassengegnerschaft, die in dem enormen Wachstum der Arbeiterbewegung ihren Ausdruck fand, hat auch in einem kolossalen Zusammenschluß der Kräfte der herrschenden Klassen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete ihren Ausdruck gefunden! Hoch ist der Berg nicht übersteigen, noch liegt die steilere Bergstrecke vor uns. Das hat der letzte Wahlkampf bewiesen, das beweisen die mit namenloser Erbitterung geführten Bohnkämpfe!

Deshalb ist auch die Bahn für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai nicht frei. Auch dies proletarische Ideal muß erst noch erkämpft werden. Im Kampfe aber gilt es nicht nur Bravour zu zeigen, sondern auch Besonnenheit, strategische Klugheit!

Wenn die Gegner über den „Nützlich“ der Partei in der Frage der Arbeitsruhe höhnen, so kann uns das kalt lassen. Sollten wir stets den Beifall der Kapitalistenpresse erlangen, welche dummenheiten müßten wir begehen! Aber auch die wohlmeinenden Klagen unferer eigenen Parteifreunde erscheinen uns unberechtigt! Wie traurig müßte es um die Lebensfähigkeit der Mäifeier stehen, wenn ihr durch die vielleicht nicht ganz diplomatische Fassung des Aufstieges des Parteivorstandes das Lebenslicht ausgeblasen werden könnte!

Wir sind in diesem Fall wirklich einmal Optimisten. Wir glauben, daß der Wert der Mäifeier, die demonstrative Bedeutung

der Arbeitsruhe am 1. Mai dem Klassenbewußten Proletariat derart ins Bewußtsein gedrungen ist, daß ihm die Mäifeier mehr ist als ein blutleeres Symbol. Und wir trauen auch der deutschen Arbeiterschaft mehr taktische Einsicht, mehr Kampfesbeherlichkeit zu, als daß sie nun mit einem Male die Platte ins Korn werfen würde, weil sich ihrem Sturm neue Hindernisse in den Weg stellen! Ja, wir glauben, daß im letzten Ende die Kampfentschlossenheit der proletarischen Armee durch Gewöhnung an die wirklichen Kampfbedingungen, durch wahrheitsgemäße Darstellung der zu überwindenden Widerstände weit mehr gefördert wird, als durch das Vortäuschen stetiger und leichterer Siege! Eine schlechte Armee, die bei einem vorübergehenden Mißerfolg desertiert!

Die Mäifeier ist nicht Selbstzweck. Sie ist eine Schulung für den Klassenkampf, ein Mittel zur Erziehung zur Disziplin und zur Disziplin. Und wir erhoffen von der sechsjährigen Kampfschulung der bisherigen Mäifeierkämpfer, daß das deutsche Proletariat sich auch diesmal musterhaft im Feuer halten wird!

Arbeitsruhe, soweit sie irgend möglich ist!

Sofort aber die gebotene taktische Besonnenheit die Arbeitsruhe nicht zuläßt, befürchten wir keine Erschlaffung und Entmutigung, sondern

Vorbereitung und Stählung zu den unvermeidlichen neuen Kämpfen!

Das Satirspiel zur Mannheimer Zeugniszwang-Tragödie.

Aus Mannheim wird uns zur Haftentlassung des Genossen Ged geschrieben:

Redakteur Oskar Ged von der „Volkstimme“ war in Zeugniszwanghaft genommen und 10 Tage darin festgehalten worden, weil er sich, in dem Anklageverfahren gegen das Karnevalsblatt „Schnupftabak“ als Zeuge vernommen, geweigert hatte, den Verfasser der wegen angeblicher Majestätsbeleidigung infrimierten Notiz, dessen Namen ihm (Ged) in seiner Eigenschaft als Redakteur bekannt geworden war, zu nennen. Ged war von dem Untersuchungsrichter vor seiner Einberufung sofort verurteilt und nach seiner Weigerung, das redaktionelle Verurteilungsgeheimnis preiszugeben, auf Grund des § 69 Abs. 1 der Str.-Pr.-D. mit 100 M. Geldstrafe belegt worden; außerdem wurde ihm zur Erzwingung des Zeugnisses nach Abs. 2 des genannten Paragraphen die Haft angedroht, mit deren Vollstreckung dann am 10. d. Mts. begonnen wurde. — kurz: er war bis zu seiner am Freitag erfolgten Entlassung vom Untersuchungsrichter Haas als Zeuge behandelt worden und hatte die Folgen der ganzen zur Erzwingung der unbefchränkten Aussage vom Gesetz zugelassenen Strenge zu tragen. Nun, nachdem Ged 10 Tage in der allein durch seine Behandlung als Zeuge begründeten Zwanghaft zugebracht, kommt — ohne daß Ged natürlich auch nur eine Silbe in der Richtung seiner eigenen Beziehungen zu der infrimierten Notiz an seinen früheren Aussagen geändert hatte — plötzlich der Untersuchungsrichter und erklärt: Ged ist jetzt für mich nicht mehr Zeuge, sondern Angeklagter, weil sich ergeben habe, daß er der Mittäter-schaft an dem unter Anklage gestellten Verbrechen verdächtig sei.

Was ergibt sich aus dieser durch Herrn Haas selbst vorgenommenen Verkehrung der Zeugeneigenschaft Geds in die des Angeklagten?

1. Herr Untersuchungsrichter Haas hat, als er Ged am 19. März bei seiner Einberufung verurteilte, gegen den § 56, Ziff. 3 der Str.-Pr.-D. verstossen, welcher bestimmt: unvereidigt sind zu vernehmen Personen, die hinsichtlich der den Gegenstand der Untersuchung bildenden Tat als Teilnehmer . . . verdächtig . . . sind; — wobei noch besonders betont sein mag, daß nach wiederholten Entscheidungen und der konstanten Praxis des Reichsgerichts ein Mitangeklagter — und Ged ist nach der jüngsten Verfügung des Herrn Haas ja jetzt ein solcher — überhaupt nicht, auch nicht uneidlicher, Zeuge sein kann.

2. Herr Haas hat den § 54 der Str.-Pr.-D. ignoriert, der bestimmt, daß der Zeuge die Auskunft auf solche Fragen verweigern kann, deren Beantwortung ihm selbst die Gefahr strafgerichtlicher Verurteilung zuziehen würde.

3. Herr Haas hat auf Grund des bereits erwähnten § 69 der Str.-Pr.-D. eine Geldstrafe wegen Zeugnisverweigerung verfügt, der jede rechtliche Grundlage fehlt.

4. Die an Ged vollstreckte Zeugniszwanghaft ist durch die jüngste Verfügung des Herrn Haas selbst nun als eine durchaus ungelegliche, weil aller strafprozessual verlangten Voraussetzungen ermangelnde zugestanden worden.

Wie wir bereits telegraphisch gemeldet, hat das Karlsruher Oberlandesgericht die Beschwerde Geds gegen die über ihn verhängte Zeugniszwanghaft, gleich dem Mannheimer Landgericht, als unbegründet verworfen. Zunächst wird die formelle Frage nach der Zulässigkeit der weiteren Beschwerde gegen die bereits vom Landgericht als

Beschwerdeinstanz erlassene Entscheidung bejaht. Es geschähe dies, sagt das Oberlandesgericht, zwar gegen die herrschende Meinung, welche die Zeugniszwanghaft nicht als „Verhaftung“ im Sinne des 9. Abschnittes Buch 1 der Str.-Pr.-D. betrachte; es handle sich aber im vorliegenden Falle um eine für die Freiheit, die Gesundheit und die wirtschaftlichen Verhältnisse des Betroffenen sehr einschneidende Maßregel, und eine die Entziehung der persönlichen Freiheit betreffende Entscheidung erheische die Bürgschaft einer zweifachen kollegialischen Beschlussfassung. Weiterhin wird ausgeführt, eine Verletzung des § 188 Str.-Pr.-D. sei in der an den Zeugen Ged gerichteten Frage nach dem Verfasser des infrimierten Artikels nicht zu finden. Dann heißt es aber wörtlich weiter:

„Zweckmäßiger wäre es allerdings gewesen, zunächst an den Zeugen weitere Fragen darüber zu richten, auf welchem Grunde die Wissenschaft des Zeugen beruht, und aus welchem Grunde die drei Angeklagten, wenn nicht als Täter, so doch als Teilnehmer nicht in Betracht kommen können. Diese und ähnliche Fragen und die Antworten des Zeugen hätten in dem Protokolle zum Ausdruck kommen sollen. Ob solche Fragen überhaupt gestellt wurden, läßt sich aus dem Protokolle nicht ersehen.“

Auffallend ist, daß der Beschwerdeführer und die übrigen vernommenen Zeugen ohne weiteres sofort beeidigt wurden. In der Voruntersuchung soll der Regel nach die Beidigung der Zeugen nicht eintreten. Sie erfolgte wohl, weil sie dem Untersuchungsrichter als Mittel zur Herbeiführung einer wahrheitsgemäßen Aussage erforderlich erschien. Entgegen der auch für die Voruntersuchung geltenden Vorschrift des § 65 Abs. 4 der Strafprozessordnung ist aber der Grund der Beidigung in den Protokollen nicht angegeben. . . .

Die Verhängung der Zwanghaft dagegen ist in das Ermessen des Richters gestellt. („Auch kann . . . die Haft angeordnet werden.“) Daß der Untersuchungsrichter von seinem Ermessen einen unzulässigen Gebrauch gemacht hat, kann nicht anerkannt werden. Allerdings kann der Richter von Verhängung der Zwanghaft absehen, wenn er es aus besonderen Gründen für angemessen hält. Es ist auch nicht zu verkennen, daß es aus den von Justizrat Dr. Strang und Staatsanwalt Dr. Wulffen in der „Deutschen Juristenzeitung“ 1907, S. 338 und 339 ff., insbesondere S. 337 dargelegten zutreffenden Erwägungen gerade im Staatsinteresse vielleicht ratsamer gewesen wäre, im vorliegenden Fall von der Zwanghaft abzusehen. Als einer der Gründe zur Verhinderung des Zeugen mit der Zwanghaft hätte auch die Erzwingung Platz greifen dürfen, daß der Inhalt des den Gegenstand der Anklage bildenden, un-zweifelhaft zu mißbilligenden Artikels doch vielleicht auf der Grenze zwischen dem crimen laesae maiestatis (der Majestätsbeleidigung, Red.) und dem nicht strafbaren crimen laesae honoris (mangelnden Ehrerbietung, Red.) liegt. Unverkennbar richtet sich die Spitze des Artikels in erster Reihe gegen den von dem Schreiber unterstellten byzantinischen Geist der Stadtverwaltung, den er in einer Karzezeitung — allerdings in derb wüthiger Weise — geißeln will.“

Auch der von dem Beschwerdeführer weiter angeführte Grund der Verhinderung der Zwanghaft ist zu verwerfen. Nach geltendem Recht entbehrt eine Verurteilung auf das Redaktionsgeheimnis der gesetzlichen Grundlage. . . .

Ungeheuer ist allerdings, daß in den Kreisen der Vertreter der Presse die von dem Beschwerdeführer geltend gemachte Auffassung der herrschende ist. . . . Allein diese weitergehende Auffassung der Vertreter der Presse, die wohl auch mit dem Selbstempfinden weiter Kreise in Einklang steht, hat zurzeit keine gesetzliche Grundlage. Auch dieser Gesichtspunkt hätte höchstens bei den Erwägungen des Untersuchungsrichters, ob etwa von der in das Ermessen gestellten Zwanghaft abzusehen sei, berücksichtigt werden können.“

Diese Entscheidung des höchsten badischen Gerichtshofes bildet, wenn sie auch aus formell gesetzlichen Gründen die Beschwerde Geds verwirft, doch immerhin eine derart abfällige Beurteilung sowohl der staatsanwaltlichen Anklage überhaupt wie ganz besonders auch der Amtsführung des Untersuchungsrichters, daß die hiesige „Volkstimme“ nicht zuviel sagt, wenn sie sie eine Anklagechrift gegen den Staatsanwalt Junghans und den Untersuchungsrichter Haas nennt. Die bekanntlich am Freitag erfolgte Entlassung Geds ist ohne Zweifel auf die bereits vom 13. d. Mts. datierte Entscheidung des Oberlandesgerichtes zurückzuführen.

Ein bürgerlicher Wahlschwindel gerichtet.

Die „Frankfurter Zeitung“ und — der Reichskanzler verurteilt. Frankfurt a. M., 23. April.

Vor dem hiesigen Schöffengericht kam heute die Beleidigungsklage des Frankfurter Parteisekretärs Wilhelm Dittmann gegen die „Frankfurter Zeitung“ zur Verhandlung. Die Klage ist ein Nachspiel der Reichstagswahl. Sie gewinnt an allgemeiner Bedeutung, weil der Reichskanzler Fürst Bälow mit der von der „Frankfurter Zeitung“ erhobenen Beschuldigung in seiner Reichstagsrede vom 26. Februar gegen die Sozialdemokratie kämpfte, und trotzdem er in Kenntnis gesetzt wurde, daß die Behauptungen der „Frankfurter Zeitung“ unwahr sind, es nicht für nötig hielt im Reichstage eine Erklärung abzugeben.

Der Klage liegt folgender Tatbestand zugrunde: Am Nachmittage des Stichtages lag das sozialdemokratische Wahlkomitee ein Flugblatt verbreiten, in dem mitgeteilt wurde, daß ein freisinniger demokratischer Wahlhelfer verurteilt habe, Wähler für den demokratischen Reichstagskandidaten H. Oeser umzustimmen und gesagt habe: „Wenn Sie Oeser wählen, gebe ich Ihnen 10 Mark!“ — Die „Frankfurter Zeitung“ brachte daraufhin im ersten Morgenblatte vom 6. Februar unter der Spitzmarke „Salunkemoral“ einen Artikel, der unter Anklage steht.

Dieser Artikel ist — nebenbei bemerkt — ein Beispiel für den „guten Ton“ der bürgerlichen Presse, denn in rund 20 Zeilen wimmelt es nur so von Ausdrücken wie: Fälschung, freche Lüge, Schurkerei, Frechheit, Fälschungsprodukt usw. Es wird in dem Artikel zunächst gesagt, daß die Stimmenlaut-Verhauptung in dem Flugblatt eine freche Lüge sei, und dann heißt es wörtlich — und dies ist in dem Prozesse der Hauptpunkt —:

„Über die Frechheit, mit der das sozialdemokratische Wahlkomitee diese Lügen verbreitete, wird ins rechte Licht erst durch die Tatsache gerückt, daß dieses Flugblatt bereits gestern abend gedruckt und zur Verteilung bereitgelegt war. Wir sind auf Grund zuverlässiger Informationen in der Lage, jederzeit den Nachweis für die Wahrheit unserer Behauptung zu erbringen. Das verteilte Flugblatt charakterisiert sich danach als eine Schurkerei der daran beteiligten Personen. In der Person des Fälschungsproduzenten: Das sozialdemokratische Wahlkomitee. J. A.: Wüh. Dittmann.“

Genosse Dittmann hat daraufhin der „Frankfurter Zeitung“ eine Verichtigung zugehen lassen, die diese in ihrem Abendblatt vom 6. Februar abgedruckt und worin es hieß, daß ihre Behauptung über die Zeit des Druckes des Flugblattes unwahr sei und fortgesetzt wurde:

„Die fragliche Mitteilung ist mir erst heute morgen kurz nach 10 Uhr von dem betreffenden Wähler in Gegenwart des Arbeiterssekretärs Heiden und anderer Zeugen gemacht worden. Daraufhin habe ich das fragliche Flugblatt geschrieben und gegen 11 Uhr morgens in der Union-Druckerei in Druck gegeben; dafür sind Duhende von Zeugen zu erbringen, u. a. auch mein Parteigenosse Rag Cohen.“

Die „Frankfurter Zeitung“ knüpfte daran u. a. die Bemerkung, ihr Gewährsmann bleibe bei der Behauptung, das fragliche Flugblatt bereits am Abend vor der Wahl gesehen und gelesen zu haben. Zu dieser Behauptung bemerkte Dittmann in einer weiteren Zuschrift an die „Frankfurter Zeitung“, daß das Flugblatt erst am Wahltag selbst, kurz vor Mittag, geschrieben worden sei, und er der Redaktion der „Frankfurter Zeitung“ an Gerichtsstelle Gelegenheit geben werde, durch ihren Gewährsmann unter Eid ihre gegenteilige Behauptung zu beweisen. Soweit hätte die Angelegenheit nur lokales Interesse beansprucht, wenn nicht der Bitatenkünstler Bülow die Verleumdung der „Frankfurter Zeitung“ im Reichstage zitiert und sie zu der seinigen gemacht hätte, und zwar trotz der Verichtigungen Dittmanns in derselben „Frankfurter Zeitung“, die eigentümlicherweise Fürst Bülow oder seine Ratgeber nicht kannten.

ParteiSekretär Dittmann appellierte nun an Bülow's Wahrheitsliebe und Loyalität und sandte ihm am 27. Februar ein Telegramm, worin der Sachverhalt dargelegt wurde. Es ist seinerzeit im „Vorwärts“ veröffentlicht worden.

Bülow hat auf diese Aufforderung nicht reagiert. Er hat nicht an derselben Stelle, wo er die Verleumdung der „Frankfurter Zeitung“ gegen die Frankfurter Sozialdemokratie als bare Münze vorbrachte, die Verichtigung Dittmanns mitgeteilt. Er ließ nur in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ erklären, daß ihm die Verichtigung vorher nicht bekannt war.

So richtete sich die Klage zwar formell nur gegen die „Frankfurter Zeitung“, tatsächlich aber auch gegen den Reichslingler Fürst Bülow.

Ueber das Ergebnis der Verhandlung wird uns gemeldet:

Frankfurt, 23. April.

(Privattelegramm.)

Der verantwortliche Redakteur Büsching der „Frankfurter Zeitung“ wurde wegen Verleumdung Dittmanns zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Das Urteil ist in der „Frankfurter Zeitung“ und im „Reichsanzeiger“ zu veröffentlichen.

D, welche Lust, Soldat zu sein!

Vom Beginn des Januar bis Mitte April 1907 wurde die gerichtliche Aburteilung von 22 Soldatenmishändlern bekannt. Die politische Erregung, die in diese Zeit fiel, hat natürlich die Aufmerksamkeit der unabhängigen Presse von den Militärgerichtsfällen abgelenkt. Außerdem scheint die Kunst, der sozialdemokratischen Presse die Termine, an denen militärgerichtliche Sitzungen stattfinden, zu verheimlichen, da und dort einen großen Ausschlag genommen zu haben.

An Strafen wurden ausgesprochen 5 Jahre 1 Monat 8 Tage Gefängnis, 2 Monate 27 Tage mittlerer Arrest, 19 Tage gelinder Arrest, 56 Tage Festungshaft, 21 Tage Stubenarrest, im ganzen eine Freiheitsentziehung von 5 Jahren 7 Monaten 11 Tagen. Dazu eine Degradation.

Auf Preußen treffen 4 Jahre 6 Monate 8 Tage Gefängnis, 2 Monate mittlerer Arrest, eine Degradation (12 Vorgesetzte); auf Bayern 9 Tage gelinder Arrest (2 Vorgesetzte); auf Sachsen, in dem die Soldatenmishandlungen offenbar sehr üppig geblieben, 7 Monate Gefängnis, 27 Tage mittlerer Arrest, 10 Tage gelinder Arrest, 56 Tage Festungshaft, 21 Tage Stubenarrest (8 Vorgesetzte, darunter 2 Offiziere).

Die bestraften Offiziere sind der Major v. Jeschowitz vom Bezirkskommando Freiberg in Sachsen mit 56 Tagen Festungshaft und der Hauptmann Franz Schulte vom sächsischen Infanterieregiment Nr. 139 mit 21 Tagen Stubenarrest. Wenn Majore und Hauptleute mishandeln, kann man sich nicht wundern, daß Unteroffiziere es auch tun. Wie mild auch in diesem Vierteljahre mit den Soldatenmishändlern verfahren wurde, mögen zwei Beispiele lehren. Der Bizefeldwebel Kerlinger vom 1. bayrischen Jägerbataillon schlug einen Soldaten mit der Säbelklinge vor den Kopf, mit der Faust in den Rücken und ins linke Auge, so daß es 8 Tage blutunterlaufen war. Dafür erkannte das Gericht auf nur 7 Tage gelinden Arrest. Der Unteroffizier Schumann vom sächsischen Infanterieregiment Nr. 104 verlegte einem Rekruten das linke Auge, weil er es beim Zielen nicht schließen konnte. Dabei empfand der Rekrut natürlich heftige Schmerzen; außerdem entstand an der Wange eine Brandwunde. Das Urteil lautete auf 7 Tage mittleren Arrest.

Schon aus Rücksicht auf die Disziplin sollte endlich einmal eine strengere Bestrafung der Soldatenmishändler eintreten, denn die milden Urteile müssen selbstverständlich eine große Erregung in den Reihen der Soldaten hervorrufen. Wie würden z. B. die Offiziere empfinden, wenn ein bürgerliches Gericht einen Zivilisten, der einen Offizier schwer beleidigt hat, nur zu fünf Mark Geldstrafe verurteilen würde. Bei den Soldaten kommen noch die furchtbaren Strafen hinzu, die sie selbst treffen, wenn sie auch nur im Anschluß an einen Unteroffizier einen leichten Schlag vertragen. Auf Jahre verschwinden sie hinter Gittern, manchmal sogar hinter Mauermauern. Verlegt oder ein Unteroffizier einem Soldaten ein Auge, so kommt er mit 7 Tagen mittlerem Arrest davon!

Aus den Papieren Montagninis.

Paris, 21. April. (Fig. Ver.)

Der Schab der Montagnini-Papiere ist noch lange nicht erschöpft; die neuesten Veröffentlichungen bieten allerdings weniger politisches Interesse als gesellschaftliche Pikareske. Bestätigt wird durch sie jedenfalls das Vorhandensein eines herrlichen Spionagesystems, das sich wohl messen kann mit dem der Freimaurer, das seinerzeit den Reaktionen zu einem endlosen Entrüstungssturm den Vorwand bot. Der Untergrund

besteht nur darin, daß die freimaurerische Spionage zu meist von plumpen Provinzleren besorgt wurde, wogegen dem päpstlichen Agenten Gifford aus der „besten Gesellschaft“ zur Verfügung standen, die die Höflichkeit viel virtuoser zu handhaben wußten. Es ist überaus vernünftig, das verschmitzte Augurenlächerl zu erraten, mit dem z. B. die nachstehende Charakteristik eines guten ultramontanen Parteigängers niedergeschrieben worden sein mag: Herr Leclere de Foulle ist im Besitz eines Vermögens von 5- bis 600 000 Frank. Der „Angestragte“ hat also einen großen Kredit. Sein Vermögen ist solid; denn es besteht hauptsächlich in Immobilien und auch in Wertpapieren. Herr Leclere de Foulle ist ein streitbarer Katholik, aber (im Original unterstrichen) ein beschränkter Geist und von einer Intelligenz, die unter dem Mittelmaß ist.

Einen netten Auschnitt aus der „borehmen“ Welt bietet der folgende, als „vertraulich“ bezeichnete Auskunftszeitel: X... (ein bürgerlicher Name), sehr bekannte Pariser Familie, die sich durch den Schick, wonach der reiche Bourgeois in allen Ländern so gierig strebt, in den Vordergrund zu bringen sucht. Besagter Herr Graf X... ist Mitglied des Cercle der Insel von Buteaux und des Bois de Boulogne, der Société Hippique, der Union Artistique und des Jachklub, aber nicht des Jachklub, des Royal, des Agricolt und noch weniger der Union, was über seine Sozialwohl genug sagt. Er ist als ein einfacher X... geboren. Er ist von vornehmerm und hochmütigen Aeußeren, groß, schlant, von schönem Auftreten, wobei er reuffiert hat! unter einem gewissen Gesichtspunkt. Er hat von seiner Familie ein gewisses — wie man sagt schönes — Vermögen geerbt, aber was ist ihm davon geblieben? Er hat eine Prinzess von R... (der Name einer Prinzessin aus einem regierenden Hause Deutschlands geheiratet, die einen verantwortlichen Ehemann nötig hatte mit Rücksicht auf ihren Gesundheitszustand, der einem kritischen Augenblick entgegenstand. Aus diesem Anlaß wurde ihr Mann zum Grafen gemacht und erhielt das Recht, seinem Namen eine Partikel hinzuzufügen und Graf von X... zu zeichnen. Alles das ist in der Pariser Gesellschaft bekannt. Es läuft das Gerücht um, daß er seine früheren Beziehungen mit der Prinzessin... (folgt ein geschichtlich berühmter französischer Name), der Tochter der Königin J. (einer durch ihren Verbrauch an „Sekretären“ ehemals berühmten Regentin), Beziehungen, die schon vor seiner Ehe bestanden, wieder aufgenommen habe.“

Am pikantesten sind allerdings die Enthüllungen aus Montagninis — Liebesleben. Wir atmen da eine Atmosphäre, in der sich Weibhau und Parfum selbst am mischen und das galante Kolloto mit seinen zärtlichen Abbe's wieder aufleben scheint. Unter den Korrespondentinnen des päpstlichen Auditor's befinden sich mehrere aristokratische Damen, die aber nicht immer ausschließlich den katholischen Glauben im Herzen tragen. So schreibt eine Gräfin S. unter dem 15. April 1905: Monsignore, ich werde wieder ernsthaft nach meinen Teufeleien vom letzten Donnerstag und erlaube mir, Ihnen beiliegend die versprochene kleine Note über den Abbe Frisch zu senden. Ich hoffe, nicht indiscret zu sein und bin wahrhaft betrübt, Ihnen eine weitere Arbeit mitten in Ihren Beschäftigungen aufzuerlegen — eben die Lektüre dieser Notiz. Ich bitte, mich zu entschuldigen und mir einen kleinen Anteil an dem Gebete zu gewähren, um das Sie unlängst die hübsige (bouillante, wörtlich: Kochende); das Wort ist im Original unterstrichen) Madame de S. gebeten hat. —

Noch netter ist der nachstehende Brief eines italienischen Geistlichen an Montagnini:

Rom, 26. Dezember 1905.

Mein liebes Mädchen!

Ich danke Dir für Deine guten Wünsche. Ich wünsche Dir ein schönes Weihnachtsfest und ein glückliches neues Jahr. Ich wünsche Dir nichts anderes, als daß wir uns wiedersehen, sei es in Paris oder in Rom. Wer weiß? Aber in jedem Falle habe ich das Bedürfnis, Dich wiederzusehen und Dir allerhand Dinge zu erzählen.

Meine lebenswürdige Freundin hat mir aus Paris einen Brief mit der gleichen Post geschickt wie Du. Diese Briefe haben also sozusagen eine Hochzeitsreise miteinander gemacht. Welch ein gutes Vorzeichen! Aber höre, Du würdest es mit zwei Eifersüchtigen zu tun haben. Denn neben dem Gatten wäre ich da. Ich habe ihr geantwortet und ihr geraten, Dich aufzusuchen, indem ich Dich nach Gebühr lobte. Aber die arme Kleine soll im Januar fortziehen, und daher fürchte ich, daß sie nicht zu Dir kommen kann, zu einem Manne von Deiner Bedeutung. — Sie wohnen Boulevard... Nr. ... die Frau heißt Olga... sie ist eine gute Katholikin, aber ihr Mann ist noch Protestant, obwohl er viel Sympathien für unsere Religion hat. Man sollte auch ihn zum Katholiken machen. Die Frau ist reizend, ein wahrer Engel, naiv wie ein Kind und dabei durchtrieben.

Ich habe hier die Bekanntschaft der Schwester des Monsignor G. gemacht der Gräfin... für die er mir einen Einführungsbrief gegeben hat. Sie hat zwei prachtvolle Mädchen; da fehlt Du mir, um mir bei dieser schweren Aufgabe zu helfen, d. h. vier Damen den Hof machen; denn es ist noch ein befreundetes Fräulein da. Wir könnten es uns auf gleich und gleich einteilen. Bist Du kommen? —

Nichts Neues in Rom. Alle Welt ist gespannt darauf, welche Haltung der heilige Vater gegenüber Frankreich einnehmen wird. Möge sich der heilige Vater energisch und fest zeigen. Für die großen Uebel gehören die starken Argeneien. Das ist meine Meinung. Welches ist die Deine? — Aber ich begreife, Du darfst nichts sagen.

Ich habe den Damen D. eine schöne illustrierte Weihnachtskarte gesendet und eine Photographie des heiligen Vaters und seinen Segen hinzugefügt. —

Ich umarme Dich herzlich!

Die bürgerliche Moral hat es im allgemeinen über das „dreieckige Verhältnis“ noch nicht hinausgebracht. Es war dem veredigten Jölibatär Montagnini vorbehalten, sein Gemüt an einem sechsbedigen Katholik zu erbauen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. April 1907.

Klassenjustiz und Säbelrasselei.

Einer der agrarischen Hauptlinge, der Verbandsdirektor des Verbandes ländlicher Genossenschaften für Brandenburg, Abgeordneter Aretz, schnatterte heute im Reichstage eine Entrüstungsrede her, in der sich die ganze Wut der reaktionären Sippe auf der Rechten widerspiegelte und der Kerger zum Vorschein kam, den die Kritik unserer Genossen an der Klassenjustiz im Regierungslager erweckt hat. In allen seinen Entgegnungen behauptete der Redner schlankwegs das Gegenteil der als wahr bekannten Tatsachen; er glaubt jedenfalls, es imponiere, wenn die Wahrheit so auf den Kopf gestellt wird. Er mokierte sich über die Beurteilung der Heineichen Rede im „Vorwärts“ und zerrte einige ge-

schichtlich fundierte Aeußerungen der „Leipziger Volkszeitung“ über die Königin Luise von Preußen herbei, um sich eine schlecht gespielte Entrüstungskomödie gegen die Sozialdemokratie zu leisten.

Durch Schlußantrag der Blockparteien wurde die Generaldebatte beendet und damit Aretz einer verdienten Nüchternung entzogen, die, soweit es im Rahmen einer persönlichen Bemerkung möglich ist, von Heine wenigstens zum Teil vollzogen wurde. Die zum Etat gestellten Resolutionen, darunter auch die der sozialdemokratischen Fraktion, die Immunität der Reichstags- und Landtagsabgeordneten betreffend, wurden bis auf die, welche den Zwangsvergleich außerhalb des Konkurses betrifft, angenommen.

In der Spezialdiskussion forderte Genosse Stadthagen sobald als möglich ein gesetzliches Verbot der Konkurrenzklausei zu schaffen, mindestens aber die äußerste Begrenzung der Konkurrenzklausei vorzunehmen. An dem befannten Vertrag des Leberkönigs und Reichstagsabgeordneter v. Seyl wies Stadthagen die schweren Schädigungen durch die Konkurrenzklausei nach, die heute sogar gegen Arbeiter in Anwendung gebracht wird. — Auch der Abgeordnete Basser mann äußerte sich über die schädlichen Folgen der Konkurrenzklausei; er will sie nur als Ausnahme bei bestimmten Fällen zulassen.

Danach wurde der Etat des Reichs-Justizamtes in zweiter Lesung schnell verabschiedet.

Zur zweiten Beratung des Militär-Etats erhob der Abgeordnete Erzberger verschiedene Monita. Abgeordneter Graf Oriola, der sich über den sozialdemokratischen Antrag für eine Erhöhung der Löhnung für Mannschaften und Unteroffiziere ärgert und inselgedessen sehr ungeschickt gegen die sozialdemokratische Fraktion polemisierte, erklärte zur Beschönigung der Seeresverhältnisse: die Soldatenmishandlungen hätten im Vergleich zur Stärke des Seeres abgenommen! Die skandalösen Vorkommnisse der neueren Zeit geben zu solcher Beschönigung keine Berechtigung.

Eine Reihe kleiner Wünsche wurde von mehreren Abgeordneten dem Kriegsminister noch unterbreitet. Unter andauernder Seiterkeit las unter anderem der freisinnige Abgeordnete für Magdeburg, Fleischermeister Kobelt, eine jedenfalls auf dem Rathaus zu Magdeburg präparierte Rede mit falschem Pathos unentwegt ab, in der er eine weitere Entfestigung Magdeburgs forderte.

Der Kriegsminister, der die Verächtlichung einzelner Wünsche zugab, hielt in bezug auf die Umbewaffnung des Seeres noch eine nationale Pause, die sehr kriegsfröhlich und großsprecherisch ausklang. Natürlich brachte ihm der Block dafür einen — nationalen Applaus. Es geht doch nichts über die nationale Säbelrasselei!

Morgen wird die Beratung des Militär-Etats fortgesetzt. —

Finanzskandale in Preußen.

Das Abgeordnetenhaus setzte heute zunächst die Beratung des Etats der An siedelungskommission fort. Der Kernpunkt der Debatte war das in der Thronrede angefündigte, aber noch nicht vorgelegte Gesetz über die Zwangsenteignung der Polen. Die Freikonservativen hatten eine Resolution eingebracht, die, ihrer allgemeinen Sehnsucht nach Scharfmacherei auf allen Gebieten folgend, auch hier ein kräftigeres Vorgehen zur Erhaltung des deutschen Grundbesitzes im Osten, zur vermehrten Ansiedelung deutscher Arbeiter und zur Herabdrückung der Güterpreise forderte. Die Parteien vermieden es aber ängstlich, sich jetzt schon festzuliegen. Die Konservativen wollen erst noch hinter den Kulissen ein Gegenstück von der Regierung für die neueste Antipolenvorlage einhandeln. Ehe dieser Kuhhandel mit „nationalen“ Forderungen zu Ende ist, dürfte die Vorlage schwerlich in die Öffentlichkeit kommen.

Aus der Debatte ist nur eine Rede des Abg. Aronsohn (fr. Vg.) hervorgehoben, weil er den Nachweis führte, daß die An siedelungspolitik der preussischen Regierung zu nichts weiter führt, als zur zwangsweisen Polonisierung der Städte, in die man die auf dem Lande ausgelassenen Polen hineintreibt! — Die Abstimmung über die kritische Resolution der Freikonservativen wurde schließlich bis zur dritten Lesung vertagt, weil man abwarten will, ob der Handel zwischen der Regierung und den Agrariern noch perfekt wird; sonst möchte diese „nationale“ Notwendigkeit vielleicht gar abgelehnt werden, und der Reichsanzeiger könnte dann einmal den Landtag auslösen, um an den „wahren Willen des preussischen Volkes“ zu appellieren. —

Die Debatte wandte sich dann dem Etat der Seehandlung zu, der preussischen Staatsbank, die zugleich einige Handelsunternehmungen betreibt. Eines davon, die Bromberger Mühlen, haben, wie in diesem Jahre in der Budgetkommission festgestellt wurde, der Gefängnisverwaltung minderwertiges Mehl geliefert und sich dadurch einen betrügerischen Vorteil verschafft. Ein anderes von der Seehandlung unterstütztes Institut, die Danziger Stahlwerke, haben seit ihrer Gründung an ständigem Defizit gelitten und sind jetzt endgültig verkracht. Um den Mißerfolg zu verdecken, hat die Regierung schon in früheren Jahren die für diese Privatunternehmen vergebenden Staatsgelder auf andere Staatsüberschriften. Hat man in dem einen Falle die Abnehmer des Staatswertes gelduscht, so in diesem Falle das Parlament. Auch jetzt, bei der Sanierung der Stahlwerke, an der sich auch die Stadt Danzig beteiligt, scheinen wieder recht merkwürdige Methoden in Anwendung zu kommen; die Privatkapitalisten haben nämlich das Geld zur Weiterführung des Betriebes nur unter der Bedingung gegeben, daß der Staat, insbesondere die Eisenbahnverwaltung, ihm die Lieferungsverträge auf eine Reihe von Jahren garantiert. — Der Finanzminister entschuldigte sich für all diese ungeheuerlichen Operationen mit der einen Lebensart von der „nationalen“ Notwendigkeit, deutsche Unternehmungen im Osten zu halten, und das Dreiklassenparlament ließ sich daran genug sein! Immerhin bedeutet die angenommene Resolution (daß die Seehandlung künftig nur auf Grund bankmäßiger Sicherheit Kredit geben soll) ein leichtes Tadelvotum.

Zum Schluß beriet man einen freisinnigen Antrag: den Unterbeamten eine einmalige Verfüße von 100, den mittleren eine solche von 150 R. für 1907 zu geben. Mit dem ersten Teile des Antrages erklärte sich der Finanzminister einverstanden, den zweiten lehnte er ab.

Die Debatte über den Antrag wird morgen weiter geführt; morgen soll auch die zweite Lesung des Etats überhaupt zu Ende kommen.

Vom Terrorismus des Freisinn.

spricht eine namens der nationalen Parteien eingereichte Protestschrift gegen die Wahl des Reichstagsabgeordneten Dr. Siengel im I. Straßener Kreise. Der „indirekte Widerstand, den die Volkspartei der Beschlagnahme (der freisinnigen Wahlzeitung) entgegensetzt“, wäre für ein nationales Herz noch eine entschuldigte Tat, aber schlimmer als die ersten sind die letzten Dinge, von denen der Protest erzählt:

„So ist jetzt das Pferd der Kaufmanns Räder am Tage einer nationalen Wahlversammlung, die dieser als Vorsitzender leitete,

8 Schritte vom Hause des Völkler, auf offener Straße vor dem Bogen erstanden worden. Die nationalen Wählervereinigungen wurden von freisinnigen Kadumachern systematisch beschickt, die durch Lärm und Hohn die Versammlungen zu sprengen suchten; die Birte verlangten für die nationalen Vereinigungen bei Bestellung der Säle auch eine Garantie für etwa angerichtete Schäden und gerichtliche Festsetzungen, eine Forderung, die bei den anderen Parteien — Freisinnigen und Sozialdemokraten — nicht gestellt wurde.

In öffentlichen, freisinnigen Versammlungen, wie z. B. in Bergen, erklärte der freisinnige Redner, die konervative Partei über Verrat am Vaterlande und reklamierte den freisinnigen Professor Stengel als Regierungskandidat.

Schon diese zutreffende Bezeichnung Stengels als Regierungskandidaten dürfte genügen, die Freisinnigen zu bewegen, für die Ungültigkeit dieser durch ihren Terror gegen Hoffe, Festerscheiden und nationale Menschen gewonnenen Wahl einzutreten! —

Freisinniger Uebermilitarismus.

Wie unsere Leser bekannt ist, hat Herr Müller-Sagan von der „Freisinnigen Volkspartei“ in den letzten Tagen nicht nur den unerlösten Kolonial- und Flottenprojekten der Regierung seinen Segen erteilt, sondern die Regierung auch zu neuen Forderungen für den einheimischen Landmilitarismus geradezu sittenpolizeiwidrig anreizt! Die Konserverfabriken äußerten noch Zweifel, ob Herr Müller-Sagan auch wohl parteioffiziös gesprochen habe. Diesen Zweifel zerstreut jetzt die freisinnig-volksparteiliche „Breslauer Zeitung“, die schreibt:

„Diese Kundgebungen werden in der Presse sehr bemerkt. Die Zentrums- und sozialdemokratische Presse verachtet nicht ihren Verger über diese verächtlichen Worte. Den Zweifeln wollen wir übrigens zu ihrer Beruhigung sagen, daß Dr. Müller-Sagan mit seinen Anschauungen durchaus seine Partei hinter sich hat.“

Es ist besonders löstlich, daß gerade die „Breslauer Zeitung“ unter die Auslassungen des Herrn Müller-Sagan das parteioffizielle Siegel drückt! Weshalb noch drucken wir die fulminanten Anklagen gerade dieses Blattes gegen das „persönliche Regiment“ ab, wonach Deutschland einzig und allein durch den wunderbaren Zickzackkurs, durch die unberechenbaren Launen des persönlichen Regiments und durch seine grundverkehrte Handelspolitik in die Lage der peinlichsten Isolierung geraten sei! Und heute jubelt das nämliche Freisinnblatt Herrn Müller-Sagan und seiner aberwichtigen militärischen Aufspaltungspolitik zu!

Dieser „Freisinn“ rangiert noch tief unter dem Rational-liberalismus! —

Ministerkrisis in Baden.

Darüber, daß eine Ministerkrisis in Baden besteht, sind sich Presse und öffentliche Meinung einig. Vielleicht ist sie in dem Augenblicke, in welchem diese Zeilen in Druck gehen, schon latent. Nicht aber ist man sich einig darüber, welche tieferen Ursachen am letzten Ende die Krisis herbeiführt haben. Der Minister des Innern, Dr. Schenkel, ist das Opfer. Es ist nicht das erste Mal, daß Nachrichten über seinen Rücktritt verbreitet wurden; noch vor Jahresfrist rief Herr Schenkel im badischen Landtag dem Zentrum und den Sozialdemokraten zu: „Sie können mich nicht zur Strecke bringen, denn ich bin weder Schwarz- noch Rotwild!“

Wenn die Joma sehr richtig erzählt, fällt er nun doch als „Rotwild“. Einliberale Blätter behaupten allen Ernstes, Herr Dr. Schenkel sei über den Vorstand der badischen Fabrikinspektion, Herrn Oberregierungsrat Dr. Wittmann, gestolpert. Trifft diese Mitteilung zu, dann ist Minister Schenkel in Wirklichkeit dem vereinten Ansturm unserer badischen Parteipresse, dem Karlsruher „Volkstreu“ und der Mannheimer „Volkstimme“ erlegen. Diese beiden Blätter bedien an der Hand unantastbarer Beweise das Komplott auf, das Minister Schenkel im Bunde mit dem Arbeitsgebeten gegen die badische Fabrikinspektion geschmiedet hatte. Das Pläncchen lief darauf hinaus, durch kleine und kleinliche Maßregeln es der Fabrikinspektion unmöglich zu machen, in dem Sinne und im Geiste des verstorbenen Fabrikinspektors Wörtschöffer zu wirken. Den Beamten der Fabrikinspektion wurde untersagt, in den Gewerkschaften Vorträge zu halten. In Mannheim durfte die Sprechstunde der Beamten nicht mehr wie früher im Arbeiterssekretariat abgehalten werden, sondern hatte in einem Räume des Bezirksamtgebäudes stattzufinden. Allerdings mit dem Erfolge, daß die Arbeiter diese Sprechstunden nicht besuchten und erst sich wieder einfanden, als Herr Dr. Wittmann auf eigene Faust das Arbeiterssekretariat wiederum benutzte. Bei den Differenzen mit der Fabrikinspektion in Zf. Dr. Baum (sob man seitens der Herrn Schenkel nachstehenden Presse Wittmann die Schuld zu Zf. Baum ist aus der badischen Fabrikinspektion ausgeschieden, aber der Minister Schenkel lag sich nicht veranlaßt, dem Fabrikinspektorat wieder einen weichen Beamten zu geben. Die zurzeit tätigen Beamten können die große Arbeitslast kaum bewältigen, doch das Ministerium des Innern ist nicht dafür zu haben, daß eine Vermehrung der Beamten eintritt. Alle diese Maßnahmen liefen auf die Verwirklichung der einstmalig gefassten Neuerung hinaus: „Wir wollen keinen Wörtschöffer mehr!“

Die sozialdemokratische Presse übergab diese Fälle der Öffentlichkeit, und sie sollen im Schoße des Ministeriums zu Konflikten geführt haben. Die Frage war schließlich die: „Schenkel oder Wittmann!“ Beim Großherzog hat es auch stark verschmupft, daß Baden bei der Reichstagswahl zur Niederlage der Sozialdemokratie „rein gar nichts beigetragen“ habe! Endlich sei Schenkel in bezug auf die Anleihenpolitik anderer Meinung wie der neue Finanzminister Honsell. Diese und verschiedene Unterströmungen machten es dem Ministerpräsidenten Herrn v. Dusch unmöglich, in der Vermittlerrolle, die er im Falle Schenkel-Wittmann übernommen, Erfolge zu erzielen.

Das Abschiedsgesuch des Ministers Schenkel liegt, wie aus Karlsruhe gemeldet wird, dem Großherzog bereits vor. Als Nachfolger wird genannt der frühere stellvertretende Bundesratsbedollmächtigte für Baden, Herr v. Bodmann, zurzeit Oberdirektor des Wasser- und Straßenbaus in Karlsruhe. Bodmann ist angekündigt nationalliberaler Parteimann. Noch 1908 war er bei der Reichstagswahl Kandidat der Nationalliberalen. Also der alte Kurs! —

Deutsch-amerikanisches Handelsprovisorium.

Der Wirtschaftliche Ausschuss beriet gestern über das zwischen der deutschen und amerikanischen Regierung vereinbarte neue Handelsprovisorium. Nachdem der Vorsitzende Graf Posadowski den Inhalt des Abkommens erläutert und die Bedeutung des Handelsverkehrs zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten dargelegt hatte, erstatteten die damit betrauten Mitglieder des Wirtschaftlichen Ausschusses ihre Referate über den Text des geplanten Abkommens, über die Vertragsklauseln, welche beide Teile einander einzuräumen bereit sind, und über die Erleichterungen im Zollabfertigungsverfahren, die den deutschen Waren in den Vereinigten Staaten zu teil werden sollen.

Nach siebenstündiger Beratung erklärte der Ausschuss seine Zustimmung. —

Dr. Peters kontra „Münchener Post“.

Die „Münchener Post“ schreibt: In dem Verteidigungsprozeß, den Dr. Peters gegen unseren verantwortlichen Redakteur W. Gruber angestrengt hat, fand gestern vor dem Amtsgericht I die kommissarische Vernehmung des Hamburger Rechtsanwalts Dr. Scharlach statt, der Dr. Peters vor der Disziplinarkammer

und vor dem Disziplinargerichtshof verteidigt hatte. Herr Dr. Scharlach, der eben von einer Reise aus Ägypten zurückgekehrt ist, übte in seiner Aussage eine allerdings sehr einseitige Kritik an den beiden gegen Dr. Peters ergangenen Disziplinarurteilen. Er steht nämlich auf dem Standpunkte, daß Dr. Peters sich nicht als seines Amtes unwürdig erwiesen habe, da seine Vorgehensweise von seinen Taten in Ostafrika genaue Kenntnis hatten und ihm für sein energisches Verhalten ihre Anerkennung ausdrückten. Wie weit diese Behauptungen richtig sind, können wir im Augenblick nicht beurteilen, da Herr Dernburg die Herausgabe der Disziplinarakten in Sachen Dr. Peters verweigert hat.

Der Prozeß hat damit direkt eine Wendung gegen das auswärtige Amt genommen. Die Weigerung des Herrn Dernburg wird wohl kaum aufrecht erhalten werden können. —

Ein Hochverratsprozeß.

Leipzig, 23. April.

(Privattelegramm.)
Heute wurde hier auf Grund der §§ 81 Ziffer 2 und 86 des Strafgesetzbuches die Schrift des Genossen Karl Liebknecht „Militarismus und Antimilitarismus“ auf Veranlassung des Oberreichsanwalts in Leipzig beschlagnahmt. Die Beute, die der Polizei in die Hände fiel, war indes gering. Nur 18 Exemplare der Schrift wurden in der Verlagsbuchhandlung der „Leipziger Volkszeitung“ vorgefunden.

Die beiden Paragraphen des Strafgesetzbuches, die zur Begründung der Beschlagnahme angegeben sind, handeln von Hochverrat.

§ 81, Absatz 2 lautet:
Wer außer den Fällen des § 80 es unternimmt die Verfassung des Deutschen Reiches oder eines Bundesstaats oder die in demselben bestehende Thronfolge oder ein solches zu ändern wird wegen Hochverrats mit lebenslänglicher Zuchthaus oder lebenslänglicher Festungshaft bestraft.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Festungshaft nicht unter fünf Jahren ein.

Neben der Festungshaft kann auf Verlust der balleideten öffentlichen Ämter, sowie der aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Rechte erkannt werden.

Der § 86 lautet:
Jede andere, ein hochverräterisches Unternehmen vorbereitende Handlung wird mit Zuchthaus bis zu drei Jahren oder mit Festungshaft von gleicher Dauer bestraft.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Festungshaft von sechs Monaten bis zu drei Jahren ein.

Das hört sich recht gnädig an. Jedes wird Genosse Karl Liebknecht der weiteren Entwicklung der Justizaktion mit Gemütsruhe entgegensehen. Es muß nämlich bewiesen werden, daß die furchtbaren Verbrechen, die der Oberreichsanwalt in der Großküche gefunden hat, wirklich darin enthalten sind. Und dieser Beweis dürfte unmöglich sein. —

Ein mildes Kriegsgericht.

Ueber bewegliche Hand- und Fußgelenke verfügt der Interoffizier Kumratsch von der 1. Kompanie des 9. Pionier-Bataillons in Harburg. Dieser militärische Erzieher ist schon zweimal wegen Mißhandlung Untergebener verurteilt und verurteilt gegenwärtig die letzte Strafe in Höhe von sechs Wochen Mittelarrest. Am Sonnabend fand er abermals vor dem Kriegsgericht der 18. Division, um sich wegen Mißhandlung zu verantworten. Er hat einem Rekruten, der ihn aus Versehen auf den Fuß trat, einen Fußtritt ins Gesicht versetzt. Die Ungehorsamkeit des Rekruten wurde ihm als strafmildernd angerechnet, weil sonst in Rücksicht auf seine Vorstrafen mindestens auf sechs Monate Gefängnis hätte erkannt werden müssen. Das Urteil lautet auf drei Wochen Mittelarrest. —

Der Bauernkrieg in der Eifel.

Die zentrumsorganische „Rheinische Volkstimme“ veröffentlicht zur Reichstagswahl in Kalmehy-Montjoie, Schleiden eine Zuschrift, deren Verfasser im Namen seiner „Standesgenossen“ erklärt, daß „das Volk“ von der Kandidatur Herbers nichts wissen wolle. „Wir Wähler einer ländlichen Bevölkerung“, so heißt es zum Schluß, „werden unseren Standpunkt behaupten und die geistlichen Herren, die wir als die ersten Leiter der Zentrums- und sozialdemokratischen Parteien anerkennen, werden uns dazu verhelfen und mit uns für einen Vertreter des Volkes einzutreten, der mit unseren Verhältnissen vertraut ist und stets unsere landwirtschaftlichen Interessen vertreten und wahrnehmen hat. Dies alles zu tun, hat bis heran unser langjähriger Präsident des Rheinischen Bauernvereins, Herr Graf von Spee, sich zur Aufgabe gemacht. Darum auf, Ihr Wähler des Wahlkreises Schleiden-Montjoie-Kalmehy. Seid einig und gebet am 3. Mai einhellig Eure Stimme ab für Herrn Grafen Spee!“

Allem Anschein nach wird dieser agrarische Kriegsdruß doch wohl nicht die beabsichtigte Wirkung ausüben. In einer Vertrauensmännerversammlung des Kreises Montjoie, deren Teilnehmer die Kandidatur Herbers gutheißten, wurde die Notwendigkeit der Parteidisziplin betont und bedauert, daß von gewisser Seite versucht worden sei, einen Teil in die Einmütigkeit zu treiben; dieser Versuch werde aber vollständig scheitern. —

Frankreich.

Ecclesia triumphans (die triumphierende Kirche).

Paris, 23. April. Der Bischof von Orleans teilte der Selbstlichkeit in einem Schreiben mit, daß seine Forderungen, betreffend die Teilnahme an der Jeanne d'Arc-Fest, nämlich Verwendung von Kreuzen im Festzuge, Gottesdienst auf der Place des Tournelles und die Richtbeteiligung der Freimaurer seitens der Gemeindevertretung angenommen worden seien. —

Spanien.

Die Corteswahlen zeitigten nach den Berichten der Madrider Blätter vom Dienstagmorgen folgendes Gesamtergebnis: 260 Ministerielle, 63 Liberale, 3 Demokraten, 4 Unabhängige, 15 Karlisten, 5 Integralisten und 50 Republikaner und Katalonier.

Diese Gruppierung kann natürlich nicht als maßgebend angesehen werden; es sind offenbar sowohl unter das Rubrum „Ministerielle“ wie unter „Liberale“ und „Republikaner“ einflussreiche verschiedene Parteirichtungen eingeordnet; fehlen doch Angaben über die Sozialisten zuvörderst noch vollständig!

Die spanische Regierung hat natürlich den seit jeher üblichen Wahlterror auch diesmal getrieben, so daß sie das Volk an einigen Orten glücklich wieder — was ihr durchaus genehm ist — zu Ausschreitungen provozierte. Folgende zwei Depeschen legen Zeugnis ab von dem amtlichen Wahlmachenschaften:

Bilbao, 23. April. Die infolge der Zertrümmerung der Uren heute in 10 Bezirken vorgenommenen Neuwahlen riefen Unruhen hervor. Manifestanten griffen die Redaktion des „Gerardo“ an, wobei zahlreiche Personen verwundet wurden. Die Polizei schritt ein.

Madrid, 23. April. Die gesamte liberale Presse, noch mehr aber die republikanischen Organe greifen die Regierung in scharfen Artikeln an wegen des unerhörten Druckes, welchen diese bei den Parlamentswahlen ausgeübt habe, um die

Wahlergebnisse zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Die republikanischen Blätter erklären, daß die Republikaner tatsächlich die Sieger des Tages sein müßten.

In Madrid hätten alle republikanischen Kandidaten als gewählt proklamiert werden müssen, und ähnlich sei es in zahlreichen anderen Wahlbezirken des Landes. —

Amerika.

Präsident Roosevelt und die angeklagten Arbeiterführer.

Eine schriftliche Äußerung des Präsidenten Roosevelt gegen die angeklagten Gewerkschaftsführer Kohler und Haywood in Idaho hat in allen Kreisen, in denen man dem Prozeß mit Spannung entgegenblickt, Aufsehen und Unwillen erregt. Roosevelt schrieb kürzlich gegen den Eisenbahndiener Harriman, mit dem er im Streik liegt, und erklärte: so wenig wie Harriman seien Debs (der bekannte Sozialdemokrat), Kohler und Haywood „wünschenswerte Bürger“!

Die „New Yorker Volkszeitung“ schreibt voller Entrüstung darüber: „Daß der Präsident der Vereinigten Staaten es wagt, am Vorabend eines Prozesses, in welchem blutarme Arbeiter eines mit dem Tode bedrohten Verbrechens angeklagt sind, diese armen Angeklagten zu beschimpfen, gegen sie die öffentliche Meinung zu erregen und so vor dem Prozeß das Gewicht seiner Stellung gegen sie in die Schale der Gerechtigkeit zu werfen, — das ist eine feige Schurkerei, die ihresgleichen sucht. Es wäre eine solche, wenn es sich um einen angeklagten Raubmörder handelte. Aber es ist doppelt eine solche, da die Angeklagten Männer sind, deren angebliche Verbrechen aus den Kämpfen stammen sollen, welche sie gegen die Klassengenossen und politischen Freunde Roosevelts führten, gegen dieselben Männer, deren Kampagne mit erraubtem Gelde dazu mithalfen, Herrn Roosevelt auf den Präsidentenstuhl zu setzen.“

Die russische Revolution.

Die „Säuberung“ Petersburgs.

Der Petersburger Stadthauptmann hat von allen Distriktpolizeileitern genaue Daten über die Lebensweise und die Beschäftigung aller Einwohner der Residenz eingefordert. Nach Eintreffen dieser Daten sollen, wie „Obščestwennoje Djeło“ mitteilt, alle Personen aus Petersburg ausgewiesen werden, welche keine bestimmte Beschäftigung haben, mit dem Verbot, beide Hauptstädte und alle Universitätsstädte zu betreten! —

Steht diese „Säuberung“ vielleicht in Verbindung mit den Vorbereitungen zur Auflösung der Reichsduma und zum projektierten Staatsstreik? —

Die Bauern und die sozialdemokratische Dumafraktion.

Dieser Tage wandte sich ein Abgeordneter der Bauern des Gouvernements Smolensk an die sozialdemokratische Dumafraktion mit der Bitte, sieben Gemeindefestbeschlüsse der Bauern von 13 Dörfern des Kreises Dorogobusch anzunehmen. In diesen Beschlüssen drücken die Bauern ihre Empörung darüber aus, daß die Regierung durch ihre Handlungsweise die Arbeit der Duma mit allen Mitteln zu schädigen sucht; daß sie in ihren Projekten zwar in läugerischer Weise viel Nützliches verspricht, in Wirklichkeit aber während der ersten Duma nichts geleistet und nur unsere Vertreter ins Gefängnis gesteckt hat. — Ihre Unterstützung versprechend, fordern die Bauern vor allem: „Ihr Landareal durch Zwangsenteignung aller Ländereien zu vergrößern.“ „Wir wissen sehr wohl, daß die Regierung uns mit allen Mitteln in geistiger Finsternis zu halten sucht, und so bitten wir denn: den allgemeinen Unterricht unserer Kinder auf Kosten des Staates und freien Uebergang aus den Volks- in die Mittelschulen durchzuführen.“ — Nach der Forderung eines verantwortlichen Ministeriums, der Abschaffung der indirekten Steuern und der Einführung einer progressiven Einkommensteuer verlangen die Bauern Einführung aller bürgerlichen Freiheiten, Gleichberechtigung anderer Nationen, Gerechtigkeit in Armee und Flotte“ und gesetzgebende Rechte für die Duma, die auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts gewählt werden müsse. Die Bauern drücken am Schluß dem Reichsrat ihr Mißtrauen aus und ihre Hoffnung, daß dieser baldigst abgeschafft werde!

Gewerkschaftliches.

Unternehmer-Wort.

Der Schneiderstreik ist in Düsseldorf durch Abschluß eines Tarifes am 16. April beendet worden. Selbstverständlich waren die Gehälften der Reinigung und müßten auf Grund der Bestimmungen des Tarifs der Reinigung sein, daß die Aussperrung aufgehoben sei. Die Unternehmer im Schneidergewerbe in Düsseldorf haben aber eine eigene Auffassung von Treu und Glauben. Denn kaum 24 Stunden nach dem Friedensschluß versandten die Scharfmacher in dem Arbeitgeberverband an die Mitglieder folgendes nicht für die Öffentlichkeit bestimmte Zirkular:

„Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe Düsseldorf.“

Düsseldorf, den 18. April 1907.

An unsere Mitglieder!

Die Lohnbewegung hat infolge der Einigung mit den Arbeitern ihr Ende erreicht. Die neuen Tarife geben unseren Mitgliedern sofort nach der Fertigstellung zu, ebenfalls die Mittelstellung, nach welcher Tariffasse Sie zu einlösen haben, und können nun neue Arbeiter eingestellt werden. Hierzu bemerken wir, daß in den nächsten vier Wochen keine Arbeiter eingestellt werden dürfen, welche vor dem Streik in einem Geschäft eines unserer Mitglieder gearbeitet haben, es sei denn nur mit der ausdrücklichen Genehmigung des früheren Arbeitgebers. Indem wir hoffen, daß das Solidaritätsgefühl unter den Mitgliedern immer mehr wachsen möge und sie sich im eigensten Interesse immer fester zusammenschließen, begrüßen wir Sie

Der Vorstand.

Das ist denn doch noch nicht dagewesen! Die Unternehmer einigen sich mit den Streikenden, der Streik wird für beendet erklärt und dann kommen die Proben und Sperren die Gehälften noch einmal 4 Wochen aus. Wenn noch einmal, ganz gleich, an welcher Stelle, über angebliche Fälle von Terrorismus seitens der Arbeiter geheulmeiert wird, dann soll man ruhig diesen Treubruch der Düsseldorfer Schneidermeister ins Feld führen, derselbe spricht Bände.

Berlin und Umgegend.

Die Lohnbewegung der Bäcker.

Am Dienstag nachmittag sprach der Vorsitzende des Bäckerverbandes Allmann-Hamburg in einer sehr stark besuchten Versammlung der Berliner Mitgliedschaft, die in Reßlers Saal tagte. Er gab in großen Zügen einen Überblick über die Lohnkämpfe, welche die Bäcker in verschiedenen Städten mit Erfolg führten. Dann kam der Redner auf die Berliner Bewegung zu sprechen. Er betonte, daß die Gesellen nach wie vor eine friedliche Vereinbarung mit den Meistern wünschten. Das erscheint aber ausgeschlossen nach dem letzten Bescheid der Innungsverbände, welcher dahin geht, daß die Innungen mit den Gesellen wohl verhandeln wollen, aber nicht vor dem Berliner Gewerbegericht, sondern vor dem Innungs-Schiedsgericht oder in freier Verhandlung mit den Gesellenausschüssen unter Hinzuziehung von drei Vertretern des Verbandes und des (gelben) Bundes. Was der Redner hierzu ausführte und vorschlug, ist zusammengefaßt in der nachstehenden Resolution:

Die heutige Mitgliederversammlung des Verbandes der Bäcker Deutschlands hat die Antwort der Innungsvorstände von Berlin und den Sororten zur Kenntnis genommen, ist aber mit dieser Antwort in keiner Weise befriedigt, denn weder können wir das von den Innungen abhängige Innungsschiedsgericht als geeignet zur unparteiischen Leitung der Einigungsverhandlungen zwischen Meister und Gesellen anerkennen, ebensowenig ist es aber möglich, ohne unparteiische Leitung mit den Vertretern der Meister in Verhandlungen eintreten zu können, weil sonst die Meistervertreter wie im Jahre 1906 wieder in jeder Beziehung Zugeständnisse und Versprechungen machen würden, aber in der festen Absicht, nach Beendigung der Lohnbewegung davon auch rein garnichts einzuhalten und in schändlicher Weise ihr Wort zu brechen.

Zu solchen Verhandlungen wie im Vorjahre, die wir nur als Komödie bezeichnen müssen, haben die Gesellen keinerlei Vertrauen, sondern nur berechtigtes Mißtrauen. — Es bitte demnach als einziger Antwort nur der Streik der Gesellen übrig, um ihre berechtigten Forderungen zur Durchführung zu bringen.

Ehe aber diese letzte und schärfste Waffe zur Anwendung gebracht wird, die mit dem Brotbrot im Gefolge unzweifelhaft die Mehrheit der Berliner Bevölkerung in große Erregung bringen und schwere Schäden für große Teile der Geschäftswelt herbeiführen würde, beauftragt die Versammlung die Verbandsleitung und die Gesellenausschüsse, einen letzten Einigungsversuch zu unternehmen und den Herrn Oberbürgermeister von Berlin höflichst zu ersuchen, auf die Vorstände der Bäckerinnungen einzuwirken zu wollen, daß sie sich zu Verhandlungen vor dem Gewerbegericht bereit erklären, und, falls sie das nicht wollen, soll der Herr Oberbürgermeister ersucht werden, selbst Verhandlungen zwischen den Vertretern der Meister und Gesellen anzubereiten und die Leitung derselben in die Hand zu nehmen. Die Versammlung ist der Überzeugung, daß die Arbeitgeber diesen Weg zur Einigung nur begreifen müssen, wenn ihnen an der Erhaltung des Friedens gelegen ist!

Sowohl der Referent, wie Schneider und andere Disfussionsredner betonten, wenn die Innungen den in der Resolution vorgeschlagenen Weg zur Einigung nicht betreten, dann sei der Streik unvermeidlich. Die Verantwortung für den dann ausbrechenden Kampf tragen allein die Innungen.

Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Achtung, Baukumpen!

Die Kollegen in Magdeburg streifen. Zugzug dorthin ist streng fernzuhalten.

Bei der Firma Bauer, Mohrenstraße 15, haben die Kollegen die Arbeit niedergelegt. Die Firma weigert sich, den Tarif anzuerkennen. Die Bauten der Firma, Mohrenstraße 54-55 und Speyerer-Edle Heilbronnerstraße sowie die Firma selbst sind gesperrt.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Die Posamentierer Berlins befinden sich nun auch schon ein Vierteljahr in der Aussperrung. Trotz des Tarifvertrages schenken sich die Unternehmer nicht, am 17. Januar die Gehälften auf 5 Pf. zu werfen. Seinerzeit war es der „Fortschritt“, an dem zur Bedienung ein ungelerner Arbeiter für 18 M. herangestellt wurde. Die Arbeiter der betreffenden Firma sahen auf Grund des im Tarifvertrage festgelegten Minimallohnes von 55 Pf. pro Stunde hierin eine Lohnminderung und verlangten, daß an diesem Stuhl unbedingt der Minimallohn gezahlt werden müsse. Darauf erfolgte die Entlassung eines Kollegen. Alle Vorstellungen wegen Wiedereinstellung desselben waren ergebnislos und so legten denn am 17. Dezember 1906 18 Arbeiter der Firma E. Guhl & Co. die Arbeit nieder. Verhandlungen vor dem Gewerbegericht führten zu keinem Erfolg. Der Inhaber der Firma, Herr Friedrich, erklärte sich bereit, 6 Mann wieder einzustellen, doch hielten die Gehälften es mit ihrer Ehre nicht vereinbar, darauf einzugehen. Um jedoch ihre Friedensliebe zu betonen, gingen die Arbeiter in ihrer Forderung von 18 auf 12 Kollegen, und wenn es gar nicht anders ginge, auf 10 Mann zurück. Alle Bemühungen seitens der Schlichtungskommission und des Herrn Magistratsrats v. Schulz, Herrn Friedrich zur Annahme dieses Anerbietens zu bewegen, waren vergebens. Herr Friedrich erklärte als letztes Ultimatum: 6 Mann sofort, 2 Mann eine Woche später und 1 Mann im Laufe der anderen Woche einzustellen. In einer darauf folgenden Versammlung, in der die Bedingungen bekannt gegeben wurden, beschloß man, trotz Androhung einer Aussperrung sämtlicher organisierter Gehälften, weiter im Ausstand zu bleiben. Am 14. Januar erhielt der Vertrauensmann der Posamentierer Daus & Berlin ein Schreiben der „Freien Vereinigung Berliner Posamentierfabrikanten“, daß, wenn bis zum 16. Januar die sechs Mann die Arbeit nicht aufgenommen haben, am 17. Januar die Betriebe für sämtliche organisierten Gehälften geschlossen werden. Eine öffentliche Versammlung am 15. Januar wies diese Drohung mit Entrüstung zurück und so erfolgte am 17. Januar die Aussperrung. War man früher der Meinung, daß man an dem mechanischen Stuhl ungelerner Arbeiter beschäftigen kann, so werden jetzt in der neuesten Nummer der „Arbeitgeber-Zeitung“ erste Kräfte gesucht, welchen Gelegenheit geboten ist, sich am „Fortschritt“-Stuhl auszubilden. Die Unternehmer scheinen wohl nicht gesalbt zu haben, daß die kleine Truppe der Posamentierer die Nachfolge zu bestehen würde. Von den 150 Aussperrten sind erst vier zum Vertreter der eigenen Sache geworden, obgleich die Aussperrung schon 18 Wochen dauert. Arbeitswillige von außerhalb sind nur sehr spärlich vorhanden. In Frankfurt a. M., Köln, Düsseldorf, Leipzig, Wien usw. werden, solange die Berliner Aussperrung dauert, die Ueberstunden verweigert und 1 M. resp. 75 Pf. Extrazutaten erhoben.

Achtung, Metallarbeiter! Wegen Verweigerung der Ueberstunden sind alle im Maschinenbau beschäftigten Kollegen von der Firma Norddeutsche Eiswerke, Oberschöneweide, gemäßregelt worden.

Die Norddeutschen Eiswerke in Oberschöneweide sind für Schlosser, Dreher, Hobler, Schmiede und Hilfsarbeiter bis auf weiteres gesperrt. Wir ersuchen die Kollegen, den Betrieb zu meiden.

Deutscher Metallarbeiterverband. Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Glasarbeiter (Glaskleber)!

Bei der Firma Vereinigte Fabriken für Laboratoriumsbedarf G. m. b. H., Max Köhler u. Rattini, Dr. Peters u. Kost, Chausseestraße 3, haben die Kollegen wegen Maßregelung die Arbeit niedergelegt. Zugzug ist streng fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Glasarbeiter-Verbandes.

Der Streik der Leitergeräthbauer

dauert unabändert fort. Arbeitswillige aus den Reihen der Streikenden haben sich nicht gefunden, außer 2 Volieren, Spieß und Nihil von der Firma Arndt u. Co., welche am Montag die Arbeit aufgenommen haben. Diese beiden waren es auch, welche schon in den ersten zwei Wochen des Streiks als Arbeitswillige tätig waren, sie haben somit nur 2 Tage Solidarität geübt. Bei den Firmen Machule, A. Weichenhagen, G. Weichenhagen, Dreiling, Hartlieb, Gutsche, Friedenau, Hefe, Stabermann u. Apelt, Weber, Ernst Arndt, Busch, Schneider und Behmann ruht die Arbeit auch heute noch vollständig. — Die Hoffnung, daß sich bei Öffnung ihrer Betriebe am Dienstag genügend Streikbrecher melden würden, hat sich nicht erfüllt. Die Streikenden halten noch wie vor fest zusammen und werden die Herren Unternehmer nach eine ganze Weile auf Abtrünnige warten können. — Die Firma Strebelow, Rummelsburg, hat den Tarif am Montag unterzeichnet anerkannt und ist die Arbeit dort an demselben Tage aufgenommen worden. Alle diejenigen Gerüstbauer, welche zurzeit arbeiten und sich nicht in Besitz einer

Berechtigungskarte befinden, sind als Arbeitswillige zu betrachten. Die nächste Versammlung findet am Montag, abends 7 Uhr, im „Englischen Garten“ statt.

Die Bewegung der Brauereiböttcher hat einen für die Böttcher erfreulichen Abschluß gefunden. Die Kommission der Brauereiböttcher teilt uns soeben mit, daß der Tarif eine heile Seite befriedigende Form gefunden hat. Die Arbeitszeit ist für die Tagsschicht auf 11 Stunden festgelegt, in die 2 Stunden Pausen fallen; die Nachtschicht dauert 10 Stunden mit entsprechenden Pausen. Der Lohn beträgt 35 M. pro Woche; Urlaub mit vollem Lohn wird nach zweijähriger Beschäftigungsdauer 2 Tage gewährt, steigend bis zu einer Woche nach 6 Jahren.

Erklärung.

Der Vorstand der Brauereien Berlins und Umgegend sieht in der von uns in der Nr. 81 des „Vorwärts“ gebrachten Notiz, laut welcher wir uns an die organisierte Arbeiterschaft mit der Bitte wandten, bei Entnahme von Bier die betreffenden Kautscher usw. nach ihrer Organisationszugehörigkeit zu fragen und möglichst nur solche Kautscher zu berücksichtigen, welche sich durch die von uns herausgegebene „braune Legitimationskarte“, die jeden Monat abgestempelt sein muß, ausweisen können, einen verschleierten Vorkrieg der hier in Frage kommenden Brauereien.

Es liegt uns fern, durch beregten Aufruf eine dem Verein angeschlossene Brauerei schädigen zu wollen. Wir haben dazu um so weniger Veranlassung, als der Verein auch mit dem unterzeichneten Verbands in einem Vertragsverhältnis steht. Es kommt uns hier nur einzig und allein darauf an, daß sämtliche Fahrer und Mitfahrer usw. sich ihrer Organisation anschließen. Wir erachten dies nach Lage der Verhältnisse als eine Pflicht des Fahrpersonals bei den dem oben genannten Verein angeschlossenen Brauereien, der sich leider immer noch eine ganze Anzahl Kautscher und Mitfahrer usw. aus nicht ersichtlichen Gründen entzieht. — Wir richten deshalb an die organisierte Arbeiterschaft noch einmal das freundliche Ersuchen, unter Berücksichtigung der vorerwähnten Verhältnisse diejenigen Bierkautscher und Mitfahrer, mit denen sie in geschäftlicher Verbindung steht, nach der braunen Legitimationskarte zu fragen, und falls sich einer oder der andere nicht durch eine solche ausweisen kann, den Betreffenden auf die Notwendigkeit der Zugehörigkeit zur Organisation hinzuweisen. Die Brauereien selbst nehmen, wie bekannt, hinsichtlich der Organisationszugehörigkeit ihrer Arbeiter einen neutralen Standpunkt ein. Die Ortsverwaltung Berlin II des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

J. A. Gustav Alisch.

Deutsches Reich.

Die Gdrliger Maler, Lackierer und Anstreicher beschloßen, Dienstag früh in den Streik einzutreten, weil die Innung die Abschließung eines Lohnvertrages verweigerte und auch sonst jede Lohn-erhöhung und Arbeitszeitregelung ablehnte. Charakteristisch ist, daß die Innung erst vor einigen Wochen die Erhöhung der Preise für ihre Arbeiten um 25 Proz. bekannt machte. Zugzug ist streng fernzuhalten.

Zum drohenden Konflikt im Königsberger Hafen ist zu melden, daß die Oberschiffmacher bisher ihre kühne Ankündigung, eine „rückwärtslose Aussperrung“ vorzunehmen, damit „Ruhe in den Hafen einkehrt“, nicht in die Tat umgesetzt haben. Sie scheinen entweder auf eine bessere Gelegenheit zu warten oder sie haben die größere Anzahl der Reeder und Großkaufleute für ihre Pläne nicht gewinnen können. Sie haben dem Hafenarbeiterverband vielmehr ein Schreiben gesandt, in dem sie verlangen, daß die Hafenarbeiter niemand an der Arbeit hindern und daß dieselben sich nicht weigern sollen, auch mit nichtorganisierten oder anderen Verbänden angehörigen Arbeitern die erforderliche Arbeit gemeinsam auszuführen. Dabei wissen die Herren sehr gut, daß es keinem Hafenarbeiter einfallt, einen anderen „an freiwilliger Arbeit“ zu hindern. Freilich das höchste Freiheit, mit nicht oder anders organisierten Arbeitern nicht zusammen arbeiten zu wollen, werden sie den Mitgliedern des Hafenarbeiterverbandes schon zugestehen müssen. Nach alledem ist der Konflikt keineswegs aus dem Wege geräumt, sondern er kann jeden Tag ausbrechen und sich zu einem furchtbaren Kampf auswachsen.

Die baugewerblichen Hilfsarbeiter von Königsberg und Umgegend sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie haben beschloßen, den Unternehmern einen Lohnarif zu unterbreiten, in dem sie unter anderem folgende Forderungen stellen: Die Arbeitszeit ist der mit den Maurern Königsbergs vereinbarten entsprechend anzupassen. Für das Tragen von Malt, Steinen, Estrich an Roh- und Umbauten sowie für Gerüstbau beträgt der Stundenlohn 45 Pf., für andere Arbeiten 40 Pf. Alte und invalide Arbeiter erhalten den Lohn nach freier Vereinbarung. Ueberstunden werden mit 5 Pf. Zuschlag, Nacht- und Sonntagsarbeit mit 10 Pf. Zuschlag für sämtliche Arbeiten bezahlt. Sämtliche Arbeiten werden im Tagelohn ausgeführt. Der Vertrag wird auf ein Jahr geschlossen. — In Königsberg sitzen die Oberschiffmacher des Baugewerbes für die östlichen Provinzen; diese haben sich gelbe Gewerkschaften zugelegt, so daß die Bauhilfsarbeiter keinen leichten Stand haben werden. Als sie vor drei Jahren 35 und 40 Pf. Stundenlohn verlangten — erhielten sie als Antwort die Aussperrung. Angewiesen haben sie sich aber eine recht gute Organisation geschaffen.

Zur Holzarbeiteraussperrung in Dresden.

Der Verband der Holzindustriellen, Bezirk Dresden, verbreitet in der Presse allerhand übertriebene Nachrichten über die Wirkung des brutalen Aussperrungsbeschlusses in Dresden. Die Wahrheit ist, daß von 446 Aussperrten 140 abgereist sind und daß 76 Arbeitslose in den von der Aussperrung betroffenen Branchen — Bau- und Möbelfabrik — als arbeitslos gemeldet sind. In einem Bericht im „Dresd. Anz.“ sagen die Scharmacher, sie müßten die Aussperrung fortsetzen, da sie bei dem heutigen scharfen Wettbewerb andernfalls konkurrenzunfähig (!) werden würden. Trotzdem sind weitere Tarif- und Vertragsverhandlungen im Gange. Die Arbeitgeber, heißt es törichtlich, sind nicht nur entlassen, den Kampf durchzuführen, sie haben auch das redliche Bestreben, zu einem Abschluß zu kommen. — Eins widerspricht dem anderen. Der endgültige Abschluß solle nur in allen beteiligten Städten gleichzeitig erfolgen, da man auf diese Weise nur erreichen könne, daß der Friede dauernd sein wird.

Am 18. April ist der Zusammenschluß des Verbandes der Industriellen und des Arbeitgebersverbandes für das deutsche Holzgewerbe, Bezirksverband Dresden, erfolgt. Was nützt den Scharmachern der Holzindustrie alles Dramatisieren, wenn die meisten dem Aussperrungsbeschlusse einfach nicht nachkommen und den Gewaltstreik verurteilen. Die Gehilfenorganisation niederzuzwingen wird den Mahardt und Kumpen nie gelingen.

1800 Zulepnerarbeiter und Arbeiterinnen in Braunschweig wurden einen Tag lang ausgesperrt, weil dieselben äußerst bescheidene Lohnforderungen gestellt haben und zur Befristung dieser Forderungen anstatt der einstündigen Mittagspause demonstrativ eine solche von einer und einer halben Stunde machten — da die Betriebsdirektion bei den wiederholten Verhandlungen stets erklärte: die Forderungen seien von außenstehenden dritten Personen, den Organisationsleitungen, gestellt, die Arbeiterschaft selbst aber sei zufrieden. Die Erbitterung in der Arbeiterschaft ist groß. Es verlangt den Organisationsleitungen nur schwer, die Massen von der Arbeitsniederlegung zurück zu halten. Noch ist die Situation unsicher und die Verhandlungen schweben. — Wir ersuchen, alle Arbeitsangebote nach Braunschweig zurück zu weisen.

Ein vernünftiger Beschluß.

Der Stadtmagistrat Bamberg hat das Verlangen des Bayerischen Handwerkerverbandes, in die Arbeits- und Lieferungsverträge mit den Unternehmern die Streikklausel aufzunehmen, abgelehnt.

Ausland.

Der Bergarbeiterstreik im Mährisch-Osterr. Kohlenrevier ist beendet. Die Arbeiter nehmen ihre Beschäftigung wieder auf, ohne irgendwelche Vorteile erlangt zu haben.

Der Droschkenkutscher-Ausstand in Kairo ist beendet. Auch die Differenzen der Frachtschleute mit ihren Arbeitgebern, die zu einem Ausstand zu führen drohten, sind beigelegt. Im ägyptischen Ministerium des Inneren ist man überzeugt, daß die Rationalisten mit den beiden Bewegungen im Zusammenhang stehen. Ganz natürlich: Wo die Ausbeuter einer Klasse, die Ausbeuteten einer anderen angehören, nehmen die ökonomischen Gegensätze schnell die Form nationalitätlicher oder Rassenkonflikte an.

Unwillige Galereenklaven.

Aus Nazaire meldet Wolffs Bureau: Das Paketboot „Champagne“, das gestern nach Veracruz bestimmt, von hier in See gegangen ist, ist heute morgen nach hier zurückgekehrt, da sich im Laufe der Fahrt die Heizer mit den im Augenblick der Abfahrt in den Ausstand getretenen Schiffsführern solidarisch erklärt haben.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die baltischen Bluthunde.

Petersburg, 23. April. (B. Z. B.) Von einem besonderen Berichterstatter. In dem Kommissionsbericht, der heute von dem Abgeordneten Pergament in der Reichsduma verlesen wurde und dessen Wichtigkeit vom Ministergehilfen Ratarow in allen wesentlichen Punkten anerkannt wurde, heißt es unter anderem: Mit dem Beginn der Strafexpedition in den baltischen Provinzen begannen auch die Folterungen von Gefangenen, um von ihnen Geständnisse zu erpressen, die genügen, um sie erschließen zu lassen.

In Riga wurde zum Zweck der Folterungen eine Kommission gebildet, bestehend aus dem Gehilfen des Chefs der politischen Polizei, mehreren Polizeikommissaren und -Agenten. Diese Kommission war vom Staatsanwalt und der Gendarmerieverwaltung mit besonderen Instruktionen für ihre Tätigkeit versehen und vom Gouverneur mit dem Recht ausgestattet worden, politische Angeklagte ohne gerichtliches Verfahren zu töten. Den Verwaltungsbehörden, dem Staatsanwalt und dem Gendarmerieobersten waren die Martern und Folterungen, denen Gefangene unterzogen wurden, bekannt. Ein Gefangener wurde von einem Polizeikommissar niedergeworfen, worauf der Kommissar auf der Brust des Gefangenen so lange herumspang, bis ihm sämtliche Rippen gebrochen waren und er fürchterlich leidend mehrere Tage lang keine Nahrung zu sich nehmen konnte, bis er dann erschossen wurde. Ein anderer wurde so lange auf die Waden geschlagen, bis alles Fleisch von den Knochen gelöst hatte. Einem dritten wurde das Gesicht mit Knütteln auf den Rücken geschlagen. Diejenigen Gefangenen, die während der Folterungen nicht gestorben waren, deren Wunden aber nicht geheilt werden konnten oder dauernde Spuren hinterließen, wurden nachts in der Nähe des Gefängnisses erschossen. Ein anderer Gefangener wurde von zwei Kosaken an den Händen und Füßen gehalten und mit Gummi knütteln so lange geschlagen, bis der Erdboden von Blut triefte. Um Geständnisse zu erzwingen, wurden gefangene Weiber die Nägel von Fingern und Zehen gerissen, die Haare bündelweise ausgerissen, die Knochen an Armen und Beinen gebrochen. Die Martern und Foltern waren von der Polizeibehörde organisiert und unter ihrer Beteiligung ausgeführt. Ein Lehrer wurde gemartert, um das Geständnis zu erzwingen, er habe im Gouvernement Rabilow einen Polizeibeamten ermordet. Als es sich herausstellte, daß er unendlich der Märder sein konnte, wurde er in das Gefängnis geschickt und nach etwa einem Monat wieder vorgeführt, um zugegesehen, daß er der Mithelfer Belenzow bei dem Moskauer Bankraub gewesen sei. Er wurde so lange mit Knütteln geschlagen und mit Strangulation bedroht, bis er alles gestand. Ein anderer wurde erst mit Knütteln geschlagen, sodann mit Eisenstäben geschlagen, worauf er auf den Boden gelegt und in die Wunden Jader gestreut wurde. Andere wurden „massiert“, indem man sie blutig schlug und in die Wunden Salz einrieb. Ein anderer wurde auf eine Bank gelegt und auf seine Brust ein Brett, auf dem zwei Polizisten balancierten, bis das Rückgrat gebrochen war, worauf er erschossen wurde.

Eine Begnadigung.

Beruth, 23. April. (B. Z. B.) Der Doppelmörder Müller, ehemaliger Lehrer in Dürrenberg, der im März dieses Jahres zum zweiten Male vom hiesigen Schwurgericht zum Tode verurteilt wurde, wurde heute zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt.

Kohlenarbeiterstreik.

Budapest, 23. April. (B. Z. B.) In Lupeny (Komitat Hunhad) sind in den Kohlenbergwerken 1500 Arbeiter in den Ausstand getreten.

Erwischter Bankrotteur.

Genf, 23. April. (B. Z. B.) Die Sicherheitspolizei verhaftete den von der Staatsanwaltschaft in Valberstadt wegen betrügerischen Bankrotts verfolgten Fritz Bütcher. Derselbe hatte bei seiner Verhaftung 32 400 Franken in schweizerischen Banknoten bei sich.

Das Schicksal der Duma.

Paris, 23. April. (B. Z. B.) „New York Herald“ berichtet aus Petersburg: Der Zar hat dem Kabinettschef Stolypin freie Hand gelassen, um die Auflösung der Duma zu verfügen. Stolypin wird aber von diesem Rechte nur Gebrauch machen, wenn die bisherigen Brandreden fortgesetzt und die Arbeiten der Kammer ergebnislos verlaufen sollten.

Metallarbeiterausstand.

Paris, 23. April. (B. Z. B.) In Revin (Dep. Ardennes) sind 2000 Arbeiter von 17 Metallgießereien auf Befehl des Syndikats wegen einer neu eingeführten Dienstordnung in den Ausstand getreten.

Militär und Banditen.

Gettinsje, 23. April. (B. Z. B.) Vierhundert mit Gewehren bewaffnete Männer aus der Umgegend von Kijie sind unter Führung eines Bataillonkommandanten und eines Hauptmanns in die Stadt Risse eingedrungen und haben die Druckerei der „Narodna Wisa“ zerstört. In der Stadt herrscht große Aufregung; die Geschäfte sind geschlossen. Zur Wiederherstellung der Ruhe wurden Truppen aufgeboden.

Roberte „Kultur“.

Schanghai, 23. April. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Von den Studenten, die von den kaiserlichen Behörden dazu aufgerufen sind, in Europa Kriegswissenschaften zu studieren, wird eine erste Gruppe in der Stärke von 15 Mann am 26. April nach Europa abreisen; die jungen Leute werden als einfache Soldaten in die französische Armee eintreten.

Die Bewegung im Baugewerbe.

Der Zentralverband der Maurer hatte am Montag eine Generalversammlung nach der Brauerei „Friedrichshain“ einberufen, welche zu dem Schiedspruch des Einigungsamtes Stellung zu nehmen hatte.

Unter allgemeiner Spannung der Zuhörer erstattete der Zweigvereinsvorsitzende Thöns Bericht über die Vorgänge, welche sich seit der vorigen Generalversammlung abgespielt haben.

Als Thöns sagte, die Vorstände aller für die Bewegung in Frage kommenden Organisationen hätten sich in einer gemeinsamen Sitzung dahin geeinigt, den Mitgliedern die Annahme des Schiedspruches zu empfehlen, erhob sich lebhafter, lang anhaltender Unruhe.

Nun wurde die Diskussion eröffnet. Mehrere Redner sprachen hintereinander unter lebhaftem Beifall für Ablehnung des Schiedspruches. Sie stimmten alle darin überein, daß an der Forderung des Achtstundentages festgehalten werden müsse.

Nachdem mehrere Redner in diesem Sinne unter lebhaftem Beifall gesprochen hatten, erhielt Silber Schmidt das Wort. Lauter, unwilliges Murren erhob sich, als er das Podium betrat. Er sagte unter anderem: Die Stimmung der Gedächtnisse, welche hier herrsche, dürfe die Maurer nicht in ihrem Urteil beeinflussen.

Darauf sprachen wieder einige Redner gegen den Schiedspruch, ohne jedoch die von der Leitung vorgebrachten Gründe zu würdigen. Es waren lediglich Gefühlsmomente, die für das Festhalten an der Forderung des Achtstundentages zum Ausdruck gebracht wurden.

Zu vorgeklärter Stunde erhielt der Verbandsvorsitzende Wilmersburg-Hamburg das Wort. Mehrere Minuten vergingen, ehe die allgemeine Unruhe, die bei seinem Erscheinen einsetzte, sich legte.

Thöns erhielt das Schlusswort. Er ging auf einige Ausführungen der Diskussionsredner ein und erklärte dann, weil gesagt worden ist, der Vorstand habe die Forderung nur deshalb vertreten, um wiedergewählt zu werden, so lege er hiermit sein Amt nieder.

Der Zwischenfall war damit erledigt. Danke, der den Vorsitz führte, erklärte die Versammlung für geschlossen.

Die Freie Vereinigung der Bauarbeiter Berlins und Umgegend nahm am Montagabend bei Woelke in der Weberstraße ebenfalls Stellung zu dem Schiedspruch des Einigungsamtes. Der Referent Baum besprach in großen Zügen die gegenwärtige Situation und bedauerte, daß die Vorstände der Zentralverbände der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter den Mitgliedern empfehlen wollten, den Schiedspruch anzunehmen.

An der Diskussion beteiligten sich viele Redner mit kurzen Ausführungen, die sämtlich gegen den Schiedspruch gerichtet waren. Von einigen Seiten wurden die Zentralverbände heftig angegriffen, so daß der Vorsitzende sich veranlaßt sah, die gefallenen Andeutungen scharf zu rügen.

Unter Vereinsangelegenheiten wurde noch beschlossen, daß ein Mitglied, welches abreist oder einen anderen Verursacher, die Hälfte der Beiträge nachzuzahlen hat, wenn es in die Organisation zurückkehrt und die alten Rechte wieder in Anspruch nehmen will.

Reichstag.

36. Sitzung vom Dienstag, den 23. April 1907, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundestisch: Dr. Rieberding. Abg. Kreth (l.): Gegenwärtig haben die Abgeordneten ein Recht auf Zeugnisverweigerung nicht. Man kann also nicht von einer Hier der Bureaucratie nach Ausdehnung ihrer Machtbefugnisse sprechen, wie es der Abg. Heine getan hat.

Des weitern polemisierte Kreth gegen den vom Abg. Jung gebrauchten Ausdruck von den „sozialpolitisch christlichen Parteien“. Eine Sozialpolitik, die den Mittelstand belästigt, machen wir nicht mit ebenso wenig das Wettlaufen um die Gunst der Arbeiter.

Ich wende mich nun zu den Ausführungen des Abg. Heine. Voran schide ich, daß ich seinen guten Glauben nicht bezweifle. Seine sagte: Arbeiter werden ausgewiesen, falls sie eine kleine Strafe erlitten, wenn sie sich gewerkschaftlich oder politisch mißlieblich gemacht haben.

Die brutalen Mißhandlungen Arbeitswilliger durch Streikende, von denen die bürgerlichen Blätter berichten, sind nach den Sozialdemokraten lauter Missetaten. Die Reden über Klassenjustiz sind um so gefährlicher, als sie von Organen ausgehen, die an der Rechtspflege mitzuwirken berufen sind.

Die brutale Mißhandlungen Arbeitswilliger durch Streikende, von denen die bürgerlichen Blätter berichten, sind nach den Sozialdemokraten lauter Missetaten. Die Reden über Klassenjustiz sind um so gefährlicher, als sie von Organen ausgehen, die an der Rechtspflege mitzuwirken berufen sind.

Präsident Graf Stolberg: Herr Abgeordneter, wenn Sie „unverschämte!“ gerufen haben, rufe ich Sie zur Ordnung. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Kreth (fortfahrend): Ich erkläre es vor diesem hohen Hause für eine Infamie, von dieser edlen Königin in einem solchen Tone zu sprechen. (Unruhe und Lachen bei den Sozialdemokraten. Rufe: „zur Ordnung!“)

Präsident Graf Stolberg: Der Redner hat nicht von Abgeordneten gesprochen, sondern von Artikeln in der Presse. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten. Rufe: Wir sollen uns schämen! hat er gesagt.)

Abg. Kreth (fortfahrend): Ich habe auf einen Zwischenruf geantwortet und ihn vor diesem hohen Hause und der Öffentlichkeit an den Pranger gestellt. (Unruhe bei den Sozialdemokraten. Zustimmung rechts.) Ich verlange von den verbündeten Regierungen, daß sie uns vor solchen Schamlosigkeit schützen.

Abg. Prinz Schnitzler-Carolath (natl.): Meine politischen Freunde bedauern, daß wir im Herbst erst Gesetzentwürfe vorgelegt bekommen werden. Was hindert denn die Regierung, ein Haftpflichtgesetz für die Schäden durch Automobile einzubringen? Was für Erwägungen werden denn da noch angestellt? Ueber das Aufschieben der Automobilindustrie freuen wir uns; mit Entschiedenheit aber verlangen wir Maßregeln, um Leben und Gesundheit unserer Bürger gegen Automobilgefahren zu schützen.

Wir Maßregeln, um Leben und Gesundheit unserer Bürger gegen Automobilgefahren zu schützen. (Bravo! bei den Nationalliberalen.) Staatssekretär Dr. Rieberding: Die verbündeten Regierungen halten den Zustand im Automobilverkehr für unbefriedigend. Auf die dringenden Wünsche des Hauses brachten wir vor einem Jahre eine Vorlage ein, die wir damals für geeignet hielten, den Zustand zu bessern.

Abg. v. Dertin (Rp.): Ich verlange, daß verbrecherische Geisteskräfte nach ihrer Freisprechung auf einige Zeit in sicheren Anstalten untergebracht werden, und erkläre, daß er für die Aufhebung des Zeugniszwanges für Redakteure stimmen werde.

Abg. Heine (Soz.): Auf die sachlichen Bemerkungen des Abg. Kreth kann ich im Rahmen der persönlichen Bemerkung nicht antworten. Ich berufe mich aber auf die Akten, die kein Mensch zu widerlegen versucht hat, und die jedem zur Verfügung stehen.

Abg. Süldekum (Soz.): „Tavohl, siehe Götz von Verlichingen!“ (Große Heiterkeit und Unruhe.) Nein, daran dachte ich nicht; ich dachte vielmehr an Ernst Moritz Arndt, der uns den Joch der Rede empfohlen hat gegen Ungerechtigkeit und gegen Unfreiheit.

Abg. Dr. Seldrum (Soz.) [zur Geschäftsordnung] konstatiert, daß ihm durch den Schluß der Diskussion die Möglichkeit genommen sei, eine Reihe von ungerechtfertigten Urteilen zu kritisieren.

Abg. Singer (Soz.) [zur Geschäftsordnung]: Ich bedauere, daß wir durch den Schluß der Debatte verhindert sind, die teils unwahre, teils schiefere Darstellung des Abg. Kreth zurückzuweisen.

Es folgt die Abstimmung über die vorliegenden Resolutionen. Die Resolution Wassermann auf Erlass eines Reichsgesetzes, durch das die Haftung aller Bundesstaaten für die Fehler ihrer Beamten festgesetzt wird, erhält die Stimmen der gesamten Linken und einzelner Mitglieder der Rechten und der Reformpartei.

Die Resolution auf Abänderung des § 883 des Bürgerlichen Gesetzbuches (Haftung des Tierhalters) wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen sowie einiger Nationalliberaler und Mitglieder des Zentrums angenommen.

Die Resolution v. Walyn (l.) auf Vorlegung eines Automobilhaftpflichtgesetzes wird mit großer Mehrheit angenommen; für seine verhärtete Haftung bis zur Grenze der höheren Gewalt stimmen die Sozialdemokraten und einige Zentrumsabgeordnete.

Die Resolution Wassermann (natl.) auf Schaffung eines außerkonkurslichen Zwangsvergleiches wird gegen die Stimmen eines Teils der Nationalliberalen abgelehnt.

Die Resolution auf Sicherung der Bauhandwerkerforderungen wird einstimmig angenommen.

Die Resolution Wassermann (natl.) auf Beseitigung des Zeugniszwanges der Presse wird gegen die Stimmen der Konservativen und eines Teiles der Rechten angenommen.

Die Resolution Dr. Ablaß (rhp.) auf Gewährung von Diäten an Schöffen und Geschworene findet einstimmige Annahme. Damit entfällt die gleichlautende Resolution Graf Hompech (Z.).

Abg. Stadthagen (Soz.): Ich bitte den Redner lauter zu sprechen und das Haus, ruhig zu sein.

Abg. Stadthagen: Bei diesem Posten, der für gesetzgeberische Vorarbeiten verlangt wird, möchte ich anfragen, ob denn nun endlich das von uns seit Jahrzehnten verlangte Einschreiten der Gesetzgebung gegen den Terrorismus Arbeitswilliger erfolgen wird, der durch Konkurrenzklauel-Verträge

„die guten Sitten“ der Chefs vertrauen. Die das Vertrauen gerechtfertigt ist, beweist ein Urteil des Kaufmannsgerichts, worin eine Dame, die mit einem Monatsgehalt von 110 Mark in einem Kaufhaus angestellt war, beurteilt

wird, in einem anderen Kaufhaus nicht Stellung zu nehmen, weil sie in ihrem Anstellungsvertrage sich der Konkurrenzklause unterworfen hätte! Diese unbillige, unbillige, schmutzige Klausel hielt das Kaufmannsgericht für gültig! Dadurch wird ein Sklaven- und Hörigkeitsverhältnis geschaffen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten) durch welches die Arbeitswilligen verhindert werden, ihre Kraft und Kenntnisse in einer dem Markt entsprechenden Weise zu verwerten.

Solche Fälle sind nicht vereinzelt, sondern kommen zu Dutzenden vor. Sie erstrecken sich nicht nur auf Handlungsgehilfen und Werkführer, sondern auf technische Angestellte. In systematischer Weise wird auch gegen einfache Arbeiter vorgegangen. Mein Kollege Heine hat hier schon einen Fall zur Sprache gebracht, wo ein Arbeiter mit 24 M. Wochenlohn bei einer Konventionallohnstrafe von 5000 M. sich verpflichtete, drei Jahre lang in einer ähnlichen Fabrik nicht Stellung zu nehmen und seine Kenntnisse weder direkt noch indirekt für ein ähnliches Unternehmen zu verwerten. Herr v. Heyl erklärte damals, bei ihm würden solche Verträge höchstens mit Vertrauenspersonen geschlossen, und er würde einen solchen Vertrag keineswegs unterschreiben. Inzwischen ist der Vertrag im „Vorwärts“ veröffentlicht worden, und es zeigte sich, daß er von Herrn v. Heyl eigenhändig unterschrieben ist. (Hört! hört! b. d. Soziald.) ein Vertrag, von dessen Verwerflichkeit er hier überzeugt war! Die arme Firma aber, welche die Arbeitskraft ausbeutet und mit 24 Mark Lohn entschädigt, behält sich vor, den Arbeiter ohne jede Entschädigung entlassen zu können. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und auch dann bleibt der Arbeiter, wenn er seine Arbeitskraft verwerten will, im Banne dieser Konventionallohnstrafe. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Keineswegs ist dieser Vertrag des Herrn v. Heyl ein Unikum, aber deutlich tritt in ihm das Sklavenverhältnis des Arbeiters hervor, diese Terrorisierung des Arbeiters, der verhindert wird, seine Arbeitskraft zu verwerten. Ich frage den Herrn Staatssekretär: Was haben die gesetzgebenden Vorarbeiten auf diesem Gebiete ergeben? Was ist seit zwei Jahrzehnten geleistet, um dieses Verhältnis zu beseitigen? Und was soll mit den 50 000 Mark geleistet werden, die bei diesem Titel hier wieder gefordert werden?

Solcher Verträge habe ich übrigens hier mehr mitgebracht; ich besitze etwa 100! Sie sehen also, daß sie keine vereinzelt Erscheinungen sind. Hier ist z. B. der Vertrag eines Konstruktors, der in einer Maschinenfabrik mit einem Monatsgehalt von 175 M. und 175 M. Lohn und der geringsten gesetzlichen Kündigungsfrist von vier Wochen angestellt ist. Dasselbe muß der Mann versprechen, zwei Jahre lang nach seinem Austritt aus der Fabrik in keiner in- und ausländischen Fabrik, die die gleichartigen Maschinen baut, Stellung zu nehmen oder überhaupt für sie tätig zu sein. Dazu verpflichtet er sich bei einer Konventionallohnstrafe von 10 000 Mark. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben in den letzten Tagen gehört, in welcher Weise der Erpressungsparagraph vom Reichsgericht angewendet wird. Warum wird er nicht in diesen Fällen angewendet? Bei diesen Erpressungen ungeheurer Art, wie sie gegen Werkmeister, Handlungsgehilfen und einfache Arbeiter geübt werden? Dieser Uebelstand muß beseitigt werden, und er kann beseitigt werden, wenn Sie das Verbot

ausprechen und es ausdehnen auf alle Kategorien der Arbeiter. Die die Großmacht des Kapitalismus selbst auf einen Mann wie den Herrn v. Heyl wirkt, sehen Sie daraus, daß er ohne weiteres einen Vertrag unterschreibt, den er selbst für so ungeheuerlich hält, daß er meint, er könne ihn nicht unterschreiben haben! Dieser Terrorismus wendet sich ja auch gegen die Unternehmer selbst: die Großfabrikanten terrorisieren die Kleinindustriellen, und durch Wechsel müssen sich diese verpflichten, bestimmte Bedingungen innewohalten. Wiederholt ist anerkannt worden, daß derartige Wechsel eine Erpressung darstellen. Aber eine Verfolgung ist niemals eingetreten, wahrscheinlich weil den Unternehmern von den Staatsanwälten, wie von Herrn Krebs, die Entschuldigend des guten Glaubens zugestanden wird, weil gerade von diesen Großunternehmern das Wort gelten soll, sie wissen nicht, was sie tun. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Von Session zu Session haben wir bedauert, daß auch auf diesem Gebiete mit zweierlei Maß gemessen wird. Wir verlangen endlich den Schutz der Arbeitskraft durch ein Gesetz. Aber auch das Gesetz wird nichts nützen, wenn Sie nicht dazu kommen, die Richter aus den Kreisen der Betroffenen selbst zu nehmen. Die Ungerechtigkeit wird sonst nach wie vor weiter bestehen bleiben. (Sehr wahr! bei d. Sozialdem.) Wir haben dieses Verbot auch bei Gelegenheit der Bucher-Gelegenheit gestreift. Auch damals verlangten wir eine Bestimmung, welche die wucherische Ausbeutung durch die Konkurrenzklause verhindert, ebenso die Erpressungswechsel, durch welche Unternehmer gezwungen werden, bestimmte Arbeiter nicht zu beschäftigen. Unser früherer Präsident Herr v. Quol-Verenberg hat damals der Verurteilung dieses Arbeitswuchers zugestimmt. Aber von Jahr zu Jahr ist der Wucher schlimmer geworden. Als Sachverständige zur Vorbereitung der Gelegenheit zieht das Reichsjustizamt doch nicht nur Großkapitalisten heran. Ist denn nun unter diesem Titel auch vorgesehen, daß Leute aus den modernen Gewerkschaften herangezogen werden (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.), insbesondere sozialdemokratische Arbeiter, die das gleiche Recht haben wie die anderen Staatsbürger, damit wirksam gegen diese Ausbeutung, diese Auswucherung der Arbeitskraft, diese nationale Schmach der wucherischen Konkurrenzklause vorgegangen werden kann? (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Oder meint der Herr Staatssekretär, daß man da, wo die Interessen der Arbeiter in Frage kommen, nur Leute zu Sachverständigen nimmt, die mit der bestehenden Ausbeutung einverstanden sind? Ich richte das Verlangen an ihn, auch Arbeitersekretäre, Gewerkschaftler und Gewerkschaftsführer heranzuziehen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Weiter bitte ich ihn, seinen Einfluß auf den Reichszentraler auszuüben, damit auch dieser sich die Materie ansieht und endlich begreift, daß es kein perfider Antrag ist, wenn wir verlangen, daß wucherische Arbeitsverträge durch Gesetz unmöglich gemacht werden. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Den Worten nach bekämpfen ja alle Parteien die Konkurrenzklause, aber bei der Abstimmung haben sogar die Antisemiten verjagt. Sie glauben einen neuen Mittelstand durch gerechte Gesetze erwecken zu können. Nun, hier haben Sie solche Gesetze zum Vorteil des neuen Mittelstandes und der Arbeiter. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Greifen Sie zu, verlangen Sie vom Staatssekretär, daß er Ihnen das Gesetz bringt, das der sozialdemokratische Antrag seit zwei Jahrzehnten verlangt, und bringen Sie es dann im Laufe zur Annahme. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Dr. Nieberding: Die Erwägungen betreffend die Beseitigung der Konkurrenzklause im Reichsjustizamt dauern noch fort. Die Unterstellung des Abg. Stadthagen, daß nur einseitig die Interessen der Unternehmer wahrgenommen werden, weise ich zurück.

Abg. Wassermann (nall.): Mein Freund Herr v. Heyl wird auf die gegen ihn gerichteten Angriffe antworten, wenn er wieder im Hause sein kann. Bei der Beratung des sozialdemokratischen Antrages auf Einschränkung der Konkurrenzklause werden wir ausführlich darlegen, daß und wie weit die Konkurrenzklause eingeschränkt werden kann.

Abg. Dr. Heßler (fr. Wg.) tritt für die sofortige Revision der Bestimmungen über die Konkurrenzklause ein und verlangt für die Seelente Seeschiffengerichte zur schnelleren Erledigung ihrer Prozesse.

Staatssekretär Dr. Nieberding erkennt diese Ausnahmestellung der Seelente an.

Der Titel wird bewilligt, ebenso — ohne Debatte — der Rest des Etats.

Es folgt der

Etat der Verwaltung des Reichsheeres.

Beim Titel „Gehalt des Kriegsministers“ führt

Abg. Erzberger (Z.) aus: Der Reichszentraler hat uns in Aussicht gestellt, daß Ersparnisse am Heeresetat gemacht werden

können, und dabei zeigt dieser Etat gerade an den dem Reichszentraler genannten Punkten starke Erhöhung der Posten, so beim Ausbau der Landesbefestigung und bei der Umbewaffnung. Im übrigen erkläre ich, daß das Zentrum stets bereit gewesen ist, notwendige Mittel zu bewilligen. Aber Protest muß ich einlegen gegen die Nicht-Statifizierung des sog. „dreizehnten Hauptmanns“, weil dadurch das Budgetrecht des Reichstages verletzt wird. Ich erkenne an, daß der Kriegsminister sich sofort bereit erklärt hat, diese von seinem Vorgänger übernommene Unstimmigkeit zu beseitigen. Ebenso sollte er aber auch dafür sorgen, daß in der Rangliste nicht mehr Offiziere geführt werden, als Stellen vom Reichstage bewilligt worden sind.

Die Militärämter beklagen sich mit Recht darüber, daß das Militärpensionsgesetz verschiedene Härten enthält, die sich einerseits in ihrem Verhältnis gegenüber den Zivilanwärtern und andererseits in dem Verhältnis der verschiedenen Arten von Militärämtern untereinander.

Weiter halte ich die Einführung der Portofreiheit für die von den Soldaten abgeforderten Briefe für durchaus wünschenswert. Dem sozialdemokratischen Antrag auf Erhöhung der Löhnung werden wir zustimmen, trotzdem bei einer Erhöhung um nur 10 Pf. pro Tag sich eine Mehrausgabe von 18 Millionen ergeben würde. Schließlich verlangen wir eine stärkere Berücksichtigung Handwerker- und Arbeitervereine bei den Subventionen der Gewerbeverwaltung. (Beifall beim Zentrum.)

Abg. Graf v. Oriola (nall.): Die Klagen, die Herr Erzberger über die Zurücksetzung der Militärinvaliden und Militärämter vorgebracht hat, hätten nicht vorliegen können, wenn der Reichstag die nationalliberalen Anträge zu dieser Materie angenommen hätte. Ein neues Reliktengesetz wird hoffentlich bald kommen. — Die Militärstrafprozessreform wird hoffentlich mit der allgemeinen Reform des Strafprozesses folgen. Was die Deffenlichkeit des Verfahrens anlangt, so wünschen wir sie als Regel. Ausnahmen sollen nur gemacht werden im allgemeinen Interesse, nicht aus besonderen Rücksichten auf den Angeklagten. Schärfer Bestimmungen gegen das Schuldenmachen der Offiziere, wie sie ein Antrag Abblat verlangt, halten wir nicht für notwendig; gegen solch leichtsinniges Schuldenmachen wird bereits heute sehr streng vorgegangen. — Dem Antrag der Sozialdemokraten auf höhere Löhnung für die Mannschaften und Unteroffiziere stimme ich zu. Freilich ist dieser Antrag nicht im Garten der Sozialdemokratie gemacht und es wird einen merkwürdigen Eindruck im Lande machen, wenn nachher, wo es sich um die Bewilligung der Mittel für diese Forderung handelt, die Herren Sozialdemokraten sich ablehnen werden. (Sehr gut! bei den Nationalliberalen.) Neben tritt das weitere für die Verrückten der Kapellmeister ein. Herr Webel wird ja nun morgen wieder scharfe Angriffe gegen unsere Gewerbeverwaltung richten. Wir aber haben das Vertrauen, daß unser Kriegsbeer wohlgerüstet dasteht gegenüber allen Eventualitäten. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Robelt (widdl.) wünscht, daß das Kriegsministerium im Interesse der Stadt Magdeburg das Terrain der ehemaligen Festungswälle verlaufen möge.

Abg. Jürk u. Dohna-Salobitten (L.) wünscht Auskunft über den Stand der Entfestigung von Königsberg i. Pr.

Abg. Hug (Z.) bringt Wünsche für Konjunktur zum Ausdruck, bleibt aber im Einzelnen auf der Zurückhaltung.

Preussischer Kriegsminister v. Einem:

Herrn Robelt erwidere ich, daß, nachdem jetzt die Eisenbahn ihre Ansprüche geltend gemacht hat, ich alles tun werde, um die Sache zum Schluß zu bringen. Dasselbe kann ich vom Königsberger Fall sagen. Den Abg. Hug muß ich wegen der Linienführung der Rheinbahn an das Reichseisenbahnamt verweisen. Die Umbewaffnung und den Neubau einer Landesbefestigung werden wir hoffentlich durchzuführen können, ehe wir zu einem Kriege kommen. Ein schnelleres Tempo einzuschlagen habe ich aus finanziellen Rücksichten und im Vertrauen darauf abgelehnt, daß wir auch mit unserer heutigen Landesverteidigung einen Krieg gesteckt unternehmen könnten. Aber der deutsche Soldat muß das Beste an Waffen haben, was es gibt. Wir müssen zu einer Herabsetzung der Militärausgaben kommen, aber kein Abgeordneter wird wollen, daß wir zu Zufällen kommen wie Frankreich vor zwei Jahren, wo hunderte von Millionen schleunigst aufgewendet werden mußten, um Kriegsfertigkeit zu erzielen. (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Darauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr.

Schluß 1/2 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Aus der Budgetkommission.

(Sitzung vom 23. April.)

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt Dernburg mit, daß er Vorsorge getroffen habe, um Anfragen des Abg. Ledebour über die hohe Sterblichkeit unter den eingeborenen Kolonisten rechtzeitig zu beantworten. Weiter wird mitgeteilt, daß die Verhältnisse durch den Taifun auf den Carolinen nicht so schlimm sind, wie es anfänglich schien. Immerhin haben die Eingeborenen auf zwei Jahre keine Nahrungsmittel.

Die Beratung beginnt bei dem angefochtenen Vertrag für die sogenannte „Kolonialschule“ in Hünfeld. Der Kolonialdirektor empfiehlt Bewilligung der 10 000 M. Die Schule besteht zwar nicht in Hünfeld, sondern in Engelb. gehöre aber der Hünfelder Missionsgesellschaft. Eine Anzahl Redner sprachen gegen die Position, andere sind zwar dafür, wollen aber im nächsten Jahre Entwürfe stellen, auch evangelische Missionschulen zu unterstützen. Ein Antrag, den Zuschuß für Hünfeld zu streichen, wird gegen die sozialdem. und freif. Stimmen abgelehnt.

Die Budgetkommission geht nun zur Beratung des Budgets der Kolonien über:

Der Etat für das ostafrikanische Schutzgebiet

weist eine eigene Einnahme von rund 5 Millionen Mark auf. Gemäß einer Anregung Dernburgs wird vom Referenten beantragt, die Einnahme aus den Zöllen um 500 000 M. höher anzusetzen: statt 1 900 000 also 2 400 000 M. Dernburg gibt dazu Erläuterungen und bittet auf Grund neuerer Nachrichten aus der Kolonie nur 400 000 M. mehr einzusetzen. — Die Einnahmen aus Steuern belaufen sich auf 1 068 700 M., wovon 818 000 M. auf die Häuser- und Hüttensteuer, 152 700 M. auf Gewerbesteuer, 68 000 M. auf Salzsteuer und 20 000 M. auf Erbschaftsteuer entfallen. Erzberger wendet sich gegen die Hüttensteuer: sie würde brutal eingetrieben und führe zu Aufständen, außerdem sei sie der kulturellen Entwicklung direkt entgegen; denn für ein nach europäischer Art erbautes Haus müsse doppelt soviel bezahlt werden als für eine Eingeborenenhütte. — Neben den Steuern für den Staat werden kommunale Steuern erhoben, und zwar in der gleichen Form mit circa 700 000 M. Hüttensteuer, 65 000 M. Gewerbesteuer.

Es wird angefragt, wo die Kontrolle über die Verwendung dieser Gelder sei, denn eine Gemeindeverwaltung gebe es doch noch nicht!

Arndt ist von der Hüttensteuer sehr begeistert! Er möchte sie lieber verdoppeln; die Steuer sei Kulturhebel; sie zwingen die Eingeborenen zur Arbeit! Die Kommunalsteuern fänden Verwendung für Straßenbau und landwirtschaftliche Kulturanlagen. Redner erklärt sich gegen Gewerbesteuer und Salzsteuer.

Paasche fragt auch ein Loblied auf die Besteuerung der Eingeborenen; ihm hätten Eingeborene jubelnd ihren Steuerzettel gezeigt, um damit zu zeigen, daß sie jetzt Deutsche seien! Der Steuerzettel sei hier die Legitimation des Deutschseins geworden! Redner kritisiert Mißstände, die sich bei der Konzessionsvergabe an Bergwerksgesellschaften herausgestellt haben; er wünscht Untersuchungen dieser Zustände. — Dernburg verteidigt die Gesellschaften. Was die Steuern anlangt, so sei

ein einfaches Steuersystem das Beste; ein solches scheint die französische Kopfsteuer zu sein, neben der dann der Zoll bestehen bleiben müsse. Die Kolonie sei in sehr guter Entwicklung, es fehle aber an Arbeitern, da die Regier für kompliziertere Arbeiten nicht gut brauchbar seien. Das werde besser werden, wenn das Wahneh ausgebeutet sei. Die Kontrolle über die Verwendung der kommunalen Steuer liege bei dem Gouverneur.

Genosse Webel sehr berechtigte Zweifel in die Schilderung Paasches von der Begeisterung der Eingeborenen über das Steuerzettel. Wenn die Eingeborenen ihre Steuerzettel stolz herumgezeigt haben, dann vielleicht weil sie die parlamentarischen Vergünstigungsberechtigten für eine Strafbestrafung hielten und nun zeigen wollten, daß sie ihre Steuern schon bezahlt haben. (Heiterkeit.) Die Hüttensteuer habe zweifellos zu Aufständen geführt, auch ich habe sie viel zu hoch zu sein. Jedenfalls sollten wir uns hüten, französische Gebräuche zu übernehmen. —

Dietrich schildert die Komödie, die von dem Bezirksamtman mit den Eingeborenen aufgeführt worden ist, um den Abgeordneten zu zeigen, wie gern sie Steuern zahlen! Die Einnahmen werden jedoch soeben bewilligt, die Zoll-Einnahmen um 400 000 M. höher angelegt.

Bei dem Posten „Zahlung der deutschen Kolonial-Eisenbahnbau- und Betriebsgesellschaft zugunsten des Erneuerungs- und Spezialreservefonds der Usambarabahn“ plädiert Arndt sehr lebhaft für die Fortführung der Bahn, ein Verlangen, das bei Dernburg natürlich eifrige Zustimmung findet. Aber überstürzen möchte er die Sache nicht. Im nächsten Herbst soll dem Reichstag nur eine Vorlage gemacht werden über den Bau von weiteren 75 Kilometern der Usambarabahn. Von verschiedenen Seiten wird kritisiert, daß die Regierung jetzt den Bahnbau an eine Privatgesellschaft gegeben hat; der Staat solle die Bahn bauen und selbst betreiben. Wenn man 400 Millionen habe aufwenden müssen, um den Zustand niederzuschlagen, müsse man auch Geld haben, Bahnen zu bauen.

Auf Antrag Webels werden alle diese Fragen sowie die prinzipielle Erörterung von Kolonialfragen an den Schluß der Budgetberatung verwiesen.

Zu Titel 1 der Ausgaben, Zivilverwaltung, beantragt Webel, die Äkten des Disziplinarverfahrens gegen Peters der Budgetkommission vorzulegen. Die Beschlußfassung wird bis zur Erörterung der allgemeinen Fragen verschoben.

Die italienische Sozialdemokratie vor der Spaltung.

Rom, 21. April. (Fig. Ver.)

Die Leser sind schon telegraphisch von dem Entscheid des Parteivorstandes und der Stellungnahme der „Azione“ zu ihm in Kenntnis gesetzt worden. So unerfreulich die ganze Wärfung für unsere Partei auch ist, so ist es doch unerlässlich, einen zusammenfassenden Überblick über die vier Verhandlungstage des Parteivorstandes zu geben, die für die italienische Parteigeschichte leider recht folgenschwer sein dürften.

Betrachten wir zunächst die sachlichen Ergebnisse des Verhörs, so ist zu bemerken, daß keinerlei neue Tatsachen zutage getreten sind. Der Verdacht gegen die Geldquellen der „Azione“ gründete sich auf die hier schon wiederholt dargelegten Erwägungen, nämlich auf die Unwahrscheinlichkeit, daß eine syndikalistische Zeitung als industrielles Unternehmen zum Zwecke des Geldverdienens ins Leben gerufen werde, auf die pekuniäre Lage des Geldgebers degl. Alberti, dessen Vermögen in seinem Verhältnis zu dem der „Azione“ gewöhnlichen Zuschuß zu stehen schien, und schließlich auf die Unglaubwürdigkeit des Vertrages zwischen degl. Alberti und seinem Schwager Scarano, da Herr degl. Alberti nicht der Mann zu sein schien, der in einem Jahre 84 000 Lire, ohne Sicherstellung und ohne Zinsen, einem Verwandten zur Verfügung stellt. Gehört wurden vom Vorstand die Genossen Enrico Leone (Sekretär der „Azione“), Paolo Mantica und P. Orano (Redakteure desselben Blattes), zwei Herren, die über Verurteilungen Scaranos ansagten, ferner Genosse Franzza als Gewährsmann des „Avanti“ und die Redakteure des „Avanti“, Sgarbi und Romualdi.

Was nun die formale Seite des vom Parteivorstand angeordneten Verhörs betrifft, so hat sie zu sehr heftigen Beschwerden von Seiten der Syndikalisten geführt und die Redakteure der „Azione“ schließlich betrogen, sich zurückzuziehen und den Parteivorstand wegen Verdrachts der Befangenheit abzulehnen.

Da alle 35 Mitglieder des Parteivorstandes der reformistisch-integralistischen Richtung angehören, war es nicht aus der Luft gegriffen, wenn die Redaktion der „Azione“ an der Befangenheit des Vorstandes Zweifel hegte. Um ihr diese zu benehmen, um den zur Rechenschaft gezogenen Genossen die Gewissheit zu geben, daß es sich um einen von Leidenschaft und Ehrgeiz freien Versuch handelte, die Wahrheit aufzudecken, hätten vor allen Dingen die Personen während des Verhörs zuzutreten müssen, die dem Laufe der Dinge nach nicht unparteilich sein konnten, wie Ferri und Morgari. Dann hätte die Verichterstattung über die Sitzungen Genossen anvertraut werden müssen, die beiden Seiten Gewähr der Unparteilichkeit boten. Die Presse im allgemeinen wollte man nicht zulassen, die Veröffentlichung eines stenographischen Protokolls bietet bei dem Format der italienischen Tageszeitungen unüberwindliche Schwierigkeiten; unter diesen Umständen schien es uns eine Forderung elementarster Gerechtigkeit, entweder neben der Verichterstattung des „Avanti“ die der „Azione“ zuzulassen oder von den Parteien gemeinsam die Verichterstatte wählen zu lassen. Statt dessen wurden die Verichterstatte der „Azione“ ausgeschlossen mit dem Bemerkten, daß man sie nicht zulassen könnte, ohne die Presse im allgemeinen zuzulassen, und die gesamte offizielle Verichterstattung wurde dem Genossen Enrico Ferri übertragen. Allerdings war Leone aufgefordert worden, den Verhandlungen ständig beizuwohnen, aber es liegt auf der Hand, daß ein Mann, der dem fast ununterbrochenen Kreuzfeuer von einigen 80 Personen ausgesetzt ist, noch dazu in einer ihn eminent interessierenden Angelegenheit, unter solchen Verhältnissen keine Verichterstattung zu geben vermag.

Dieses Verhalten des Parteivorstandes gab den Syndikalisten den Anlaß, sich am Abend des dritten Tages zurückzuziehen, wofür sie in folgender Tagesordnung begründeten:

„Gegenüber der offensichtlichen Parteilichkeit des Parteivorstandes in der heutigen wie in der gestrigen Sitzung, in der alle seine Mitglieder, unter Datangabe jeder Zurückhaltung ihre Voreingenommenheit gezeigt haben, gegenüber der Verdrachtsart einer Versammlung, die die Verichte des „Avanti“ erträgt, die absichtlich von Ferri verfaßt werden zum Zwecke, die moralische Gestalt der Redakteure der „Azione“ durch Begünstigungen, Verschönerungen und Umändelungen zu beeinträchtigen, verzichten die Unterzeichneten, hierzu aufgefordert von allen Seiten des ehrlichen Publikums aller Parteien, darauf, weiter den Sitzungen des Vorstandes der sozialistischen Partei Italiens beizuwohnen.“ gez.: Leone, Mantica, Renda, Pucci, Gregori.

Da die Presse zu den Sitzungen nicht zugelassen war, können wir die Objektivität des Berichtes des „Avanti“ nicht nachprüfen. Den Eindruck der Unvoreingenommenheit machte uns der Bericht nicht; schon in den Titeln kommt eine Abneigung gegen die „Azione“ zum Ausdruck, wie z. B.: „Leones Unsicherheit“ — „Verzicht die Regierung? Hallelui!“ — „Leone unter Kontrolle“ usw. Die Genossen des Parteivorstandes mögen die innere Gewissheit gehabt haben, ohne Voreingenommenheit an ihre schwere Aufgabe zu gehen. Es wäre wohl wünschenswert gewesen, sie hätten durch weitgehende Zugeständnisse an die Genossen der „Azione“ ihre Unparteilichkeit auch äußerlich dokumentiert. Der Partei wäre dadurch manches erspart worden, und es wäre vielleicht nicht zum äußersten gekommen.

Was das Urteil selbst betrifft, so zerfällt es in drei Teile. Zunächst wurde das Vorgehen Morgaris geprüft, und hier bildeten sich zwei Ansichten: 17 Genossen billigten dieses Vorgehen bedingungslos,

3 billigen die Absicht, mihbilligen aber den öffentlichen Angriff durch die Presse, 7 enthalten sich (unter diesen Ferri), 8 Mitglieder fehlen. Die zweite Frage über die Geldquellen der „Azione“ wird mit Einstimmigkeit (bei drei Enthaltungen) dahin beantwortet, daß diese verächtlich seien. Bei dem dritten Punkte — die Maßnahmen gegen die Redakteure der „Azione“ — vertreten die Genossen Belloni, Guardabassi, Zerbini und Scalingi die sofortige Ausstoßung aus der Partei, während 19 die Ausstoßung nur befürworten, falls die betreffenden Redakteure nicht aus der „Azione“ austreten. In endgültiger Formulierung erhielt die Tagesordnung folgenden Wortlaut:

Der Parteivorstand betont, daß es sich im vorliegenden Falle nicht darum handelt, über die syndikalistische Fraktion oder Doktrin ein Urteil zu fällen, die nach dem Beschluß des letzten Parteitagess Bürgerrecht in der Partei haben, sondern nur um Feststellung und Bewertung der Geldquellen der „Azione“;

er betont ferner, daß der Vorstand die beständig gegen ihn erhobenen Beschuldigungen und Verdächtigungen nur darum unbeachtet ließ, um in Ruhe seine Erhebungen und Beschlüsse beenden zu können, unbeschadet der persönlichen Verantwortlichkeit, die sich in der Folge herausstellen könnte;

der Parteivorstand erklärt, daß schweres Verschulden von Seiten der Redakteure vorliegt, die aus politischer oder persönlicher Leidenschaft die „Azione“ mit zweideutigen und verdächtigen Geldmitteln ins Leben gerufen haben, sie trotz dokumentierter Anklagen weiterführten und jede ernstere Prüfung der Geldquellen des Blattes vereitelten;

er fordert die Redaktion und jeden Parteigenossen auf, sofort und öffentlich ihre Beziehung zu der Zeitung „Azione“ abzugeben

und beschließt im Weigerungsfalle die Betreffenden aus der Partei auszuschließen.

Es ist selbstverständlich, daß der Parteivorstand, sobald er die Gewissheit zu haben glaubt, daß die Geldquellen der „Azione“ verdächtig sind — eine Ueberzeugung, der wir uns anschließen — nicht anders handeln konnte; da ihm die Verwaltung der „Azione“, sowie die syndikalistische Kontrollkommission die Einsicht in die Bücher verweigert hatte, fehlte zum Urteil jedes neue Element; der Vorstand hat auf Grund der der Öffentlichkeit vorliegenden Verdachtsgründe entschieden und hat sich dem Urteil der Mehrzahl der Parteigenossen angeschlossen. Wenn er den etwas inquisitionartigen Modus der Verhandlungen vermieden hätte, wäre es jedenfalls den von dem Urteil betroffenen Syndikalisten leichter geworden, sich zu unterwerfen.

Leider hat aber auch auf ihrer Seite die Leidenschaftlichkeit die Oberhand behalten. Sie haben die Gelegenheit versummt, das Geschehene wieder gut zu machen und durch ihren Rücktritt zu beweisen, daß sie in gutem Glauben in die Redaktion der „Azione“ eingetreten waren.

Leone hat, wie wir telegraphisch meldeten, den Entschluß über sein Verhalten der syndikalistischen Gruppe Roms, die ihn seinerzeit beauftragt hatte, die Redaktion zu übernehmen, anheimgestellt. Diese Gruppe hat heute nach vierstündiger Diskussion — es waren gegen 80 Syndikalisten zugegen — ihren Beschluß in folgender einstimmig angenommenen Tagesordnung niedergelegt:

Zu außerordentlicher Versammlung einberufen, um über den drakonischen Beschluß des Vorstandes der sozialistischen Partei Italiens zu beraten, der von der Parteiführung politischen Hasses gegen die läuternde und aufbauende Arbeit der syndikalistischen Fraktion und von den Interessen des parlamentarischen Sozialismus gegen den von der „Azione“ vertretenen Arbeitersozialismus eingeleitet ist; in Erwägung, daß der betreffende Beschluß über die vermeintliche Anschuldbildung schweigt, nach der die Regierung die lampflichtigste Zeitung des italienischen Sozialismus geschlossen hätte, und sich mit der Verdächtigung der Geldquellen der Zeitung begnügt, die durch authentische Erklärungen ehrenwerter Geldgeber klargestellt sind, erachtet die syndikalistische Gruppe Roms zur Vereitelung des verbrecherischen Anschlages gegen die syndikalistische Zeitung als hinreichend, für den Ankauf der Zeitung Sorge zu tragen, der sich bei dem nächsten syndikalistischen Parteitag verantwortlichen soll, um damit auch jeden Zweifel in der Masse der Partei zu beseitigen, die noch nicht reif ist, die hinterlistigen Schleichtwege der Politikanten zu erkennen, die auf ihren guten Glauben schielieren.

Die syndikalistische Gruppe Roms macht es Leone und den übrigen Redakteuren der Zeitung zur Pflicht, auf ihrem Kampfpfeile zu verharren, und erklärt für Fahnenflucht und Verrat ihre Unterordnung unter die Tagesordnung des Vorstandes der sozialistischen Partei;

sie beschließt ferner, alle Syndikalisten Italiens aufzufordern, sich mit den Genossen der „Azione“ solidarisch zu erklären und bietet der „Azione“, als Beweis ihrer Solidarität, die Mitarbeit ihres politischen Sekretärs, des Genossen Drano.

Mit dieser Tagesordnung erscheint der Austritt der großen Mehrheit der Syndikalisten aus der Partei besiegelt. Letzliche Fehler sind auf beiden Seiten begangen worden, an der nötigen Mäßigung und Selbstlosigkeit hat es auf beiden Seiten gefehlt. Wer aber die innere Enttötung in unserem Lager kannte, die Feindschaft zwischen Genossen der einen und der anderen Tendenz, der man sich sagen, daß auch ohne die unglückliche Affäre der „Azione“ die Spaltung in den Geirern reif war. Der letzte Skandal hat nur gezeigt, wie wenig Einheit und Einigkeit die italienische Partei noch zu verlieren hatte.

Aus der Partei.

Vorbereitungen zur Raifeier.

Die Lübecker Polizeibehörde gab auch in diesem Jahre wieder ihre Erlaubnis zu einem geschlossenen Festzuge durch die Vorstädte St. Jürgen und St. Gertrud. Allerdings hat sie die vielorts herrschende Kotschau ebenfalls ergriffen und deshalb ist das Verbot erlassen worden, rote Fahnen, Banner und Schärpen, die dem Ausmarsche das Gepräge einer sozialdemokratischen Demonstration geben, mitzuführen. Trotzdem wird der Zug eine wichtige Demonstration werden, da fast alle größeren Gewerkschaften und Vereine Lübecks beschlossene haben, die Raifeier durch Arbeitsruhe zu begehen.

Parteiliteratur.

„Der Gästner von Notre-Dame“. Dieser hochinteressante Roman Victor Hugos gelangt in dem jetzigen Halbjahrgang der illustrierten Wochenchrift „In freien Stunden“ zum Abdruck. In lebhaften Bildern gibt der Roman ein Bild mittelalterlicher Kulturgeschichte. Der katholische Priester, dem die Liebe zum Weibe verboten ist und der doch die uralten Forderungen der Natur nicht erlösen kann, wird um seiner Liebe zu einer Jüngerin zum Verbrecher. Die schöne Jüngerin verabschiedet den Priester, und man wird sie durch seine Schuld als Opze zum Tode verurteilt. Einen der im Mittelalter so beliebten Gegenprozesse mit all seinen Scheußlichkeiten entrollt der Dichter dem schauernden Leser. Neben einer Menge origineller, erheitender Gestalten läßt der Dichter die ganze Fülle des mittelalterlichen Volksebens an dem geistigen Auge des Lesers vorbeiziehen.

Das alles gibt diesem Roman eine kulturgeschichtliche Bedeutung, die das lebhafteste Interesse der Arbeiterkreise erwecken muß. Neben diesem Roman bringen „In freien Stunden“ die Erzählung „St. Peters Regensturm“ sowie in einem kleinen Feuilleton „Dies und Jenes“ — „Witz und Scherz“.

Abonnenten können jederzeit eintreten. Der Preis pro Heft beträgt 10 Pf. Bestellungen nimmt jede Buchhandlung, jeder Kolporteur, sowie der Verlag, Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, entgegen. Auch können die Hefte bei jeder Postanstalt zum Preise von 1,20 M. vierteljährlich (exkl. Postgebühren) bestellt werden. Jeder sollte sich ein Probeheft kommen lassen.

Der erste Parteitag der armenischen Sozialdemokratie. In nächster Zukunft findet ein Parteitag der armenischen sozialdemokratischen Arbeiterorganisation (im Kaufhaus) statt. Aus der Tagesordnung sind folgende Punkte von größerem Interesse: Die Gewerkschaftsbewegung. Die armenische und die russische Sozialdemokratie. Die armenische Sozialdemokratie und die politischen Parteien im Kaufhaus.

Es ist der erste Parteitag der armenischen Sozialdemokratie seit ihrem Bestehen (1903/04); sie hat bis jetzt zwei Konferenzen gehabt (im Jahre 1905 und 1906). Trotz ihrer Jugend hat die armenische Sozialdemokratie bedeutende Fortschritte gemacht, und in der Arbeiterstadt Vaku ist sie jetzt eine der stärksten Parteien. Im letzten Duma-Wahlkampf hat sie gezeigt, daß der armenische Nationalismus unter den Arbeitern in ihr einen gefährlichen und entschiedenen Gegner hat.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

„Pressefreiheit“ in Breslau.

Ueberaus merkwürdige Geschehnisse eines Amtsvorstehers kamen in einer Verhandlung zutage, die vor dem Landgericht Breslau gegen den Genossen Rob. Albert stattfand. In einer Notiz der „Volkswacht“ während des Wahlkampfes war gesagt worden, daß der Amtsvorsteher von M. Gaudau bei Breslau verurteilt worden sei, eine Versammlung zu beschleunigen, wodurch die Abhaltung der Versammlung vereitelt worden sei. Der Amtsvorsteher hatte gesagt, er hätte, obwohl der Brief 30 Stunden vorher abgehandelt war, denselben erst acht Stunden vor der Versammlung erhalten. Daran war die Vermutung geknüpft: „Wir können es einfach nicht glauben“. In der Verhandlung wurde von Zeugen unter Eid bestätigt, daß der Amtsvorsteher bereits früher eine Anmeldung zu beschleunigen beigegeben hatte, ja, daß er trotzdem den Einberufener erklärt hatte, sie sollten die Versammlung „nur so“ abhalten. Er sei also berechtigt gewesen, in die Worte des Amtsvorstehers Zweifel zu setzen. Der Amtsvorsteher mußte das als richtig bestätigen. Ferner wurde festgestellt, daß diese Vergeßlichkeit derart bekannt ist, daß der Breslauer Parteisekretär bereits früher allen Genossen bekannt geben mußte, bei Versammlungsammlungen an diesen Amtsvorsteher besonders vorichtig zu sein und diese nur per Einschreibebrief zu schicken. Ferner: Am Abend der Versammlung war der Amtsvorsteher im Versammlungsorte anwesend und spielte mit anderen Personen Skat. Als der Einberufer wegen des angeblich zu spät eingelaufenen Briefes mit dem Amtsvorsteher verhandeln wollte, erklärte dieser: „Ich bin hier als Privatmann, nicht als Amtsperson.“ In die Angelegenheit mußte er aber vor Gericht selbst zugeben, daß er bereits mit der Absicht hingegangen sei, die Versammlung aufzulösen, mithin eine Amtshandlung vorzunehmen. Sogar der Gerichtsvorsteher fand diesen „Widerpruch“ einigermaßen bestreudend. — Ein anderer Zeuge sagte aus, der Amtsvorsteher habe sich bei Erhalt des Briefes dießlich über das zu späte Einlaufen gestreut und das „Schlafen“ der Notizen verspottet. — Tragallem verurteilte den Breslauer Richter den Genossen Albert zu 100 M. Geldstrafe und erklärte, es sei auch für diesen Amtsvorsteher beleidigend, wenn man seinen Worten Zweifel entgegensetze. Da die Notiz scharfe Worte nicht enthalten, sei von einer höheren Strafe Abstand genommen.

Das nennt man mit Recht Breslauer Pressefreiheit!

Die Presse vor der Revision. Wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten ist am 30. November v. J. vom Landgericht Magdeburg der Genosse Ernst Wittmann von der „Volkswacht“ zu Magdeburg zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt worden, nachdem ein früheres freisprechendes Urteil vom Reichsgericht aufgehoben worden war. In dem Urteil war ein am 24. Dezember 1906 erschienener Artikel mit der Ueberschrift „Christpredigt“. Nach Ansicht des Gerichtshofes werden darin die „vermeintlich bespöthlichen Klaffen“ den besitzenden gegenübergestellt und zu Gewalttätigkeiten gegen die Besessenen angereizt. Die Sätze des Artikels seien allerdings so gehalten, daß sie in harmloser Weise ausgelegt werden können, aber der Hinweis auf die Kämpfe in Finnland und Polen lasse doch die Auffassung zu, daß gewalttätige Ausschreitungen und körperliche Gewalt empfohlen werden sollte. — Die Revision des Angeklagten, der auszuführen suchte, daß unrecht die Wähler in den unteren Bürgerklassen als die angereizte Verbrecherklasse angesehen worden seien, wurde am Montag vom Reichsgericht verworfen.

Aus Industrie und Handel.

Diskontermäßigung.

Die Reichsbank hat heute (Dienstag) ihren Diskont von 6 auf 5 1/2 Prozent erniedrigt, nicht auf 5 Prozent, wie vielfach erwartet wurde. Präsident Dr. Koch führte in der Zentralauskunftung etwa folgendes aus: Obgleich die letzten Wochen und vor allem die heute zu Ende gehende Woche einen erheblichen Rückgang von Varrmitteln sowie eine wesentliche Entlastung des Wechsel- und Lombardkontos gebracht haben, sei der Status des Instituts noch immer recht angepannt. Immerhin halte das Direktorium in Hinblick auf diese recht reichlichen Rückflüsse sowie angesichts der Erleichterung, die auf den ausländischen Geldmärkten eingetreten sei, den Zeitpunkt für gekommen, den starken Druck, den ein Reichsbankdiskontsatz von 6 Prozent bedeute, etwas zu mildern. Das Ausmaß der Diskontermäßigung könne aber nicht mehr als 1/2 Prozent betragen.

Am 18. Dezember 1906 wurde der Diskont auf 7 Prozent festgesetzt; diese Rate war in Kraft bis zum 22. Januar 1907, von da an bis jetzt stand sie auf 6 Prozent.

Heil Monte Carlo!

Aus Nizza schreibt man uns:

Die Zeitungen aller Herren Länder besprechen den Erfolg, den die Oper von Monte Carlo in Berlin erzielt schon hat. Weitere Erfolge erwartet man von der Vildergalerie, die ausschließlich Landschaften aus Monte Carlo bringen wird. Schon jetzt sind die Aktien von Monte Carlo, welche vor 8 Tagen noch 5250 notierten, auf 5750 hinaufgegangen (kurs 18. April in Paris). Mit diesem Erfolg kann der Prinz von Monaco als Kommissar vonhagen für die Spielbank schon zufrieden sein.

Die Dividende von Monte Carlo brachte im vorigen Jahre noch 350 Fr. pro Aktie, für das letzte Jahr nur 285 Fr.; das rührt daher, weil die Engländer Monte Carlo jetzt meiden, lieber nach dem „reelleren“ Kairo fahren und der Jazug aus Deutschland bisher noch zu schwach war, um den Ausfall von England zu decken. Man rechnet nun darauf, daß die entente cordiale und die mit großem Geschick arrangierte Gemäldeausstellung den Wandertrieb der Deutschen nach Monte Carlo bedeutend steigern wird.

Der Nettogewinn von Monte Carlo hielt sich zwischen 40 bis 60 Millionen Frank pro Jahr. Die halbe Million, die der Besuch des Prinzen in Berlin der Spielbank kostet, ist ein vorzüglich angelegtes Kapital.

Ueber vier Milliarden Schulden.

Zu dem neuen „Staatspump“ bemerkt der „Internationale Volkswirt“: Wahrscheinlich Herr Miguel würde sich im Grabe herumbrehen, so er dies Meistertum preußischer und imperialistischer Finanzkunst erfähre. Was ist das für eine Politik, die uns mit Akzeptverbindlichkeiten von 400 Millionen pro 1912 belastet und diese Akzeptie, ausgestattet mit 4 Proz. Zinsen, noch mit 2 Proz. Danuo begibt.

Unsere realisierte Reichsschuld beläuft sich jetzt auf eine Kleinigkeit über vier Milliarden Mark.

a) 450 Mill. Apr. 1907	3 1/2 Proz.	a	99,0455 %	445 705 020 M.
b) 1410 „ „ „	3 1/2 Proz.	a	100,82 %	1 418 765 842 „
c) 1798,5 „ „ „	3 1/2 Proz.	a	88,02 %	1 569 841 908 „
d) 60 „ „ „	4 Proz. Schatzbonds	a	—	59 450 552 „
e) 100 „ „ „	3 1/2 Proz.	a	99,49 %	99 490 048 „
f) 200 „ „ „	4 pr. 1902er	a	98 %	196 000 000 „
				4093,5 Mill. 8 789 000 000 M.

und während die tatsächliche Verzinsung des gesamten bis September 1904 durch Begebung von Schuldverschreibungen realisierten Anleihebetrags sich im Durchschnitt auf 8,45 Proz. stellte, zahlen wir jetzt 4,2 Proz. für die neueste Anleihe, wir nähern uns somit schon bedenklich dem Zinsfuß, der minderwertigen Schuldneuern auferlegt wird.

Die verfligten hohen Löhne.

Die Gewerkschaft „Constantin der Große“ bringt in ihrem Geschäftsbericht den unividerlösen Nachweis, daß die Lohnsteigerungen den ganzen Mehrerlös aus der Preissteigerung absorbieren. Sie macht folgende Rechnung auf:

Eine Gegenüberstellung des Kohlenpreises und des Durchschnittslohnes pro Schicht in den letzten vier Jahren gibt folgendes Bild:

Jahr	Kohlenpreis		Durchschnittslohn	
	gestiegen	gefallen	gestiegen	gefallen
1903	— Pf. — %	51 Pf. 5,01 %	6 Pf. 1,43 %	— Pf. — %
1904	— „ — %	19 „ 1,08 %	15 „ 3,32 %	— „ — %
1905	16 „ 1,67 %	— „ — %	12 „ 2,72 %	— „ — %
1906	45 „ 4,62 %	— „ — %	35 „ 7,77 %	— „ — %

In werten Zahlen ausgedrückt hatte demnach unsere Gewerkschaft folgende

Jahr	Preissteigerung		Preisfallen	
	eine Mehr-Einnahme	der Kohle	eine Minder-Einnahme	von 484 182,27 M.
im Jahre 1903	—	—	—	—
„ 1904	—	—	—	95 888,30 „
„ 1905	150 098,88 M.	—	—	—
„ 1906	541 894,20 „	—	—	—

dagegen durch Steigen des Durchschnittslohnes eine Mehraufwendung:

Jahr	im Jahre 1903	von 71 977,08 M.
1904	183 242,40 „	
1905	150 411, — „	
1906	509 894,74 „	

Dazu wird dann weiter bemerkt:

Die Ziffern zeigen, daß unsere Vergleiche einen erheblichen Anteil an der guten Wirtschaftslage nehmen und aus der bisherigen Preissteigerung folglich einen Vorteil gezogen haben. Da die Steigerung der Löhne noch anhält und außerdem eine bedeutende Preissteigerung aller Materialien im laufenden Jahre zu verzeichnen ist, so werden unsere Gruben erst durch die mit dem 1. April eintretenden höheren Kohlen- und Kokspreise auch ihrerseits auf ihre Kosten kommen können.

Der Bericht enthält aber auch noch einige andere Angaben, die die vorstehende Aufmachung ganz eigenartig illustrieren. Die durchschnittlich beschäftigte Arbeiterzahl belief sich im Jahre 1895 auf 4884, im letzten Jahre auf 5202, dagegen stieg der Bruttoertrag von 3 082 516,75 M. auf 4 397 372,77 M. Nach Abstellung der Unkosten bleibt ein Gewinn von 3 361 851,33 M. (1905: 2 188 482,35 M.) Demnach ergeben sich pro Kopf der Beschäftigten:

Jahr	Bruttoertrag	Gewinn
1905	823 „	439 „
1906	845 „	646 „

Der Geschäftsbericht konstatiert, daß die Löhne den ganzen Mehrerlös aufreissen und die Gewinne pro Arbeiter schneller um annähernd 50 Proz. hinauf! Bei solchen Abzügen können die Papierinhaber fett werden — und seit dem 1. April sind die Kohlenpreise um durchschnittlich 1 M. in die Höhe gegangen.

Vermischtes.

Arsenalbrand in Toulon.

In einer Werkstatt des Toulonner Arsenalts brach in der gestrigen Nacht Feuer aus. Trotz aller Anstrengungen zur Bekämpfung des Brandes sind mehrere Magazine und auch die Werkstatt zur Ausbildung der Torpedooffiziere niedergebrannt. Kurze Zeit war auch das angrenzende Stadtviertel durch das Feuer bedroht. Gegen zwanzig Marinemannschaften sind verletzt, darunter drei schwer. Die Ursache des Brandes ist vorläufig noch unauferklärt.

Späterer Meldung zufolge sind in der Nähe der Brandstelle zwei Stücke Zunder von einer Sorte, wie sie in der Marine nicht im Gebrauche sind, gefunden und beschlagnahmt worden. Die Zahl derjenigen, die bei den Rettungsarbeiten Verletzungen erlitten haben, beträgt nahezu 80, von denen 17 im Marinehospital untergebracht sind.

Die Katastrophe der „Jena“. Der Untersuchungsausschuss, der wegen der Katastrophe des Panzerkreuzers „Jena“ eingesetzt ist, hat gestern eine wichtige Entdeckung gemacht, die ihn in die Lage setzt, mit Bestimmtheit die Vermutung zu widerlegen, wonach die Katastrophe infolge Kurzschlusses oder durch einen elektrischen Funken der Dampfwerkmaschine erfolgt sei.

Mehrere Offiziere des Untersuchungsausschusses befürworteten im Hinblick auf die Katastrophe eine Verringerung der Quantität des „B“-Pulvers in den Granaten, um dadurch die Gefährlichkeit derselben zu verhindern.

Verein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen Berlin und Umgegend. (Abteilung „Geisler“.) Heute Mittwoch, den 21. April ca. abends 8 Uhr, bei Ball, Langhansstraße 146: Mitgliederversammlung. Vesp. und Diodotierklub „Geisler“. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Volze, Robenbergstr. 8: Sitzung.

Witterungsüberblick vom 23. April 1907, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer (hans mm)	Windrichtung	Windstärke	Wolken	Temp. in C.	Stationen	Barometer (hans mm)	Windrichtung	Windstärke	Wolken	Temp. in C.
Stettin	766	SW	4	100	10	Stettin	766	SW	4	100	10
Breslau	767	SW	4	100	10	Breslau	767	SW	4	100	10
Berlin	770	SW	2	100	10	Berlin	770	SW	2	100	10
Frankfurt	773	SW	1	100	10	Frankfurt	773	SW	1	100	10
München	778	SW	3	100	10	München	778	SW	3	100	10
Wien	770	SW	3	100	10	Wien	770	SW	3	100	10

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 24. April 1907.

Zeitweise aufklarend, vorwiegend trübe mit leichten Regenschauern, mäßigen südwestlichen Winden und wenig veränderter Temperatur.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 23. April. Elbe bei Kuffig — Meter, bei Dresden + 35 Sp. — Elbe bei Magdeburg 2,96 Meter. — Oder bei Salsdorf 2,83 Meter. — Oder bei Breslau + 0,88 Meter. — Oder bei Orlitz 3,08 Meter. — Reichsbindung 2,56 Meter.

Sozialdemokratischer Wahlverein Charlottenburg.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Genosse, **Günther Hermann Kretschmer** am 21. April verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 24. April, nachmittags 3 1/2 Uhr, vom Kranzenträger Bestand aus nach dem Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirchhof in Bestand statt.
Rege Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Bruder **Otto Langfeldt** am 21. d. M. an Magenkrebs gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 24. April, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Fildorf, Hermannstraße, aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schiefer **Hermann Stolzki** am 14. d. M. durch Ueberfahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
117/7 Die Ortsverwaltung.

Arbeiter-Raucher-Bund
Berlins und Umgegend.
Hiermit zur Nachricht, daß der Bundesbruder **Otto Langfeldt** aus dem Klub „Arkana“ am 21. d. Mts. verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 24. d. Mts., nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt.
2/19 Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Möbelpolierer **Waldemar Lindner** am 21. April verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 24. April, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Andreas-Kirchhofes in Wilhelmshagen aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
85/8 Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige.
Am Montag, den 22. d. Mts., verschied plötzlich am Herzschlag mein lieber Mann, unser guter Vater, der Bruder **Karl Miesenburg** im 56. Lebensjahre.
Dies zeigen tiefbetrübt an **Elisav. Miesenburg** und Kinder.
Die Beerdigung findet Donnerstag, den 25. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause in Schönfließ aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für **Waldmannslust und Umgegend.**
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, Gemeindevorsetzer Genosse **Karl Miesenburg** (Schönfließ) am 22. d. M. auf dem Wege zur Arbeit am Herzschlage verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 25. April, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause in Schönfließ aus statt.
222/3 Der Vorstand.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung unseres Sohnes **Franz** sagen wir allen Freunden, Verwandten und Bekannten, insbesondere dem Personal der Firma **Volgt & Uerpman** unseren tiefgefühlten Dank.
1806
Familie Jahn.
Martha Jahn.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser **Albert Rupp** am 21. April 1907 an der Schwindlucht gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 24. April, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Lazarus-Kirchhofes in Wilhelmshagen aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
117/5 Die Ortsverwaltung.

Verein der Droschkentührer
Berlins und Umgegend.
Mitgliedschaft IV des Zentralverbandes der Handels-, Transport- u. Verkehrsarbeiter Deutschlands.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege **Karl Rau** verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung desselben findet am Donnerstag, den 25. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Kirchhofes (alter Charité-Kirchhof), Ecke Müller- und Seestraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
71/17 Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige.
Am Sonntag, den 21. April, erlitt ein junger Mann, unser guter Bruder, Schwieger- und Großvater, der Gastwirt **August Kläke** im 46. Lebensjahre einen Schlaganfall, infolge eines Schlaganfalls im 52. Lebensjahre mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater, der Gastwirt **August Kläke** 4635/2
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 24. April, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Wohnung Dornburgstr. 51 aus statt.

Dankfagung.
Sage allen Freunden und Bekannten sowie dem Zentralverband der Räder für die herzlichste Teilnahme und Krankschreiben bei der Beerdigung meines Mannes meinen besten Dank.
1796
Witwe **Marie Fritsch** nebst Kindern.

Todes-Anzeige.
Am Freitag verschied plötzlich mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder und Schwager, der Bruder **Julius Hoffmann** im 52. Lebensjahre.
Dies zeigen tiefbetrübt an **Die trauernde Witwe** nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 25. April, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes, Müllerstraße, Ecke Seestraße, aus statt.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.
Zweigverein Berlin.
(Sektion der Patzer.)
Unsere Sektion der Mitglieder des Gesangsvereins zur Nachricht, daß am 19. d. M. unser Mitglied **Julius Hoffmann** verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 25. April, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Philipp Apffel-Friedhofes, Müllerstraße, Ecke Seestraße, aus statt.
183/18
Um rege Beteiligung ersucht
Die örtliche Verwaltung.

Zentral-Verein der Bildhauer Deutschlands.
(Verwaltung Berlin.)
Den Kollegen hierdurch zur Nachricht, daß am Sonnabend, den 20. April plötzlich unser Kollege, der Steinbildhauer **Andreas Lonsinger** im Alter von 47 Jahren verstorben ist.
Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des neuen Johannis-Friedhofes am Plöthensee aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Siehe auch in unserem Verlage:
Ignaz Auer-Postkarte
nach neuester Aufn. in seinem Nachdruck.
100 Stück 3 M.
Rauh & Pohle, Leipzig 119.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.

Branche der Möbel- und Stuhlpolierer sowie Beizer und Hülsenarbeiter.
Mittwoch, den 24. April, abends 8 Uhr, im „Königsstadt-Kasino“, Polzmarktstraße 72:
Branchen-Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Die alte und die neue Internationale. Referent: Genosse A. Wermuth. 2. Diskussion. 3. Unsere Stellungnahme zur Kommission. 4. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes. 5. Vorschläge und zahlreiches Erscheinen ist erforderlich. Dem Kollegen **Paul Schröter**, Beldensweg 29, sind bis auf weiteres die Obmannsgehälter für den Bezirk Osten übertragen.
Achtung, Osten! Die Zahlstelle 25 ist von Fruchtstraße 20 nach der Langestr. 53, nahe der Fruchtstraße, bei Kluge verlegt worden.
Die Branchenseitung.

Donnerstag, den 25. April, abends 8 1/2 Uhr:
Branchen-Versammlung der Stellmacher
im Rosenthaler Hof, Rosenthalerstraße 11/12.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen A. Störmer über: „Sozialistische und bürgerliche Weltanschauung.“ 2. Stellungnahme zum 1. Mai. 3. Bericht der Kommission für das 1. Quartal. 4. Wahl eines Mitgliedes zur Generalkommission. 5. Branchenangelegenheiten. 6. Verschiedenes. Angeht die reichhaltige Tagesordnung erwartet die Anwesenheit aller Kollegen
Die Kommission.
Mittwoch, den 24. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Stramm, Ritterstraße 123:

Vertrauensmänner-Versammlung
der Lugschmiedbranche.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
(Zahlstelle Charlottenburg.)
Donnerstag, den 25. April, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rosenstraße 3:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 1. Quartal 1907. 2. Vortrag über freie Fortbildungskurse für Arbeiter. 3. Unsere gegenwärtige Situation. 4. Waffeler. 5. Verbandsangelegenheiten. Generalkommissionelles und Verschiedenes.
Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987.
Donnerstag, den 25. April, abends 8 Uhr, in Lerches „Bürgerfäden“ am Randeil:
Bezirks-Versammlung für Friedrichshagen
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. (Referent wird in der Versammlung bekannt gegeben.) 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.
Zahlreicher Besuch wird erwartet.
117/6

Achtung! Die Sitzung der erweiterten Verwaltung findet nicht am Donnerstag, 25. April, sondern am 2. Mai statt.
Die Ortsverwaltung.



Jagdmantel-Pelerine
Halali
18 M.

(D. R. G. M. 28282). Wetterfester, glatter oder hochgerauter Loden in dunkelgrauer oder oliver Farbe. Halali ist, wie beide Bilder zeigen, als Mantel oder Pelerine zu tragen, und zwar als Pelerine, indem die Ärmel nach innen gezogen werden, und die entstandene Öffnung durch Druckknöpfe geschlossen wird, als Mantel, indem die Ärmel herausgelassen werden (Ärmel am Fuß besonders schliessbar). Vorteilhaftester Schutz gegen Witterung ohne Behinderung bei der Jagd. Halali ist sehr weitauf, so dass Rücksack unter Pelerine Platz hat.



Loden-Pelerinen Wetterfeste, praktische Loden. 9 M.
Extralang und glockenförmig, mit und ohne Kapuze, 21.— 18.— 12.—

Loden-Havelocks 24.— 18.— 6 M. 75
15.— 12.—

Loden-Joppen 9.— 6.— 2 M. 75
5.— 4.—

Radler-Anzüge 27.— 24.— 15 M.
21.— 18.—

Gummi-Mäntel 36.— 27.— 15 M.
24.— 18.—

Regen-Pelerinen 12.— 8.75 4 M. 25
7.50 5.—

Radler-Hosen 9.— 6.— 3 M.
5.— 4.50

Baer Sohn

Spezialhaus grössten Massstabes
Chausseestrasse 24a-25 • 11 Brückenstrasse 11
Gr. Frankfurterstr. 20
Der Haupt-Katalog Nr. 31 (neueste Moden 1907) wird auf Wunsch kostenlos zugesandt.

Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands
Filiale Berlin II.
Freitag, den 26. April, abends 8 1/2 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27:
Hußerordentliche Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Tarifberatung. 2. Verschiedenes.
Zahlreicher Besuch erwartet.
Der Vorstand. 172/14
J. A.: Chr. Ohngemach.

Deutscher Buchbinder-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Donnerstag, den 25. April, abends 8 Uhr:
General-Versammlung
im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 4.
Tages-Ordnung:
1. Bericht von der Anstaltskommission betreffend Anträge zum Verbandstag. 2. Geschäfts- und Kassenbericht. 3. Wahl von Delegierten zum Gantag und Anträge zu demselben. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Ohne Mitgliedsbuch kein Eintritt.
Zahlreicher Besuch erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Glasarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschl.
Ortsverwaltung Berlin.
Donnerstag, den 25. April, abends 8 Uhr, in Böders Festhale, Weberstraße 17:
73/4

Mitglieder-Versammlung
sämtlicher Branchen.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Ortsverwaltung. 2. Bericht von der Generalversammlung in Penzig. 3. Wahl von vier Mitgliedern zur Prek-Kommission. 4. Waffeler. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Boycott aufgehoben!!
gegen die Herren-Garderoben-Firmen:
Osten: **Behrendt**, Grüner Weg 84
Westen: **J. Lewy & Co.**, Charlottenburg, Wilmersdorferstraße 47
Norden: **J. Lewy & Co.**, Brunnenstr. 50
Bornstein, Brunnenstraße 181
Bendit, Brunnenstraße 68
Ringel, Chausseestraße 31
Ringel, Brunnenstraße 47. 1806*

Berliner Waldschutz-Verein.
Einladung zur **General-Versammlung**
am Donnerstag, den 25. April 1907, abends 8 Uhr, im Rathaus zu Berlin, Zimmer Nr. 109, Eingang Jüdenstraße.

Jede Dame lese!
Direkt aus der Fabrik jetzt nach beendetem Engros-Saison wieder Einzelverkauf zu den bekannt billigsten Preisen.
44611.* Jacketts, große Auswahl 3.75 bis 25 M.
Engl. Paletots mit und ohne Futter 6.50 bis 22 M.
in allen Längen 0.25 bis 30 M.
Staub-Mäntel in neuest. Frb. 5.50 bis 23 M.
Sport-Röcke in engl. Stoff. 2.50 b. 18 M.
Boleros u. Havelocks, 5.50 M. an.
Fabrik Pelz, 50 Kurstr. 50.
Sonnt. geöffnet.
Vorzeiger dieser Annonce 5 Proz. Rabatt. — Feste billigste Preise

Mit Ihren geringen Ersparnissen können Sie Ihr **Glück machen.**
Ordentlich, nützlichen Schloßern, Monturen usw. geben wir schon bei geringer Anzahlung
Motorwagen wodurch sie ein glänzendes Einkommen erzielen, besonders da jetzt die Fahrpreise um 1/3 erhöht ist. 175/19*
Berliner Automobilhaus- und Industrie-Gesellschaft m. b. H., Berlin W., Umlandstr. 170.
Dr. Simmel
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.
Allen Parteigenossen und Bekannten teile ich mit, daß das alte Parteilokal Einnemündersstr. 34 ein herrliches Willkommen! bietet. Das Vereinszimmer ist noch einige Tage frei.
F. Henkel.

Prinzessin und Kammerfrau.

Die Verhandlung gegen die unberechnete Anna Milewski wegen Diebstahls begann gestern vor dem ersten Strafkammer des Landgerichts Berlin II im Schwurgerichtssaale des Kriminalgerichtsgebäudes in der Luchstraße.

Die Angeklagte ist jetzt in Charlottenburg wohnhaft. Sie ist bekanntlich beschuldigt, in den Jahren 1898 bis 1901 hier und im Auslande der verstorbenen Prinzessin Amalie von Schleswig-Holstein, der Tante der deutschen Kaiserin, Juwelen und Schmucksachen sich widerrechtlich angeeignet zu haben.

Vorbemerkung.

Vor Eintritt in die Verhandlung bemerkt der Vorsitzende: Die Strafverfolgung in dieser Angelegenheit dauert nun bereits sechs Jahre. Schon dies zeigt, daß alles geschehen ist, was in Menschenkräften steht, um die Sache gewissenhaft zu untersuchen.

Bernehmung der Angeklagten.

Die Angeklagte ist jetzt 33 Jahre alt. Sie ist in Marggrabowa als die Tochter des Inhabers eines Fleischergeschäfts geboren und stammt aus der ersten Ehe ihres Vaters.

in Ems die Prinzessin 15 000 Mark von einer Bank abgehoben habe, woraus schon hervorgehe, daß die Prinzessin Geld gehabt habe.

dem Hr. Wagner,

der in ihrer Umgebung weilte und den sie nach der Behauptung der Angeklagten ganz einkleidete und unterhielt, gegeben habe.

Prinzessin stets in Geldverlegenheit

gewesen sei, daß sie die Reiskasse geführt und zahlreiche Ausgaben für die Prinzessin gemacht habe. Als die Prinzessin in Algier, wo sie eine Villa für sechs Monate zum Preise von 14 000 Frank gemietet hatte, erkrankte, habe sie namentlich große Ausgaben für die Prinzessin gemacht.

ungewöhnlichen Verkehr zwischen der Prinzessin und ihrer Kammerfrau

beobachtet habe. Als die Prinzessin in einem Eisenbahnwagen mit der Gattin des Konsuls sich in eine Unterhaltung eingelassen hatte, sei ihr die Angeklagte etwas formlos ins Wort gefallen, so daß die Prinzessin ihr dies ernstlich unterzagt habe.

zwischen ihr und dem Herzog Ernst Günther Zwistigkeiten

ergeben, denen sie dadurch ein Ende gemacht habe, daß sie die Stellung bei der Prinzessin aufgab. Auf dringendes Ersuchen und Witten der Prinzessin habe sie sich bald darauf wieder dazu verstanden, wieder zu ihr in Dienst zu treten, und zwar behauptet sie, daß sie als

„Kaschane“ oder „Gesellschaftsdame“

engagiert worden sei. Sie hat sich dann wieder mit der Prinzessin auf Reisen ins Ausland begeben. Fräulein Milewski sei dann als Gräfin von Michalowska gerufen. Der Vorsitzende hält ihr vor, daß dies geschehen sei, nachdem sie in Paris im Bon-marché und im Louvre sich eine glänzende Toilette zugelegt und acht hochelegante Kleider, darunter sechs Morgenkleider, ein Reisekleid, ein Gesellschaftskleid, seidene Blusen usw. gekauft hatte.

von der Prinzessin den Herrschaften ihres Verkehrs als Gräfin Michalowska vorgestellt

worden, was großes Aufsehen und vielfach Kopfschütteln hervorgerufen habe. Die Angeklagte behauptet, daß diese Retamorphose auf Wunsch und nach Abrede mit der Prinzessin vorgenommen sei, um Ruhe vor den

Nachforschungen und unbehaglichen Mahregeln des Herzogs Ernst Günther

zu haben. Der Staatsanwalt behauptet, die Prinzessin habe alle Angaben der Angeklagten sehr leicht geglaubt und sei von dieser in den Glauben verfiel, daß sie wirklich eine Gräfin sei. Die Prinzessin sei auch einmal Zeugin einer Veröhnungszene gewesen, die die Angeklagte in einem Hotel mit einem

alten Herrn

aufführte, den sie als ihren Vater, den Grafen Michalowski vorgestellt habe. Die Angeklagte bestritt ein solches Vorkommnis.

Die Anklage

geht davon aus, daß die Schmuckgegenstände, die man in dem Zimmer der Angeklagten vorfand, als sie in Kairo gewaltsam von der Prinzessin getrennt wurde, der Prinzessin gehörten und von der Angeklagten entwendet worden seien.

einzelnen in Frage stehenden Schmucksachen geben. Dazu gehören: eine runde Brosche mit Diamanten und Rubinen, hammernd aus dem Schmuck der Königin Karola Mathilde von Dänemark; eine kleine Brosche mit 5 Rubinen und Diamanten; ein goldenes Kettenarmband, eine einfache Kette mit Medaillon und drei Perlen; ein blauemailiertes Medaillon; eine Türkisfischlange als Halsband; ein dickes Kettenarmband, Erbstücke der verstorbenen Königin von Dänemark; eine Brosche mit Goldtopasen und Amethysten, geerbt von der Herzogin Luise Sophie; ein Herz, blauemailiert, in Gold mit Perlen; 4 Rubinen und Diamanten in einer Haarnadel; eine Nadel, Geschenk des Königs Christian VII. von Dänemark; noch eine Brosche; eine Schildkröte aus Tigerauge und Diamanten; eine dicke, feingelochte Kette; ein wertvoller Handspiegel usw. ufm.

vorgefundenen Perlen aber unecht gewesen seien. Die Anklage geht davon aus, daß die Angeklagte die echten Perlen durch unechte ersetzt und die echten verkauft habe.

ungeheurer Dreistigkeit, einen preussischen Beamten einfach der Urkundenfälschung zu bezichtigen. Das sei unerhört. — Angekl.: Sie könne viele Briefe vom Angehörigen der deutschen Kolonie vorlegen, die alle von den „Spindübereien“ des Konsuls

sprechen. — Der Vorsitzende untersucht der Angeklagten nachdrücklich solche Angriffe und ersucht sie, sich auf einen vornehmlichen Standpunkt zu stellen.

ob sie denn anklagen könne, wo das Geld geblieben sei? Die Prinzessin habe sehr bescheiden und einfach gelebt, dagegen soll die Angeklagte sehr vornehme Allüren gehabt und viel Geld ausgegeben, Partien gemacht, den Sekt geliebt haben usw. usw.

In der Zweitaufnahme wird zunächst Rechtsanwalt Dr. Lubszynski vernommen, der früher Verteidiger der Angeklagten war, inzwischen aber die Vertretung niedergelegt hat und von der Angeklagten von der Verpflichtung zur Verschwiegenheit entbunden worden ist.

Der nächste Zeuge ist der Kammerherr Werner v. Blumenthal: Als die Angeklagte in Kairo festgenommen war, fanden sich die hier in Frage stehenden Schmucksachen in einer Schublade des Fräulein Milewska. Die Angeklagte behauptet, daß dies ein Koffer ge-

wesen, der der Prinzessin gehörte und auch mit einer Krone gezeichnet war. — Es sei ihm verdächtig gewesen, daß die Angeklagte so viel Schmucksachen im Besitz hatte und er habe Stück für Stück der Prinzessin mit der Frage vorgelegt, ob darunter Stücke sich befinden, die ihr Eigentum seien. Die Prinzessin habe dann die hier fraglichen Sachen als ihr Eigentum erkannt. Die Prinzessin war frisch und geistig sehr reger, sie war überhaupt eine sehr geschickte Dame. Sie habe ihm gesagt, daß sie mehrmals bemerkt hatte, daß die Angeklagte ihre Schmucksachen trage. Auf die Gegenfrage, warum sie denn nicht rekonstruiert habe, habe sie gesagt: Das habe sie des lieben Friedens wegen nicht getan. Die Prinzessin habe in einer ungewöhnlichen Weise unter dem Einflusse der Angeklagten gestanden und letztere habe sich in Algier sehr brüsk gegen die Prinzessin benommen. Die Prinzessin habe wiederholt die Bitte von ihm entgegengenommen, nur das als ihr Eigentum zu bezeichnen, von dem sie es ganz genau wüßte. Als sie beglückt eines Schmuckstückes mit Perle etwas zweifelhaft war, habe er dies lieber als Eigentum der Angeklagten dieser zugewiesen. Als die Angeklagte dann in Port Said war, d. h. etwa 3 bis 5 Tage später, hat die Prinzessin gesagt, es müsse doch ihre Perle sein, die Milewska müsse sie haben umfassen lassen. Der Zeuge behauptet weiter: Es sei ihm bekannt gewesen, daß die Prinzessin ein dreiteiliges Perlenhalsband von sehr hohem Werte besaß. Bei all den merkwürdigen Sachen, die passiert waren, und bei der ganzen Persönlichkeit der Angeklagten habe er geglaubt, daß er ihr manches zutrauen könne. Deshalb habe er die Prinzessin nach einigen Tagen gebeten, ihm doch einmal ihr

Perlenkollier zu zeigen. Er habe es sofort als unecht

erkannt und ein Juwelier habe ihm dies bestätigt. Bei der ersten Unterredung mit der Prinzessin nach der Abführung des Fräulein Milewska habe er versucht, um nicht den Eindruck zu erwecken, daß er unnötig schroff vorgegangen sei, die Prinzessin dahin zu bringen, daß sie sich gutwillig von der Angeklagten, deren Festnahme sie noch nicht kannte, trennte. Sie verweigerte es aber entschieden, weil sie ihr sehr zugetan war. Sie behauptete auch, daß die Milewska sehr reich sei, was der Zeuge auf Grund der von ihm vor seiner Abreise bei dem Schwager und der Schwester der Angeklagten eingegangenen Auskunft bestritt, daß die Angeklagte keinerlei Vermögen oder große Mittel besitze. Trotzdem sei die Prinzessin dabei geblieben. Die Prinzessin sei durchaus abhängig von der Angeklagten gewesen.

Verhaftung in Kairo. Die Angeklagte: Der Zeuge, der mich jetzt des Diebstahls beschuldigt, hat mir bei meiner Abführung aus Kairo erklärt, daß nichts gegen mich vorliege, daß ich nur nach Berlin gehen solle.

Zeuge: Fräulein Milewska versprach, daß sie nach Berlin reisen und dem Herzog Ernst Günther Aufklärung über den Ursprung ihres Vermögens geben wolle. Darauf habe ich ihr gesagt: das würde das Beste sein. Von dem Augenblicke an, als die Angeklagte Kairo verlassen hatte, schlug übrigens die Ansicht der Prinzessin über Fräulein Milewska vollständig um.

Justizrat Bronner: Worauf ist wohl das freundschaftliche Verhältnis der Angeklagten zu der Prinzessin zurückzuführen. Es ist doch zweifellos, daß die Beziehungen sehr freundschaftlich waren. Zeuge: Die Prinzessin hatte die Neigung, sich sehr traulich zu geben, auch Persönlichkeiten gegenüber, die sozial unter ihr standen. Auch bei Hr. Wagner war dies der Fall; auch er hatte einen gewissen Einfluß auf sie.

Angeklagte Milewska: Herr v. Blumenthal hat meine Verhaftung in Kairo dadurch bewirkt, daß er sich als Polizeipräsident von Berlin vorstellte und mich als gemeingefährliche Anarchistin hinstellte. So bin ich denn wie eine schwache Verbrecherin gefesselt transportiert worden.

Zeuge v. Blumenthal: Ich bin seit 6 Jahren auf Veranlassung der Angeklagten in Berliner und auswärtigen Zeitungen in unerhörter Weise verächtlich worden. Ich erkläre die eben gehörten Behauptungen der Angeklagten als plumpe und lächerliche Erfindungen. Ein gleiches ist der Fall mit der Behauptung, daß sie nicht durch Organe der ägyptischen Regierung, sondern von durch mich bezahlte Agenten verhaftet worden sei. Alle Mitteilungen in der Presse, soweit sie sich auf die Verhaftung und das weitere Benehmen mit der Angeklagten in Kairo beziehen, sind samt und sonders nicht nur übertrieben, sondern blanke Erfindung.

Justizrat Bronner: Durch die Verhaftung der Angeklagten ist doch sicher derselben die Möglichkeit genommen worden, sich bezüglich der Schmucksachen der Prinzessin gegenüber auszusprechen. Wäre das der Fall gewesen, so hätten wir vielleicht den ganzen Prozeß nicht.

Kammerrat Bionta macht einige kurze Mitteilungen über die Einkünfte der Prinzessin. Danach hat sie im Jahre 1898 17 700 M., 1899 38 500 M., 1900 50 200 M. bezogen.

Es folgt die Verlesung des Protokolls über die Bernehmung der Prinzessin Amalie. Sie ergibt, daß die Prinzessin die Schmucksachen als ihr Eigentum anerkennt und bestritten hat, daß sie solche der Angeklagten geschenkt habe. Auch sonstige Angaben der Milewska hat die Prinzessin bestritten und entschieden abgelehnt, dem Ritter Wagner je einen Groschen Geld gegeben zu haben. Für dessen Ehrenhaftigkeit lege sie die Hand ins Feuer.

Hierauf reißt sich die protokolllarische Aussage des Konsuls Anton über die Art, wie die Bernehmung der Prinzessin vor sich gegangen.

Die Angeklagte verlangt die Vorladung eines Schreibsachverständigen. Sie müsse entschieden bestritten, daß die Prinzessin das Protokoll unterschrieben habe. Sie habe ohne Schreibsachverständigen gar nicht schreiben können.

Verlesen werden noch die Aussagen mehrerer Ärzte in Kairo und des Legationsrates v. Oppenheim, monach die Prinzessin durchaus klaren Geistes und ein ausgezeichnetes Gedächtnis besaß.

Schließlich werden die Aussagen der Prinzessin Henriette von Schleswig-Holstein (Frau Prof. v. Esmarck) verlesen, die viele der Schmucksachen als das Eigentum der Prinzessin Amalie erkennt hat.

Hierauf wird die Sitzung auf Mittwoch 9 1/2 Uhr vertagt.

Partei-Angelegenheiten.

- Au die Parteigenossen Berlins und der Provinz Brandenburg! Die neue Lokalliste erscheint am Himmelfahrtstage. Wir erlauben daher, alle Änderungen bezw. Renaufnahmen bis spätestens Sonnabend, den 27. April, an die unterzeichneten Kommissionsmitglieder gelangen zu lassen: Für den I. Wahlkreis an den Genossen Jakob Ege, Neue Hofstraße 12. Für den II. Wahlkreis an den Genossen Heinrich Schröder, Hagelbergstraße 27. Für den III. Wahlkreis an den Genossen Karl König, Jahnstraße 24. Für den IV. Wahlkreis an den Genossen Karl Rott, Strahmannstraße 29. Für den V. Wahlkreis an den Genossen Albert Hahnisch, Auguststr. 51. Für den VI. Wahlkreis an den Genossen Richard Henschel, Bollnerstraße 51. Für Nieder-Brandenburg an den Genossen Robert Ried, Rummelsburg, Kanstr. 22. Für Teltow-Beetzow an den Genossen Karl Koff, Rixdorf, Selchowstraße 22.

Für Potsdam Ostbavelland an den Genossen Karl Ling, Spandau, Mittelstr. 13.

Für alle übrigen Orte an den Obmann der Kommission.

Um das rechtzeitige Erscheinen der Lokalliste zu ermöglichen, ersuchen wir die Parteigenossen dringend, alle Mitteilungen in Lokalanzeigenblätter unverzüglich dem zuständigen Kommissionsmitglied des betreffenden Kreises zu übermitteln. Ferner weisen wir wiederholt auf den in den Lokalfestsetzungen der Landkreise so oft gefassten Beschluss hin, wonach die örtlichen Kommissionsmitglieder verpflichtet sind, vor dem Erscheinen jeder neuen Liste rechtzeitig an den Obmann ihres Kreises einen Bericht einzulegen, gleichgültig, ob Veränderungen vorgenommen sind oder nicht.

Dieser Bericht, aus dem kein Verzicht kommt, werden in der Liste nicht weiter aufgeführt und haben sich die betreffenden Genossen die etwa hieraus entstehenden unangenehmen Folgen selbst zuzuschreiben.

Alle nach dem 27. April einlaufenden Meldungen können nicht mehr berücksichtigt werden und ersuchen wir, dies zu beachten.

Des Weiteren sind wir leider wieder genötigt, darauf hinzuweisen, daß alle Mitteilungen in Lokalanzeigenblätter nur durch die oben genannten Kommissionsmitglieder an den Obmann der Kommission zu richten sind und nicht direkt an den „Vorwärts“. Es entstehen hierdurch nur unnötige Verzögerungen, und da auch die Einblendungen meistens bis zum letzten Termin hinausgeschoben werden, ist, wenn es sich um eine Sperrnotiz handelt (Vergleichen in einem gesperrten Lokal), eine Publikation nicht mehr möglich.

Der Obmann der Lokalkommission:

Richard Henschel, N. 28, Wollinerstraße 51 II.

Zur Lokalliste: Im zweiten Kreis steht das Lokal „Variété Südwest“, Inh. Wilh. Schulze (früher Königs Gesellschaftshaus), Wittenloberstr. 15, der Arbeiterkassette zu den besagten Bedingungen zur Verfügung. Die Lokalkommission.

Berliner Nachrichten.

Neuer Feuerwachen. Ein Sachkundiger schreibt: „Unsere, nicht mit Unrecht im In- und Auslande vielgerühmte Feuerwehre besitzt ein ausgezeichnetes Material an Pferden und Fahrzeugen, und auch die Ausbildung, das Pflichtgefühl, sowie die reichen praktischen Erfahrungen der Mannschaften sind allseitig und wiederholt auch von allerhöchster Seite anerkannt. Nur ein Manko in der rühmlichen Organisation unseres Löschwesens erheischt dringend die Abstellung: wir haben zu wenig Feuerwachen, unsere Wache ist in fünf Kompanien eingeteilt. Während nun der Südosten durch die 2. Kompanie in der Köpferstraße mit ihren Zugwachen in der Remeler- und Reichenbergerstraße, der Süden und Westen durch die am Hasenpflanz stationierte 3. Kompanie mit 2 Zugwachen in der Wilmstraße und an der Zwölfpostelstraße, sowie auch Berlin O. durch die 5. Kompanie in der Lintenschstraße, die ebenfalls 2 Zugwachen in der Bauer- und Fischerstraße hat, genügend geschützt erscheinen, können NW., N. und O. sich dessen nicht rühmen. Der 4. Kompanie in Moabit mit ihren Zugwachen in der Lintensch-, Lütz- und Panstraße ist ganz Moabit bis zur Stadtgrenze und ein Teil des hohen Nordens zugeteilt, — ein Gebiet, das entschieden zu groß bemessen ist. Die Errichtung einer weiteren Wache in diesem Gebiet, wie namentlich in der Gegend des neuen Viktoria-Krankenhaus, mit Rücksicht gerade auf diesen Neubau, wäre höchst wünschenswert. Ebenso sind im Osten der ganze Stadtteil um den Viehhof sowie der hinter der Hochbahn liegende Teil, der jetzt in starker Entwicklung begriffen ist, ohne Wache, und der Schreiber dieses war selbst heute, daß eines Abends auf den Ruf des Feuerwehlers Ede Warkauer- und Wollinerstraße die Wehre erst in 8 Minuten erschien. Glücklicherweise handelte es sich nur um einen kleinen Zimmerbrand, ganz in der Nähe des Feuerwehlers. Was aber hätte entstehen können, wenn ein Dachstuhl- oder sonstiger größerer Brand ausgebrochen wäre? Noch schlimmer steht es im Norden. Die dort in der Reibstraße stationierte 1. Kompanie hat nur eine Zugwache in der Oberbergerstraße, so daß also der ganze Norden von der Schönhauserallee, Pantofelstraße und dann weiter bis Nordosten, Greifswalderstraße bis zur Landsbergerallee ohne Wachen sind. Welch ein Unheilstand dies ist, haben wir, es ist noch nicht lange her, bei einem großen Brand in der Greifswalderstraße erlebt.“

Wir glauben, daß das Obige genügt, um den Wunsch zu rechtfertigen, daß hier Abhilfe geschaffen wird.

Der Stadtverordnetenaufruf zur Vorkonferenz der beiden Magistrats-Vorlagen über den Abschluß eines Vertrages mit der Gemeinde Treptow wegen der Regulierung der Dorfstraße und der neuen Kreuzgasse sowie wegen der Zustimmung zu der von der Gesellschaft für den Bau von Untergrundbahnen beabsichtigten Herstellung eines Verbindungsgleises von dem Endpunkt ihrer Bahnen in Treptow nach den in die Dorfstraße dortselbst neu einzulegenden Gleisen zur Verbindung mit Schönweide hat diese Vorlagen angenommen.

Ein größerer Brand von Eisenbahnwagen, durch welchen das Bahngleis Oranien-Verlin über eine Stunde gesperrt war, fand am Montagmorgen zwischen Fürstenufer und Gangelberg statt. Eine am Bahndamm lagernde größere Menge buchener Eisenbahnwagen, die neben den Gleisen zwischen den Waden 42 und 43 hinter den Heibeländern aufgestapelt waren, geriet, vermutlich durch Funkenauswurf einer Lokomotive, in Brand. Da die Schwellen mit Karbolinöl getränkt waren, griff das Feuer schnell um sich und entwickelte einen starken, weithin sichtbaren Qualm. Eine Schwadron Mannen, die sich auf dem Umweg des Brandherdes befindlichen Militärstützpunkte befand, leistete die erste tatkräftige Hilfe. Von Fürstenufer aus wurde eine Lokomotive entsandt, von der aus das Feuer mittels Schlauchleitungen vollends gelöscht wurde. Der größte Teil der Schwellen ist verbrannt. Der Personenzug 229, welcher um 2.36 fahrplanmäßig Fürstenufer verlassen sollte, konnte erst um 4 Uhr seine Fahrt nach Verlin fortsetzen.

Lebensgefährliche Zustände

herrschen in den Häusern Danzigerstr. 3/4, in denen ein Postamt untergebracht ist. Man sollte meinen, daß ein Institut, das dem Verkehr dient, auch in seinen Einrichtungen dementsprechend organisiert ist; allein hier wird tatsächlich der Verkehr nicht nur erschwert, sondern es werden Gefahren für Leben und Gesundheit vieler Menschen heraufbeschworen. Ueber die Zustände in diesen Häusern wird uns folgendes berichtet: Es wohnen in den Häusern etwa 50 Mieter. Bis vor einigen Jahren hatte auch jedes Haus seinen eigenen Eingang. Der Hauswirt, ein pensionierter Beamter, der eine größere Pension bezieht, hatte die Erlaubnis zum Umbau der Eingänge erteilt und die ehemaligen zwei Eingänge zu einer etwa zwei Meter breiten Einfahrt umwandern lassen. Es müssen also sämtliche Mieter heider Häuser den einen vorhandenen Torweg benutzen, da der Eingang zu Nr. 4 als Boden eingestrichelt wurde. Es wäre ja lediglich für 50 Mieter, also inklusive deren Angehörigen etwa 150 Personen, ein zwei Meter breiter Zugang genügend, wenn derselbe nur von den dort Wohnenden ausschließlich benutzt würde. Am Hause Nr. 3 befindet sich aber das Postamt 58. Dasselbe wird demnach stark frequentiert, daß zur Entlastung in der Schönhauser Allee ein Nebenamt errichtet werden mußte.

Man kann sich einen Begriff machen, welche reger Verkehr in der Einfahrt herrscht, wenn man bedenkt, daß die dem Amt zugehörigen etwa 200 Beamten dieselbe täglich mehrere Male passieren müssen. Außerdem ist aber der Wagenverkehr ein äußerst lebhafter. Es fahren den Tag über durchschnittlich 120 bis 140 Postwagen in und aus. Allein in den Abendstunden in der Zeit von 5—8 Uhr wurden 30 einführende Wagen gezählt. Das Postamt muß nun, da die Einfahrt gerade so breit ist, um einen Wagen hindurch zu lassen, an der Straßenseite wie an der Hofseite je einen Beamten stationieren, die das Publikum durch Warnungsrufe vor der Gefahr

des Ueberfahrenwerdens zu schützen haben. Der Zufall an den Seitenwänden ist an vielen Stellen vollständig weggerissen, an anderen Stellen hat er sich die schöne gelbe Farbe der Postwagen angeeignet.

Wegen die Zeit des Monatswechsels, wenn die alten gebrauchlichen Invaliden- und Rentenempfänger ihre Monatsrenten abholen, ist die Gefahr geradezu bedrohlich. Wie leicht kann so ein alter Mann, der doch nur äußerst langsam sich bewegen kann, einen Unfall bei derartig himmelschreienden Verkehrsverhältnissen erleiden. Würde jemand im Vorweg selbst von einem Wagen überfahren, er würde darin buchstäblich zerquetscht werden. Zu verwundern ist ja allerdings nicht, daß derartige Unfälle nicht abgestellt werden, hat doch unsere Polizei alle Hände voll zu tun, um Streifposten, Drohschreiber usw. zu arretieren und dann noch Arbeiterversammlungen zu überwachen. Dabei kann selbstverständlich nicht verlangt werden, daß auch Zustände, die dem Wohlbefinden der Verkehrssicherheit geradezu Noth sprechen, gesehen und so schnell als möglich abgeändert werden.

Vielleicht befürchten sich jetzt die zuständigen Organe um diese Zustände, die schleunigst Abhilfe erheischen.

Ein Friedhof im Grundwasser? Sonderbare Zustände scheinen auf dem Friedhof der Auferstehungsgemeinde zu herrschen, der in Weihenau an der Lichtbergerstraße liegt. Ein Leser unseres Blattes, der zu dieser Gemeinde gehört, hat kürzlich dort ein Kind begraben lassen müssen. Er teilt uns die Beobachtungen mit, die er bei der Beerdigung gemacht hat. In der Grube, die den kleinen Sarg aufnahm, hatte sich Wasser in erheblicher Menge gesammelt. Regenwasser konnte das nicht sein; denn geregnet hatte es an diesem Tage nicht, und auch die vorhergehenden Tage waren ohne nennenswerten Regen gewesen. Da konnte es sich nur um Grundwasser handeln, das so hoch aufgestiegen war. Ein Friedhofsarbeiter, der auf das Wasser in der Grube aufmerksam gemacht wurde, gab die tröstende Antwort, das sei „vom Winter“. Wir nehmen an, daß die Friedhofsverwaltung von diesem Zustand bereits Kenntnis hat. Wenn das zutrifft, dann begreifen wir nicht, daß sie auf diesem Teil des Friedhofes jetzt Beerdigungen vornehmen läßt. Ist ihr nicht bekannt, daß ein Begräbnisplatz mit so hohem Grundwasserstand eine Gefahr für die Nachbarschaft bildet? Die Aufsichtsbehörde sollte sich den Friedhof der Auferstehungsgemeinde einmal näher ansehen.

Ein Straßenbahnunfall, bei welchem wiederum ein Kind verletzt wurde, ereignete sich Montag nachmittag gegen 2 Uhr in der Reußelstraße. Der zweijährige Knabe Bernhard Berger, Neulichstraße 1 bei den Eltern wohnhaft, geriet vor dem Hause Nr. 88 der genannten Straße unmittelbar vor einem herannahenden Straßenbahnwagen der Linie 8 auf das Gleis, wurde umgehoben und kam unter den Vorderperren vor dem Schutzhaken zu liegen. Glücklicherweise fuhr der Motorwagen im Moment des Unfalles langsam, so daß es alsbald gelang, den Wagen zum Stehen zu bringen. Nur diesem Umstande ist es zu verdanken, daß das Kind mit Hautabschürfungen am Kopfe und an den Schultern davontkam.

Ueber die eigenartige Kindesausstattung, über die wir dieser Tage berichteten, wird noch mitgeteilt, daß die Mutter der Kinder unter dem Namen Jym nach dem Hause Rappell-Allee 10 ohne nähere Angabe zugezogen war und wieder unbekannt verzogen ist. Die Frau Hildebrandt, welche die Kinder sieben Wochen lang verpflegt hatte, wird noch wegen Inberlassung einer polizeilichen Meldung eine Ordnungsstrafe zu zahlen haben. Das ist noch der Lohn für ihre Wildtätigkeit!

Aus der Selbstmörderchronik. Aufs zweifache hat ein unbekannter Lebensmüder Selbstmord verübt, dessen Leiche vorgestern im Grunewald aufgefunden wurde. Zunächst legte er sich eine Schlinge um den Hals, befestigte sie am Alt einer Fichte und jagte sich dann eine Revolverkugel in die Brust. Ausflügel entdeckten später den Leichnam am Baume. Am Erdboden lag die Waffe, die noch fünf Kugeln enthielt. Der Selbstmörder ist etwa 70 Jahre alt, trägt weißes Haar und grauen Vollbart. Seine Leiche wurde nach der Halle des Selbstmörderfriedhofs in Schildhorn gebracht. — Eine traurige Aufführung hat jetzt das Verschwinden des zwanzigjährigen Dienstmädchens Anna Schröder, das bei dem Kaufmann G. in der Heilbronnerstraße 19 beschäftigt war, gefunden. Vorgerichtet wurde die Vermishte als Leiche aus dem Landwehrkanal gelandet.

Der Hochkapler Czaped verhaftet. Auf Veranlassung der hiesigen Kriminalpolizei wurde vorgestern der Hochkapler Czaped in Wien verhaftet. Czaped war, wie wir berichteten, am 6. Januar auf dem Transport aus einer Irrenanstalt nach Prag entpflanzt und hatte dann von Kottbus aus hiesige Geschäftsleute beschwindelt. Nach seiner Flucht aus Kottbus fand man in seinem Nachlaß die Photographien zweier jungen Mädchen, die Kriminalkommissar Krüger als Angehörige eines hiesigen Geschäfts ermittelt. Czaped korrespondierte mit ihnen unter „Edh 33“ (seinem Vornamen und Alter), hauptpostlagernd Wien. Zuletzt schrieb er, daß er seine Geschäftsreise bis Ungarn ausdehnen und am Montag nach Wien zurückkehren werde. Als er gestern dort das Hauptpostamt aufsuchte, wurde er festgenommen.

Für 3000 M. Wertpapiere erbeneten Eindrehler, die in der gestrigen Nacht in die Wohnung der Rentiere Dufedann in der Greifswalderstraße 191 eindrangen. Die Täter suchten so lange alle Zimmer ab, bis sie auf die Wertpapiere stießen. Außerdem stahlen sie noch Ohringe, ein goldenes Armband, silberne Döslein usw. — Einem Bewohner eines einzelnen Zimmers in der Grünthalstraße 87, II. ist am Sonntag in der Zeit von 1/2 bis 3 Uhr mittags die Stube ausgeräumt worden. Als der Bewohner, der Frau Kiebert, nach Hause kam, war das Bett mit allem Zubehör, ein Reisefloß mit Wäsche und andere Gegenstände verschwunden.

Der „Kaufmännische Hilfsverein zu Berlin“ hielt am vergangenen Sonntag seine ordentliche Generalversammlung ab. Von den mehr als 11000 Mitgliedern waren — sage und schreibe — 90 Mitglieder erschienen. Von Jahr zu Jahr mindert sich das Interesse der Handlungsgeschäfte an der systematischen Untätigkeit der Harmonievereine.

Die Vorgänge am Straußberger Platz anlässlich eines Großfeuers in der Kraußstraße am Sonnabend, den 15. Juli vor. Js. bilden den Gegenstand einer Verhandlung vor der 2. Strafkammer des Landgerichts Berlin I, die gestern begonnen hat und für welche drei Tage angelegt sind. Es sind 14 Personen angeklagt und zwar wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt, Aufruhr, tätlichen Angriffes, verlustiger Gefangenenbefreiung und Verleumdung. Wir werden über die Verhandlung zusammenfassend berichten.

Vermischt wird seit dem 21. März der 15jährige Schlosser Albert Tornow, zuletzt Wollinerstr. 70 wohnhaft. Wer über den Verbleib des jungen Mannes nähere Angaben machen kann, wird gebeten, solche an Albert Tornow, Werkmeister in Berder a. O. gelangen zu lassen.

In der Generalversammlung der Wahlvereine am Sonntag in den Germania-Sälen ist einem Delegierten der Gut verkauft worden. Die „falsche Behauptung“ kann gegen die richtige eingetauscht werden bei G. Pfandt, Rutilamerstr. 10, v. 4 Tr.

Richard Schumann verläßt am Donnerstag, den 25. d. Mts., nach seiner Abschiedsvorstellung Verlin und siedelt nach Frankfurt am Main über.

Im Bernhard Hofe-Theater in der Frankfurter Allee erzielte die Aufführung des fantastischen Schauspiel: „Die Seier-Bally“ dank der guten Darstellung einen außerordentlichen Erfolg. Der Direktor Hofe spielte mit großem Geschick den Haren-Joseph, während Fräulein Berg als Walburga und Fräulein Wessel als Fra ihr übriges taten.

Feuerwehbericht. Am Montag hatte die Feuerwehre wiederum mehrere größere Brände zu löschen. Der 16. Zug wurde nach der

Waldstr. 55 gerufen. Ein Pferdebestall mit Unfall, ferner Stroß und anderes standen dort in Flammen. Zwei Pferde, die dort untergebracht waren, wurden mit vieler Mühe gerettet. Durch energisches Vorgehen und kräftiges Löschen gelang es, die Flammen über die Stallungen zu beschränken. Die erste Kompanie hatte längere Zeit in der Schönhauser Allee 5 mit der Löschung eines großen Dachstuhlbrandes zu tun. Vier Schlauchleitungen, davon eine über eine mechanische Leiter, mußten vorgenommen werden, um eine weitere Ausdehnung des Brandes zu verhindern. Der Dachstuhl ist vernichtet und eine Menge Hausrat der Mieter ist verbrannt. Die Entstehung des Brandes war nicht zu ermitteln. Raum war dieser Brand gelöscht, als schon wieder vier Alarme aus der Nähe dieser Brandstelle eintrafen. Der Dachstuhl des Vorderhauses Dragonerstr. 38/40 stand in großer Ausdehnung in Flammen. Das Feuer war in Bodenräumen ausgekommen und schnell über seinen Herd hinausgekommen. Die Treppen waren bei Anbruch der Wehre bereits verqualmt. Es wurden zwei mechanische Leitern aufgerichtet und es gelang durch unangefegtes Wasser geben von Dampfstrahlen auch hier den Brand auf den Dachstuhl, der nicht mehr zu retten war, zu beschränken. Die Ursache dieses Brandes ist dunkel geblieben. In unmittelbarer Nähe, in der Ringstraße 24 brannten dann fast gleichzeitig Möbel u. a. Der 8. Zug hatte in der Försterstr. 43 und in der Wienerstr. 20 zu tun, wo Gardinen, Wäscheregel u. a. brannten. Petroleum, Kleider u. a. wurden in der Wäscheregel 15 ein Raub der Flammen. Der 15. Zug hatte dann noch in der Huttenstr. 8 und Lüderstr. 3 zu tun. An der letzten Stelle drohte der Geistesranke Kurt R a t h m a n n aus dem Fenster des dritten Stocks zu springen. Die Feuerwehre nahm ein Sprungnetz vor und drang nach Aufbrechen der Tür in die Wohnung ein. Der Kranke wurde ergriffen und der Polizei übergeben. Außerdem liefen noch Alarme aus der Brunnenstr. 51a und anderen Stellen ein.

Arbeiter-Samariter-Kolonie. Die Monatsfeier der diensttuenden Abteilung findet heute abend im „Dresdener Garten“ statt. Diejenigen Mitglieder, welche gewillt sind, derselben beizutreten, wollen sich dort einfinden.

Der Sommerkursus in allen Abteilungen beginnt Anfang Mai und wird noch eingehend bekannt gemacht.

Lehrpläne dazu können durch E. Stein, Charlottenburg, Kaiser Friedrichstr. 40, bezogen werden.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Die Stadtverordnetenversammlung hatte am Montag eine lange Tagesordnung zu erledigen. Bei den meisten Punkten handelte es sich jedoch nur um Nachbesserungen von Etatsüberschreitungen. Ueber die Entlassungsberichte der Schüler der Gemeindeschulen nach vollendeter Schulpflicht hat der Magistrat der Versammlung eine Zusammenstellung der letzten sieben Jahre zugehen lassen. Nach dieser Zusammenstellung ist der Prozentsatz derjenigen Schüler, die aus der ersten Klasse zur Entlassung kamen, ein größerer geworden wie in den vorhergehenden Jahren. Von 1152 Schülern der siebenstufigen Gemeindeschulen kamen im Jahre 1906 in die I. Klasse 682 (59,4 Proz.), II. Klasse 285 (24,7 Proz.), III. Kl. 188 (16,3 Proz.), IV. Kl. 88 (7,6 Proz.), V. Kl. 8 (0,7 Proz.), VI. Kl. 6 (0,5 Proz.) zur Entlassung; im Jahre 1905 von 1112 Schülern in der I. Klasse 597 (53,7 Proz.), II. Kl. 275 (24,8 Proz.), III. Kl. 160 (14,3 Proz.), IV. Kl. 65 (5,8 Proz.), V. Kl. 9 (0,8 Proz.), VI. Kl. 6 (0,5 Proz.). In diesen Zahlen sind die aus den Hilfsklassen zur Entlassung gekommenen Schüler mit eingerechnet. Von liberaler Seite sowohl wie vom Stadtverordneten Hoffmann (Soz.) wird verlangt, daß seitens der Stadt noch mehr für die Gemeindeschulen getan werden muß, um eine weitere Besserung dieses Zustandes herbeiführen zu können. Ramentlich muß die Klassenfrequenz eine geringere werden.

Eine längere Debatte brachte die Vorlage des Magistrats, betreffend Errichtung eines Arbeiterauschusses. Stadtverordneter Gottschall (Lib.) hatte noch verschiedenes an dem vom Magistrat vorgelegten Entwurf auszusprechen und beantragte deshalb, die Angelegenheit einer Kommission zur Prüfung zu überweisen.

Stadtr. Ritter (Soz.) trat diesen Ausführungen entgegen. Auch seine Fraktion habe noch manches an dem Entwurf auszusprechen. Die städtischen Arbeiter drängen aber darauf, daß endlich ihr Wunsch auf Errichtung eines Arbeiterauschusses in Erfüllung geht. Die Ueberweisung der Angelegenheit an einen Ausschuss würde eine abermalige wesentliche Verschleppung bedeuten. Nachdem die Angelegenheit fast schon zwei Jahre den Magistrat beschäftigt hat, sei es notwendig, dem Entwurf in der vorliegenden Fassung zuzustimmen.

Stadtr. Erler und Oberbürgermeister Wilde halten ebenfalls eine nochmalige Prüfung der Angelegenheit in einem Ausschuss für überflüssig. Man solle mit dem Geschaffenen zunächst einen Versuch machen. Im übrigen sei der Ausschuss den Wünschen der Arbeiter entsprechend zusammengelegt worden. Die beantragten Änderungen des Stadtr. Gottschall tragen diesen Wünschen nicht Rechnung. Der Magistrat stehe der Schaffung dieses Ausschusses vertrauensvoll gegenüber.

Im Verlauf der weiteren Debatte machte der Stadtr. Gottschall (Lib.) der sozialdemokratischen Fraktion den Vorwurf, daß sie sich bei ihrer Stellungnahme von politischen Rücksichten leiten lasse. Die sozialdemokratische Fraktion erklärte sich nur deshalb mit seinen Verbesserungsvorschlägen nicht einverstanden, weil die städtischen Arbeiter in ihrer Mehrzahl keine Sozialdemokraten seien. — Diese Vorwürfe wurden von sozialdemokratischer Seite ganz energisch zurückgewiesen. Die sozialdemokratische Fraktion habe stets betont, daß die politische Gesinnung der Arbeiter, Beamten und Lehrer nicht im geringsten die Stellung der Fraktion beeinflussen kann.

Stadtr. Schneider (Hausbesitzerfraktion) erklärte sich gegen den Arbeiterauschuss, weil derselbe eine demokratische Einrichtung ist. Seiner Meinung nach bezweckt der Arbeiterauschuss nur, Unzufriedenheit in den Arbeiterkreisen herbeizuführen. Der Arbeiterauschuss wolle nur der städtischen Verwaltung aufstrotzen, was dieselbe tun soll, und dem Magistrat Verpflichtungen auferlegen. Im Gegensatz zu den Vorrednern ist er der Meinung, daß die städtischen Arbeiter zum großen Teil sozialdemokratisch wählen, was auch ganz selbstverständlich sei. Denn ein jeder schließe sich der politischen Partei an, die ihm den größten persönlichen Vorteil bringe. Genau so handeln die städtischen Beamten und Lehrer. Er dagegen werde stets konservativ wählen.

Die Stadtr. Ritter und Magnan (Soz.) negelten diese Ausführungen gebührend fest. Im übrigen halten sie es für überflüssig, sich mit den Ansichten des Stadtr. Schneider eingehender zu beschäftigen, für den es besser gewesen wäre, er hätte in den Zeiten des Mittelalters gelebt.

Auch Stadtr. Kober (Lib.) und Stadtr. Bergmann traten den Ausführungen des Stadtr. Schneider entgegen.

Nachdem Stadtr. Gottschall seinen Antrag auf Ausschussberatung zurückgezogen hatte, wurde der Entwurf mit folgenden Änderungen angenommen: Die Zahl der Mitglieder des Ausschusses wird von 5 auf 7 erhöht; die Amtsdauer derselben von 2 Jahren auf 1 Jahr herabgesetzt. Dem letzten Absatz, in welchem der Magistrat das Recht hat, die Bestimmungen jederszeit zu ändern, wird hinzugefügt: „nur unter Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung.“

Wir der Entsendung zweier Vertreter der beiden Schuldeputationen nach der VIII. Jahresversammlung des deutschen Vereins für Schulgesundheitspflege erklärt sich die Versammlung einverstanden.

Der öffentlichen Sitzung folgte eine nichtöffentliche, die wiederum erst nach 12 Uhr ihr Ende erreichte.

Higdorf.

Großer Fürsorge des Polizeipräsidenten erfreuen sich die Kinder, die in der „Freien Turnerschaft Higdorf-Ortg.“ Turnunterricht nehmen.

So ist einem Turnleiter am 22. April von dem Polizeipräsidenten folgendes Schreiben zugegangen:

Nach amtlichen Feststellungen erteilen Sie an schulpflichtige Kinder Turnunterricht, ohne im Besitze der hierzu erforderlichen Genehmigung der Schulaufsichtsbehörde zu sein.

Gemäß des § 4 der Ministerialinstruktion vom 31. Dezember 1899 (I) werden Sie daher hierdurch aufgefordert, diese Genehmigung binnen vierzehn Tagen von Zustellung dieser Verfügung an bei der städtischen Schuldeputation hier selbst nachzuholen.

Mit größtem Eifer werden die Arbeiterturnvereine bewacht, weil man hier die sozialdemokratische Gefahr zu wittern glaubt. Die Schulaufsichtsbehörde wird das Ihrige tun, um die turnlustigen Kinder vor der vermeintlichen Gefahr zu beschützen. Demnach der § 4 der Ministerialinstruktion in erster Linie gegen die Arbeiterturnvereine in Geltung tritt, beweist, daß patriotische und christliche Turnvereine, die gleichfalls solche Abteilungen eingerichtet haben, ungehindert Turnunterricht erteilen können. Schon die Tatsache, daß obiger Turnverein voriges Jahr die Mitgliedsliste und am Anfang dieses Jahres die Turnlehrerliste eingereicht aufgefördert wurde, läßt vermuten, daß die Behörde die „nationale Sache“ in obigem Turnverein für gefährdet hält. Indes dürfte wohl diese behördliche Fürsorge unbegründet sein.

Im Landwehrkanal zu ertränken versuchte sich gestern der 30 Jahre alte Arbeiter Meier, Hermannstraße wohnhaft. An der Kottbuserbücke stürzte sich Meier in den Kanal, wurde aber von Schiffen und einem Schwamm gerettet und nach dem Krankenhaus gebracht. Längere Arbeitslosigkeit soll das Motiv des Lebensmüden gewesen sein.

Steglich.

Kommunaler Arbeitsnachweis. Hierzu wird und geschrieben: Eine soziale Einrichtung, von deren Bestehen mindestens 90 Proz. unserer Einwohner bisher keine Ahnung hatten, wird durch eine Bekanntmachung des Gemeindevorstehers an die Öffentlichkeit gezogen. Es wird bekanntgegeben, daß die für den Gemeindebezirk Steglich eingerichtete Arbeitsnachweisstelle sich von jetzt ab nicht mehr in der Polizeiwache, sondern im Einwohnermeldeamt im Rathaus, Zimmer 1, befindet. Sie ist an Wochentagen in der Zeit von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr nachmittags und von 5-7 Uhr nachmittags, ferner an Sonn- und Festtagen von 11^{1/2} bis 12^{1/2} Uhr mittags geöffnet. Der Nachweis erfolgt für Arbeitgeber und Arbeitnehmer unentgeltlich. Wir hoffen, durch diese Mitteilung dazu beizutragen, daß die gemeinnützige Einrichtung in der weiteren Öffentlichkeit bekannt wird. Dem Gemeindevorsteher möchten wir anheimgeben, ähnlich wie bei der Dienstboten-Vermittlungsstelle, monatlich die Resultate des Nachweises zu veröffentlichen. Dadurch wird nicht nur das Interesse an der Einrichtung gefördert, sondern auch zu weiterem Bekanntwerden des Nachweises beigetragen.

Groß-Lichterfelde.

Religionszweifel ist der junge Mann, dessen entsetzlich verstümmelte Leiche, wie wir bereits meldeten, am Freitag auf der Eisenbahnstrecke Berlin-Gasse in der Nähe der Station Groß-Lichterfelde (Süd) aufgefunden wurde. In dem Toten ist der 22-jährige Sohn Otto des Fuhrwerksbesitzers Lehmann aus der Siemensstraße 41 in Lantow ermittelt worden. Das Motiv zu dem Selbstmorde soll geklärt worden sein.

Ober-Schöneweide.

Ueber das Los der Toilettenfrauen ist in unserem Blatte wiederholt berichtet worden. Dessen haben wir dargelegt, daß diese Frauen durchaus nicht leicht ihr Brot verdienen. Schon bevor sie eine Stelle erhalten, sind sie der Ausbeutung der Vermittler in hohem Grade ausgelegt und wenn sie endlich eine Stellung gefunden haben, so haben sie oft ihre Not, die Nacht herauszubekommen, die in manchen Fällen keine geringe ist. Die Inhaber größerer Lokale suchen eben auch noch Geld herauszuschlagen, wenn ihre Gäste ein Bedürfnis verrichten wollen. An sich ist die ganze Einrichtung der Verpackung der Toiletten ein Unfug und entschieden zu verurteilen. Sache der Gastwirte muß es sein, für Reinhaltung der Toiletten und Bedürfnisanstalten in ihren Lokalen auf eigene Kosten und nicht auf Kosten der Gäste zu sorgen. Die Reinigungsfrauen in den Toiletten sind infolge des Umstandes, daß sie noch Nacht zahlen müssen, wiederum darauf angewiesen, sich an den Gästen schadlos zu halten, die die Bedürfnisanstalten aufsuchen müssen. Und darunter haben wiederum am meisten die Frauen zu leiden, die überall ihren Dufus erlegen müssen. Es gibt Toiletten, in denen die Reinigungsfrauen insofern zu ihrem Gelde zu kommen suchen, als sie den Damen bei Vergnügungen nicht nur Waschlappen bieten, sondern auch mit Buder, Schminke, Brennschere und dergleichen auszuheilen. Dabei soll es vorkommen, daß gerade die Damen der guten Gesellschaft alles das wohl benutzen, aber vergessen, der Toilettenfrau eine Kleinigkeit dafür zu geben. Und charakteristisch ist eine Mitteilung, daß eine Toilettenfrau in Mörmers Blumenparterre in Ober-Schöneweide ohne weiteres entlassen wurde, weil eine Dame aus den besten Gesellschaftskreisen in Ober-Schöneweide sich weigerte, für den Besuch des Lokals zu bezahlen, weil die Reinigungsfrau für Benutzung ihrer Utensilien ein kleines Entgelt verlangt haben sollte. Der Wirt verfügte die Entlassung, weil er bei dem Einfluß der Dame in Ober-Schöneweide eine Schädigung befürchtete. Die Nacht nahm er, aber verlangen durfte die Wartefrau nichts, wenigstens nicht von einer Dame der Hautevolee.

Die Reinigungsfrau, die 60 Jahre alt ist, ist nunmehr existenzlos. Das Motiv des Weizes einer angesehenen Dame wegen.

Friedrichsfelde.

Als nach 11 Uhr abends dauerte die letzte Sitzung der Gemeindevertretung, welche den Rest des Staats fertigstellen hatte. Wesentliche Verbesserungen hat der neue Etat dank des ablehnenden Verhaltens der Mehrheit nicht gebracht. In der letzten Sitzung postierte dem Gemeindevorsteher das Mitglied, einen bürgerlichen Vertreter der Opposition zu den Sozialdemokraten zu rechnen. Die intimen Berater scheinen demnach schlechte Arbeit geleistet zu haben. Eine Generaldebatte wurde von dem am 14. März gestrichenen Brabodlod, der die Redaktionen des Gemeindevorstehers meist mit Bravo begleitet, in der ersten Sitzung abgelehnt und zwar mit der Begründung, der Etat sei vom Gemeindevorstand und der Rechnungscommission eingehend durchberaten. Genosse Pinfeler wies demgegenüber darauf hin, daß der Etat aufgestellt worden sei, ohne die entsprechenden Kommissionen hinzuzuziehen. Die zugezogene Rechnungscommission sei überflüssig, da sie das ganze Jahr über zu keiner einzigen Sitzung zusammen war. Herr Apotheker Roth wollte sich gegen den Vorwurf der Passivität verteidigen, hatte aber dabei das Wort, eingehend zu müssen, daß er auch noch die einzige Sitzung bei der Vorbereitung des Etats geschwänzt hat. In den Etat sind Ausgaben eingestellt, von denen auch die Schöffen nichts wußten. Beim Kapitel „Zuverlässigkeit“ wurde wiederum die Richteranzahl der Rembahn zu dieser Steuer gerügt. Ein Antrag des Gemeindevorstehers, diese Steuer zu streichen, wurde abgelehnt. Beschlossen wurde, den Sicherheitsdiensten derartiger unangenehm, daß unter Revision von sechs Polizeibeamten durch die 15 Polizeibeamten abwechselnd Tag und Nacht Polizeidienst geleistet wird. Beim Kapitel „Friedhöfe“ wurden ebenfalls die Praktiken des Tierarztes aufgedeckt. Die Viehbeschau soll in Abwesenheit des Tierarztes durch dessen Abbin erfolgt sein und zwar vom Balkon aus. Auf Antrag des Genossen Pinfeler wurde festgestellt, daß von den 10 400 M. Einnahmen der Tierarzt allein 7200 M. erhält. Der Antrag, einen fest besoldeten Tierarzt anzustellen, wurde abgelehnt. Ueber die obigen Missethate soll Untersuchung eingeleitet werden. — Abgelehnt wurden die Anträge unserer Genossen die Schaffung von Schulartikeln und eines Regulativs für Armenunterstützung betreffend. Die schon des öfteren geübte Kritik des Genossen Pinfeler, daß der Armenhausverwalter durch Heranziehung

zum Nachtwachtdienst seiner Tätigkeit im Armenhause entzogen wird, suchten der Gemeindevorsteher und sein Anhang mit dem Hinweis auf die Unsiherheit im Armenhause sowie auf die Bösartigkeit der Insassen abzuwehren. Ganz besonders muß das Verhalten des Armenkommissionsvorsitzers Schöffen Bedardtsch gekennzeichnet werden. Dieser Herr hat im vorigen Jahre in der Armenkommission dem Antrage des Genossen Pinfeler zur einstimmigen Annahme verholten, welcher befragte, den Armenhausverwalter zu keinerlei Abenddienst heranzuziehen. Der damalige Beschluß erfolgte nach eingehender Darlegung des unhaltbaren Zustandes. Jetzt erklärt sich Herr Bedardtsch gegen seinen eigenen Antrag. Wo bleibt da die Logik? — Den Strafreiniger ist dem Antrage unserer Genossen gemäß eine kleine Lohnaufbesserung zuteil geworden. Die gleichzeitig beantragte Arbeitszeitverkürzung auf neun Stunden ist abgelehnt. Angenommen wurde ein Antrag unserer Genossen, jedem Strafreiniger außer Dienstkost und Mägen auch eine Regenpelzine zu liefern. Hierfür wurden 300 M. einstimmig bewilligt. — Dem Gemeindevorsteher wurde aufgegeben, den Kassationsset vorzüglich zu behandeln, da die Auffstellung nur eine provisorische sei. Ob es dem neuen Gemeindevorsteher gelingen wird, die Klauen- und Weidewirtschaft zu beseitigen, bleibt abzuwarten. Auf Antrag von sechs Gemeindevorstellern, darunter auch unsere Genossen, soll demnächst die Bildung eines kollegialen Gemeindevorstandes beraten werden.

Röpenitz.

In der letzten Versammlung des Wahlvereins gedachte der Vorsitzende zunächst des Ablebens des Genossen Auer. Alsdann sprach Genosse Bloch über „Die politische Lage“. Dem Bericht des Kassierers, Genossen Heine, für das erste Quartal ist zu entnehmen, daß die Einnahmen 820,88 M., die Ausgaben 795,47 M. betragen, so daß für das zweite Quartal ein Saldo von 24,91 M. vortragen werden kann. Zur Aufnahme hatten sich 12 Genossen gemeldet, gegen deren Aufnahme kein Einspruch vorlag. Den Schluß der Verhandlungen bildete eine Diskussion über einen Antrag des Genossen Wille betreffend Nichtaufnahme von Inseraten der Metallarbeiter-Gewerkschaft im „Vorwärts“. Im Laufe der Diskussion wurde der Antrag jedoch zurückgezogen.

Tempelhof.

Der Wahlverein hielt am 16. d. M. im Lokale von Müller seine Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ertheilte die Versammlung das Ableben des Genossen Ignaz Auer. Sodann erläuterte Genosse A. Thiel den Bericht des Vorstandes. Demselben ist zu entnehmen, daß im verfloffenen Geschäftsjahre von Januar 1906 bis April 1907 16 Vereinsversammlungen, 7 öffentliche Versammlungen, 5 Agitationstouren, 9 Flugblattverbreitungen und 9 kombinierte Vorstandssitzungen des Kreises stattgefunden haben. Der Wahlverein zählt zurzeit 158 Mitglieder. Dem Kassierbericht ist zu entnehmen, daß die Einnahme im zweiten Quartal 160,55 M., die Ausgabe 184,14 M. betrug. Davon wurden an den Vorstand abgeliefert 107,08 M. Die Einnahme von der Reichstagswahl, auf Listen gesammelt sowie sonstige freiwillige Beiträge, betrug 309,40 M., die Ausgaben 208,05 M. Den Bericht der Lokalkommission gab Genosse Kaufhold, den der Bibliothekar Genosse Hleg. Nach dem Expeditionsbericht des Genossen Müller beträgt die Abonnementzahl des „Vorwärts“ zurzeit 300, während es vor einem Jahre nur 200 waren. Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: Erster Vorsitzender Albert Thiel; zweiter Vorsitzender W. Wadzinski; Schriftführer Lentsch; Kassierer H. Radow; Beisitzer H. Schirig; Revisoren R. Bierack, J. Hleg und Günther; Parteiprediger W. Müller, Berlinstraße 41/42; Bibliothekar H. Schirig; Lokalkommission J. Hleg. — Als Berichtsführer Lentsch und Achler für den ersten Bezirk, Meißner und Günther für den zweiten Bezirk, Wadzinski und Plätzke für den dritten Bezirk, Veeg und Schneider für den vierten Bezirk. Zur Verbandsversammlung von Groß-Berlin wurden die Genossen Wadzinski und Lentsch delegiert. In die Zeitungskommission wurden die Genossen Bierack, Wilsdorf, Schilhanel, Grötsch und Schneider gewählt.

Johanniethal.

Unter Vergiftungserscheinungen erkrankt ist die Familie des Bahnarbeiters Unterspahn. Nach dem Mittageffen wurden die Familienmitglieder, Mann, Frau und drei Kinder, von heftigen Unwohlsein befallen, welches sich in starkem Erbrechen zeigte. Ein sofort hinzugerufener Arzt stellte Symptome einer Vergiftung fest und ließ die Reste des Specks, von welchem die Erkrankten gegessen hatten, beschlagnahmen und dem Gesundheitsamt zur Untersuchung überweisen. Der Zustand des Arbeiters ist besorgniserregend, während das Befinden der Frau und Kinder sich gebessert hat.

Nieder-Schönhausen.

In der letzten Gemeindevorstellung wurde vom Kreisausschuß mitgeteilt, daß für die Neupflasterung der Kaiser Wilhelmstraße die erste Hälfte der Beihilfe mit 7500 M. bewilligt worden sei. Des weiteren sprach das Lehrerkollegium für die Gewährung der Feuerzuzulage in einem Schreiben seinen Dank aus. Das Gesuch der Firma Bernhardt u. Brauns in Weissenhof betreffs Aufstellung von Orientierungstafeln, auf welchen allgemein interessierende Anzeigen wie Feuermelderstellen, Unfallstationen gratis, andere Anzeigen aber gegen Bezahlung veröffentlicht werden sollten, wurde abgelehnt. Zur Bestreitung der Pfasterkosten in der Kaiser Wilhelmstraße, Plankenbergstraße sowie zum Ankauf des Terrains für die Industriebahn und zur Erbauung der neuen Schule ist eine Anleihe von 650 000 M. nötig. Es wurde beschlossen, das Geld von der Landesversicherungsanstalt Brandenburg in Papieren der Reichsanleihe aufzunehmen, doch soll die Amortisation nicht über 3 Proz. betragen. Nach dem Verträge, welcher mit der Großen Berliner abgeschlossen werden soll, steht der Siemens-Bahn das Recht zu, mit einzutreten. Es wurde beschlossen, da sich die Gesellschaft hierzu noch nicht geäußert hat, ihr eine weitere Frist von sechs Wochen zur Entscheidung zu gewähren.

Schönfließ b. Hermsdorf.

Den Tod eines braven Kämpfers verzeichnen die Schönfließer Genossen. Karl Riesenburg ist am Montag früh auf dem Wege zur Arbeit an einem Herzschlag plötzlich gestorben. An den Namen des Verstorbenen, der Gemeindevorsteher war, knüpft sich eine heitere Erinnerung. Die Parteiorganisation hatte im Jahre 1904 von einer Beteiligung an der Gemeindevahl in diesem rein bäuerlichen Ort Abstand genommen. Die Genossen des Ortes beschloßen indes anders. Bei einer swanglosen Zusammenkunft wählten sie aus ihrer Mitte den Verstorbenen zum Kandidaten und gingen am 22. März 1904 zur Wahl. Riesenburg wurde auch mit 8 gegen 2 bürgerliche Stimmen gewählt. Die Schönfließer Bauern sollen hierauf nicht gerade freundliche Gesichter gemacht haben.

Die Genossen von Schönfließ wie alle, die den nun Verstorbenen gekannt haben, werden ihn in Ehren halten.

Gerichts-Zeitung.

Entschädigungsansprüche der Fischergemeinde Schwedt a. d. Oder gegen die Schwedter und Grewener Wassergenossenschaften.

Die besagten öffentlichen Wassergenossenschaften sind zum Zweck der Verbesserung der dortigen Grundstücksverhältnisse gegründet, sowie, was die Schwedter Wassergenossenschaft anlangt, auch zur Verbesserung der dortigen Flußläufe und Wasserzüge. Es geschieht dies in der Weise, daß in die bedachten Niederungen rechts und links der Oder planmäßig das fruchtbarere Winterwasser des Oberstromes eingelassen wird, um im Frühjahr nach Schließen des Einlasses durch ein Schöpfwerk wieder herausgehoben zu werden, so daß durch die Tätigkeit des Schöpfwerks während des ganzen Sommers der Wasserstand

ein niedriger, die Wiesen trocken lassender bleibt. Die 25 Kläger der Fischergemeinde zu Schwedt, welchen als Eigentümern von 25 in Schwedt gelegenen Grundstücken das Recht zusteht, im Oberstrom und allen seinen Nebengewässern innerhalb der Oberniederung bei Schwedt stromauf- und abwärts, innerhalb gewisser, die beiden Volde einschließender Grenzen, die Fischerei zu allen Zeiten und mit allen erlaubten Gerätschaften zu betreiben, behaupten nun, daß sie durch die Voldeanlagen der beiden Wassergenossenschaften stark geschädigt seien. Die Kläger haben das Recht der Fischerei auf den Wiesen, das heißt das Recht der Fischerei auf denjenigen Stellen, die sie zu Wasser erreichen können, sowie das Recht, auf den Wiesen Gras zu schneiden und Volkreusen zu legen. Sie führen zur Begründung ihres Schadenerspruchs an, die eingepolderten Gebiete seien früher Fischgründe erster Klasse gewesen, und zwar infolge der häufigen Ueberschwemmungen der weit in die Wiesen hineinreichenden Einbuchtungen und Ausläufer der Ober- und der zahlreich, die Wiesen durchziehenden Gewässer, sowie mit Rücksicht auf den freien Zugang der Fische vom Hoff und der Ober. Die Kläger behaupten einen Niedergang des Ertrages der Fischerei um weit über 20 Proz. in den letzten Jahren nach Anlegung der Volde, so daß ihnen ein Schaden von zusammen mehr als 100 000 M. entstanden sei. Im Verhältnis zur Größe der besagten Reklamationsgebiete verlangen sie von der Grewener Wassergenossenschaft 25 000 M. und von der Schwedter 75 000 M. als Schadenerschaft. Die Beklagten bestreiten irgend welchen Schaden durch den Voldebetrieb und behaupten sogar eine Zunahme der Fischereierträge. Zudem seien die Kläger auch nicht berechtigt, Schadenerschaftsprüche zu erheben, da sie teilweise den Wassergenossenschaften freiwillig beigetreten seien.

Das Landgericht in Prenzlau verurteilte die Beklagten unter Verwerfung ihrer Einwände zur Zahlung der geforderten Beträge. Die von den Beklagten gegen das landgerichtliche Urteil eingelegte Berufung wurde vom Kammergericht zu Berlin zurückgewiesen.

Gegen das Urteil des Kammergerichts hatten die Beklagten Revision eingelegt. Es erkannte der VII. Zivilsenat des Reichsgerichts dieser Tage für Aufhebung des kammergerichtlichen Urteils aus prozessualen Gründen, während er materiell der Beurteilung des Kammergerichts durchaus beitrifft.

Die Unfälle geklärt werden.

Im vorigen Jahre leitete der Werkmeister Redtke die Arbeiten in den Pilsauer Kalkwerken. Dabei beachtete er nicht die Unfallverhütungsvorschriften, so daß ein Arbeiter einen tödlichen Unfall erlitt. Zwei Arbeiter hatten nämlich am Fuße eines Sandberges Sand in die Lohrns geladen. Plötzlich war der obere Teil des Berges ins Rutschen geraten und hatte zwei Arbeiter begraben. Den einen hatte man noch rechtzeitig ausgraben können; der andere dagegen war schon erstickt, als man ihn vorfand. Die Untersuchung ergab, daß der Sandberg weder die vorgeschriebene Böschung von 45 Grad gehabt hat, noch daß die über dem Sandberge liegende Lehmacht in der vorgeschriebenen Breite von drei Metern abgeräumt gewesen ist. In der späteren gerichtlichen Verhandlung wurde angenommen, daß der Tod des Arbeiters infolge der Nichtbeachtung der Unfallverhütungsvorschriften herbeigeführt ist. Deshalb wurde Redtke, der als technischer Leiter des Betriebes für die Befolgung der Unfallverhütungsvorschriften zu sorgen hatte, von der Königsberger Strafkammer wegen fahrlässiger Tötung zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Das Reichsgericht hob das Urteil aber auf die Revision des Angeklagten auf. So hatte sich die Königsberger Strafkammer abermals mit diesem Vorfall zu beschäftigen. Und jetzt kam sie zu einer Freisprechung des Angeklagten. Die Sachverständigen behaupten, daß zwar die Unfallverhütungsvorschriften nicht eingehalten sind, daß aber dadurch der Unfall nicht entstanden sei. Der Sand sei zuerst heruntergestürzt und erst dann der darauffolgende Lehm. Der Druck der Lehmacht könne also den Berg nicht verurteilt haben. Die Böschung habe zwar nicht, wie vorgeschrieben ist, 45 Grad betragen, und bei vorgeschriebener Böschung sei ein Unfall ausgeschlossen, aber infolge der unvorschriftsmäßigen Böschung sei keine übermäßige Gefahr vorhanden gewesen. Das ganze Unglück sei durch einen unglücklichen Zufall hervorgerufen, und zwar durch den Wechsel zwischen Frost und Tauwetter, der eine Verschiebung der Erdmassen hervorbringe. Auf Grund dieses Gutachtens kam das Reichsgericht zur Freisprechung des Angeklagten, wobei es noch hervorhob, daß sich jetzt das Bild des Unfalles nicht mehr so genau habe feststellen lassen wie in der ersten Verhandlung. Es sei aber festgestellt worden, daß der Angeklagte direkt vorschriftswidrig die Böschung abgearbeitet habe. — Jetzt fehlt nur noch, daß jemand die Verletzung des Werkmeisters vorschlägt zur Befolgung für die Nichtbeachtung der Unfallverhütungsvorschriften.

Zur Vereinsgesetz-Rechtsprechung.

Durch Nichtanmeldung einer Zusammenkunft von Mitgliedern des Vergarbeiterverbandes, die in Holzwickede aufgelöst wurde, sollte Genosse Luczak als Einberufer die §§ 1 und 12 des Vereinsgesetzes übertreten haben. Das Landgericht Dortmund verurteilte ihn auch, indem es annahm, es handele sich um eine Versammlung zur Erörterung öffentlicher Angelegenheiten, weil Luczak in der „Versammlung“ gesagt habe, es handele sich um die Einleitung einer — Hausagitation zur Werbung neuer Verbandsmitglieder. In der Begründung stützte sich das Landgericht auf den Zweck des Verbandes, der auf eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten hinging. — Das Kammergericht hob das Urteil auf und verurteilte die Sache zu nochmaliger Verhandlung an das Landgericht zurück. Das Landgericht gehe davon aus, daß wenn ein Verein eine bestimmte Tendenz habe, eine Versammlung, die ihm dienen solle, auch diese Tendenz haben müsse. Das sei aber ein logischer Sprung, den der Senat nicht mitmache. Die Vergrößerung eines Verbandes sei an sich noch keine öffentliche Angelegenheit. Es komme auf die Art ihrer Behandlung an. Darüber sei noch nichts festgestellt.

Mensch, bezahle keine Schulden!

Ein Vordellwirt in Augsburg bezog von einer großen Weinfirma ein größeres Quantum Wein. Als der Vordellwirt nicht zur rechten Zeit bezahlte, wurde er verklagt. Das Amtsgericht in Augsburg wies durch Urteil die Klage aber mit der sehr interessanten Begründung ab, die Weinfirma sei zu der Forderungslage nach dem Gesetz nicht berechtigt, weil sie den Wein „zu unbilligen Zwecken“ geliefert habe. Das Gericht überließ, daß der Grundfah Mensch, bezahle keine Schulden“ auch für die Fälle unbilliger Forderungen nicht gilt, sofern eine Vereicherung durch die gefaßte Ware vorliegt. Die nächste Instanz foreigerte diesen Irrtum. Sie verurteilte den Vordellwirt zum Zahlen.

Zur Auslegung der Automobilverordnung.

Die Oberpräsidialverordnungen über den Automobilverkehr bestimmen, daß bei Strafen gegen das Warnsignal zu geben ist. In einem Strafverfahren gegen Dhm handelte es sich um die Auslegung dieser Bestimmung. Das Kammergericht entschied dahin, daß eine Strafenkreuzung im Sinne dieser Bestimmung nicht bloß vorliege, wo sich zwei Straßen in Form eines lateinischen Kreuzes schneiden, sondern auch schon da, wo überhaupt eine Straße in eine andere hineinmündet, ganz gleich, ob sie sich auf der anderen Seite forsetzt oder nicht.

Eingegangene Druckschriften.

Der „Süddeutsche Postillon“ erschien im Maienshmad. Die Nr. 9 ist gewöhnlich und enthält schmale padende Bilder: Eine Birshandjehne Am 1. Mai von Eisenberg, Das neue Paradies auf Erden, ein farbenprächtiges Bild von H.N.K.A. Das farbige Schlußbild Der Eskape an der Arbeit fandte R. Sanjalon. An der Spitze des Textes steht G. K. Leibgebtel Mainzlaube. — Waigebanken und Glosien von L. R. — Lumpenlieb, eine hebräische Dichtung von J. D. — Die Friedenskonferenz der Arbeit. — Eine dreifache Besage ist dem dahingegangenen J. K. u. r. gewidmet; ein Bild Kuecs, der Besage „Zur Hütte“ nachgebildet. — Der Nachruf: Ein Sohn des Volkes von Maximilian Ernst. — Ernst Klar widmet einen poetischen Nachruf. Den übrigen Teil füllt ein Bild Die neue Vera. — Ausperrung und Waiseler, Lied der türkischen Patrioten, zwei Dreistropfner von L. R. — Leopold, der Beldorliebt. (Gedicht).

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Friedrichstr. 16, Aufgang 4, eine Treppe (Gondelstraße Beckallee, Durchgang auch Lindenstr. 101), wochentags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gedruckt 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Dankschreiben und eine Zahl als Verzeichnis beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

läufig. — W. W. 32. Wenn ein Bäcker oder eine Bäckerin sich zum zweitenmal verheiratet will, so muß sie sich zunächst mit ihren minderjährigen Kindern auseinandersetzen. In diesem Zweck richtet sie den Antrag auf Einleitung eines Teilungsverfahrens und auf Erteilung eines Ausweisungsbeschlusses an das Amtsgericht. Die Teilung bezieht sich auf das Vermögen, das der Bäcker oder die Bäckerin für die Kinder verwaltert. Verwaltert sie kein Vermögen, so wird dies vom Gericht bestritten. — Sie irren: Dieselbe Frage ist wiederholt ausführlich beantwortet worden. — W. W. 12. Die Miete müssen Sie zahlen, falls nicht der neue Mieter etwa auch für den März zu zahlen hat. — Z. 4. Wenn Ihre Vertung nichts Gegenteiliges enthält, ist der Wirt nur berechtigt, die Wiederherstellung des früheren Zustandes zu verlangen. — R. 17. Eine solche Ermäßigung besteht nicht. — J. A. 1878. Rein. Stammtischweite. Schließen fördert etwa 3 Millionen, das Saarrevier 1 1/2, das Ruhrrevier 6 1/2 Millionen Tonnen Steinkohlen. — G. R. 18. Rein. — G. R. 11m. Hauptwahl 40 384, Stichwahl 50 552 Stimmen. 10. 1. Wenn es sich um eine ältere Wohnung handelt, würden Sie die Kosten zu zahlen haben. 2. Ja. — Steuern. Die Steuerpflichtigkeit fällt keineswegs mit Erteilung eines bestimmten Lebensalters in Fortfall. — Artur 1885. 1. Und nicht bekannt. 2. Das ist nicht erforderlich. 3. Der Schein genügt. — Taufend. Rein.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 24. April. Kgl. Opernhaus. Götterdämmerung. (Anfang 6 1/2 Uhr.) Kgl. Schauspielhaus. Die Welt, in der man sich langweilt. Neues kgl. Opernhaus. Geschloffen. Deutsches. Der Neidor. Kammerstücke: Aglaine und Selsette. (Anfang 8 Uhr.) Lessing. Die Stützen der Gesellschaft. Anfang 8 Uhr. Vorhing. Der Troubadour. Neues Schauspielhaus. Mt. Heidelberg. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Berliner. Der Richter von Zalamea. Schiller O. (Wallner-Theater.) Heimat. Schiller-Theater Charlottenburg. Moloch. Der zerbrochene Krug. Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.) Am grünen Weg. Komische Oper. Barbier von Sevilla. Zentral. Wiener Blut. Westen. Die lustige Witwe. Kleines. Das Rudolfsel. Neues. Der Dieb. Residenz. Haben Sie nichts zu verzollen? Anfang 8 Uhr. Lustspielhaus. Husarenfieber. Deutsch-Amerikanisches. Kamzelle Klause. Thalia. Wo die Liebe hinfällt. Luisen. Flachsmann als Erzieher. Trionon. Pl. Josefette — meine Frau. Bernhard Hofe. Die Geier-Wally. Metropol. Der Teufel lacht dazu. Gebr. Herrnsfeld. Ein verrücktes Hotel. Wintergarten. Cleo de Mérode. Spezialitäten. Apollo. Der Triumph des Weibes. Spezialitäten. Kasino. Mit Carter. Spezialitäten. Waldhalla. Spezialitäten. Folies Caprice. Eine Nacht in der Apotheke. Im Inspektionszimmer. Intimes. Eine vom Ballett. — Hapsenreich. Palais. Spezialitäten. Passage. Rai was Anderes. Spezialitäten. Reichshallen. Steffiner Sänger. Urania. Tanzenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Die Feuergefallen der Erde. Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

Urania.

Wissenschaftliches Theater. Abends 8 Uhr: Die Feuergefallen der Erde.

Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr: Husarenfieber.

Zentral-Theater.

(Operette.) Abends 8 Uhr: Wiener Blut.

Residenz-Theater.

Direktion Richard Alexander. Anfang 8 Uhr. Haben Sie nichts zu verzollen? Schwan in 3 Akten v. R. Hennequin und J. Heber. Robert de Triebel: Rich. Alexander. Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Schlafwagenkontrolleur.

Luisen-Theater

Reichenbergerstr. 34. Anfang 8 Uhr. Abschieds-Benefiz für Fr. A. Ueberach. Einmalige Aufführung: Flachsmann als Erzieher. Komödie in 3 Akten von Otto Ernst. Donnerstag: Eine offizielle Frau. Freitag: Lenore. Sonnabend: Eine offizielle Frau. Sonntag 8 Uhr: Trompeter von Säckingen.

BERNHARD ROSE THEATER

Gr. Frankfurterstr. 182. Die Geier-Wally. Schauspiel in 5 Akten und 1 Vorpl. v. W. v. Hilken. Donnerstag: Der Trompeter von Säckingen. — Freitag, Sonnabend, Sonntag: Die Geier-Wally. Billetvorverkauf ohne Barverkaufsgebühr 10—1 Uhr an der Theaterkasse.

Metropol-Theater

Anfang 8 Uhr. Der Teufel lacht dazu. Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Holländer. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz. Massary. Wolff. Bender. Giampietro. Josephl. Rauchen überall gestattet. Sonntag, 28. April, nachm. 3 Uhr: Auf in's Metropol.

Apollo Theater

8 Uhr: Die bedeut. Spezialitäten. 8 1/2: Merians Original-Bauern-Gaude-Theater: Ein treuloses Weib. 9 1/2: Der Triumph des Weibes. Nächsten Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr: Letzte Doppelvorstellung.

WINTERGARTEN

Cleo de Mérode Neues Programm.

Kasino-Theater

Lotharingerstr. 37. Täglich 8 Uhr. Nur noch bis 30. April: Nick Carter. Ab 1. Mai auf allgemeinen Wunsch: Neu einstudiert: Heirat auf Probe. Sonntag 4 Uhr: Eingebögelchen. Der Gahn im Korbe.

Schiller-Theater N.

Friedrich-Wilhelmsstädtisches Theater. Sommerpreise. Anfang 8 Uhr. Unsere Käse. Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Mittwoch, abends 8 Uhr: Heimat. Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann. Donnerstag, abends 8 Uhr: Traumulus. Freitag, abends 8 Uhr: Traumulus. Schiller-Theater Charlottenburg. Mittwoch, abends 8 Uhr: Moloch. Eine unvollendete Tragödie (2 Akte) von Friedrich Heibel. — Hierauf: Der zerbrochene Krug. Ein Lustsp. in 1 Akt v. Heinrich Heibel. Donnerstag abends 8 Uhr: Heimat. Freitag, abends 8 Uhr: Moloch. — Der zerbrochene Krug.

Schwarzer Adler. Friedrichsberg. Jeunspacher Nr. 8. Jeden Sonntag im Königssaal: Großer Ball unter Leitung des Herrn D. Bürger. Jeden Mittwoch: 44102. Willy Walde-Sänger. Gebr. Arnold.

Allg. Ausstellung in Werder a. H. - Berlin zur Zeit der Baumblüte 1907. Feyerliche Eröffnung Donnerstag, 25. April, mittags 1 1/2 Uhr. Eintritt 50 Pf. Umfassend: Obstbau und Obstverwertung mit ihren Hilfsmitteln Garten- und Ackerbau Nahrungs- und Genußmittel Gewerbe und Handwerk Volkswohlfahrt und Volksbelastigung sowie eine Sondergruppe für die Kausindustrie der Obstverwertung.

Nur noch 2 Tage. Zirkus Schumann

Heute abend bräutle 7 1/2 Uhr: Grando Solrée equestre. Eliteprogramm und Dr. Schumanns neue und moderne Dressuren. Die stiegenden Menschen. Les 4 Kaffos. Luigi Rossi u. das Wunderpferd „Emir“, Salscha Gerard, Eva Costell, Barjorcerreiter. Um 9 1/2 Uhr: St. Hubertus. Der 1., 2., 3. Akt und die hochinteressante Steinbockjagd auf echte lebende Steinböcke. Morgen: Abschieds-Vorstellung.

Zirkus Busch.

Letzte Vorstellung. Heute Mittwoch, 7 1/2 Uhr: Großer Gala-Abend. Um 7 1/2 Uhr: ROM. Hr. Drig. Ausstattungs-Pantomime in 7 Bildern. Zum Schluss: Die Rarmorhader Aeros mit ihren jenseitigen Hitz- und Kältespielen. Ferner: Die urkomischen Gebr. Fratellini, Francesco u. Alberto in der American Bar. Jelen-Tandelle, Hr. Ernst Schumann mit seinen neuesten Dressuren etc.

Deutsch-Amerikanisches Theater.

Gespelldes Theater des Westens: Jeden Abend 8 Uhr bis 30. April inf.: Mamselle Nitouche. Celestin. — Um. Löwe u. G. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Der Barbier von Sevilla.

Otto Pritzkow. Münzstr. 16.

Welt-Ausstellungs-Biograph. (St. Louis) Theater lebender Photographien. Der Untergang des Dampfers „Berlin“. 108 Tote, 12 Gerettete. Den ganzen Tag Vorstellung.

Brunnen-Theater

Badstraße 58. Direkt.: Bernh. Rose. Montag, Freitag, Sonntag große Vorstellung. Freitag, den 26. April 1907: Die Jüdin von Toledo. Trauerspiel in 5 Akten. Ansfängeröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Buggenhagen

Moritzplatz. Jeden Mittwoch u. Sonnabend: Humoristisches Konzert und Freitanz.

Verlangt bei Euren Zigarren-Händlern 4389L* Wichtelmännchen! Beste 6 Pfennig-Zigarre, Vertreter: Leo Ansbach, Berlin O., Schillingstraße 38. Bahnbrechend!

Die Lösung des Problems der Preisbewegung ist der Schlüssel zur Lösung aller Finanz-, Handels-, Sozial- und Wirtschaftsfragen, mittels der Schlüssel zur Lösung der sozialen Frage. — Ausgehend der bestehenden großen Gegensätze, — Herbeiführung normaler Verhältnisse im Erwerbe- und Wirtschaftsleben. Die zuverlässige Vorhersage der mechanischen Preisbewegungen an den Produkt- und Effektebörsen ist das Resultat einer 30-jährigen mit Geduld und Ausdauer, nach Ueberwindung unsagbarer Widerstände und Schwierigkeiten durchgeführter Aufgabe. Das gewonnene Resultat und die daraus sich ergebenden Wirkungen sind von größter Tragweite, die Kenntnis derselben von unermesslichem Wert für alle Gebiete des nationalen und internationalen Wirtschaftslebens. Sie sind in der Broschüre: „Das Wirtschaftsbild der Gegenwart und der Zukunft“, herausgegeben von Kaufmann Michael Froestler in Warschau, niedergelegt und haben ein allgemeines ökonomisches Interesse. Die Broschüre ist zu beziehen durch alle Buchhandlungen (Kommissionär: Otto Weber, Leipzig). Broschüre 4, vollständige Ausgabe, H. 2. — H. Voll- und Volksausgabe, 60 Pfg. Gegen Einsendung von M. 2.10, bzw. 65 Pfg. für das Inland, M. 2.30, bzw. 70 Pfg. für das Ausland, werden die Broschüren portofrei vom Verleger versandt, wenn in Buchhandlungen nicht erhältlich. Man verlange ebendasselbe Flugblätter und Prospekte. Inseratenteil veranw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW.

Gebr. Herrnsfeld-Theater Vorwerk. 8 Uhr. 11-2 Uhr. 57 Kommandantenstraße 57. Ein verrücktes Hotel. Hauptrollen: Anton u. Donat Herrnsfeld. In Vorbereitung: Es lebe das Nachtleben! Eine Separée-Küche von Anton u. Donat Herrnsfeld.

W. Noacks Theater. Direktion: Rob. Dill. Baumstr. 16. Armut und Edelsinn. Volksstück in 5 Akten von Kogebue. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Morgen und folgende Tage: Armut und Edelsinn. Volksstück v. Kogebue. Ehren- und Vorzugskarten gültig!

Passage-Theater. Jeden Abend 8 Uhr: Das großartige April-Programm! Ki-ta-fuku die beste Japaner-Truppe der Welt. Paul Corradini Berlin's beliebtester Komiker und die erfindlichsten 14 Attraktionen 14.

Trionon-Theater. Anfang 8 Uhr. Fraulein Josefette — meine Frau. Sonntag 3 Uhr: Der Hausfreund.

Folies Caprice Linienstr. 132, an der Friedrichstr. Kolossaler Erfolg! Eine Nacht in der Apotheke. Anfang 8 Uhr. Vorverkauf an der Theaterkasse und bei Wertheim.

Wahalla-Variete-Theater Weinbergsweg 19/20, Rosent. Tor. Heute abend 8 Uhr: Das große April-Programm. 10 Pers. Geni Family Pers. Circusische Spiele u. Pierce. Grete Gallus Charakter-Comedie. 12 erstklassige Nummern 12.

Palast-Theater. Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börse. Heute 8 Uhr. Entree 50 Pf. Der brillante April-Spielplan. Hasson und Jenny Kugelläufer. Alcide und Alberti fliegender Bombard. Onkel Moritz Schwan! und 10 Spezialitäten 1. Ranges. Familienkarten, wochentags zum halben Staupreis gültig. In Barbier, Feiseur u. Zigarrengegeschäften gratis.

Teilzahlung monatlich 10 M. Keine Herren-Garderober nach Maß (billigste Preise). J. Tomporowski, Lindenstr. 110, 2. Etage. Käse Beckenallianceplatz. Kaffe 10 Pf. billiger.

Für die liebevolle Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vaters Eduard Scholz sagen wir allen Bekannten, insbesondere dem Kaufmann „Blauer Dampf“ unseren herzlichsten Dank. Die trauernde Witwe nebst Kindern.

Sanssouci, Kotibuser. Direktion Wilhelm Reimer. Sonntag, Montag, Donnerstag: Stets neues hochaktuelles Programm der Hoffmanns Norddeutschen Sänger und Tanztruppen. Sonntag, Montag, 8 Uhr. Für die nächste Saison sind sämtliche Sonnabende bereits besetzt. Noch einige Mittwochabende sind zu vergeben.

Reichshallen-Theater. Steffiner Sänger. Anf. wochentags 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr. Reichshallen-Restaurant. Militär-Konzert.

Gustav Behrens-Theater. Schöneberg-Berlin W., Goltzstraße 9. Der Glou der Saison: Der urkom. Chauffeur mit seinem muff. Auto. Die Goldameisen. sowie die neuen Spezialitäten. A. Schlus die großart. Lust-Operette: Meschuckmann im Südenspahl Berlin. Anfang 8 Uhr, Sonntags 6 1/2 Uhr.

Steidl-Theater- und Konzerthaus. Breckenstr. 2 (a. d. Jannow-Br.). Anfang 8 Uhr. Vorher Konzert. Bureau Piepenbrink! III. Budecke von Frh. Steidl. Tagesklasse 11—2 Uhr. Im Restaurant täglich: Gr. Dyberski-Konzert. Verzügliche Küche!

Am 1. Mai bleibt auch in diesem Jahre mein Geschäft geschlossen. Arbeitsgänge Wilh. Fahr, Baumstr. 116.

Stegpfecken billigst direkt in der Fabrik! 72. Wallstr. 72. wo auch alte Stegpfecken ausgetauscht werden. Bernhard Strohmandel, Berlin Ks. Hauptstr. Antolog gratis.

Haben Sie Stoff? Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Maß, welche dauerh. halten, von 20 Mark an. Moritz Laband, Oranienburger Straße 4, I.

Kratz Radikal-Wanzenlöter Pl. 1.75 u. 1.00, Probe 50 Pf. vernichtet unter Garantie alle Wanzen und Brut. Schwaben-Puder Sch. 1.75 u. 1.00, Probe 50 u. 30 Pf. Fritz Kratz, Drogen, Reinholdenferstr. 119 (alt. Hof. Wedding und Bernstr.).

Allen Freunden und Bekannten teile ich hierdurch mit, daß ich ein Restaurant Petersburgerstraße 4a eröffnet habe. 175b Fritz Lehmann.

Blumen- und Kranzbinderei von Aug. Krause Wienerstraße 7. Bereinigte Galmen-Arrangements, Gartlanden etc. Helfer zu den billigsten Preisen. 38892*

Internationale Zimmererkonferenz.

Im Anschluß an die in Wien abgehaltene 17. Generalversammlung des Zentralverbandes der Zimmerer...

Schrader-Hamburg führte aus: Die Lohnbewegungen müssen Sache der einzelnen Länder bleiben...

Wessely-Wien: Vor allem müssen sich die Organisationen der verschiedenen Länder auf ihre eigene Stärke verlassen...

Spindler-Budapest berichtet über den dortigen Zimmererstreik, der entstanden ist, weil die Unternehmer den Austritt aus der Organisation von den Arbeitern erzwungen wollten...

Schrader-Schweiz: Mit Recht sei gesagt worden, daß ein Streik nicht begonnen werden darf, der über die eigene Kraft geht...

Bringmann-Hamburg: Der Gehalts des internationalen Streikfonds kommt aus Dänemark und ist die Konsequenz der dortigen Verhältnisse...

Verdorft-Holland: Die Gründung der modernen Organisation hat in Holland zur Folge gehabt, daß auch das Unternehmertum sich zusammenschloß...

Römer-Hamburg weist noch auf die Gefahr hin, daß bei großen Kämpfen die Mitglieder der Erntebeträge unter Hinweis auf den vorhandenen internationalen Fonds ablehnen könnten...

Die Konferenz stellte schließlich für die wirtschaftlichen Kämpfe einstimmig diese Grundsätze auf:

- 1. Es ist Sache der Landesorganisationen, über die Inzenerierung von Lohnbewegungen selber zu beschließen...
2. Jede Organisation hat ihre Taktik bei Lohnbewegungen so einzurichten, daß die Inzenerierung von Lohnkämpfen sich möglichst in dem Rahmen der dortigen Marktverhältnisse hält...
3. In den Fällen, wo eine Organisation in einen Kampf verwickelt ist, der ihre Kräfte übersteigt und wo es nicht in ihrer Macht liegt, einen solchen Kampf abzumachen...
4. Die Regelung der Art solcher finanzieller Unterstützungen muß allerdings den einzelnen Organisationen überlassen bleiben...
5. Das Versenden von Sammellisten oder Unterstützungsgeuchen an die der internationalen Verbindung angeschlossenen Berufsverbände oder deren Sektionen ist nicht statthaft...
Zur Frage der Reiseunterstützung...

weist Schrader-Hamburg auf die statutarische Bestimmung in den Satzungen des deutschen Zimmererverbandes hin, die wie folgt lautet:

Jungesellen, welche sich innerhalb vier Wochen nach beendeter Lehrzeit dem Verbande anschließen; Mitglieder ausländischer Zimmererorganisationen, die ein Jahr organisiert sind und 40 Beiträge geleistet haben...

Er wünscht, daß von den Organisationen der anderen Nationalitäten die nämliche Einrichtung geschaffen wird, damit die deutschen Zimmerleute überall im Auslande die nämlichen Vorteile genießen...

Der Gegenstand Organisation wurde zum großen Teil beherrscht von dem Widerstreit zwischen dem österreichischen Zentralverband und der tschechischen Organisation, die in Prag ihren Sitz hat...

In Hinsicht auf die gewerkschaftliche Organisation erblidet die Konferenz in dem Vorhandensein mehrerer Organisationen in dem nämlichen Lande eine wesentliche Hemmung zweckdienlicher Vertretung und Förderung wirtschaftlich-beruflicher Interessen...

Zu dem Punkte: Uebertritt in die Organisation eines anderen Landes...

gibt Schrader-Hamburg dem Wunsche Ausdruck, daß die übrigen Länder genau so verfahren möchten wie die deutsche Organisation, die die Mitglieder der ausländischen Bruderverbände ohne Eintrittsgeld aufnehme...

Es wird zu dem Gegenstand die folgende Resolution einstimmig angenommen:

Mitglieder ausländischer Zimmererorganisationen werden unentgeltlich aufgenommen, sobald dieselben sich ordnungsgemäß abgemeldet und ihre Beiträge bis zur Abmeldung bezahlt haben...

Zum Schluß wurden, nachdem Bringmann die bisherige Unzulänglichkeit der internationalen Vertreterstatung gerügt hatte, die einzelnen Organisationen verpflichtet, regelmäßig, mindestens alljährlich, Berichte zu liefern...

Zum internationalen Vertrauensmann wurde wieder J. Schrader-Hamburg gewählt.

Klassenjustiz?

In Lübeck besteht seit mehr als Jahresfrist ein Streik der Holzarbeiter. Die Meister sind krampfhaft bemüht, für die Ausständigen Ersatz zu schaffen, und zwar entblieben sie sich nicht, Arbeitswillige durch Schwindelannoncen und unter Vorpiegelung falscher Tatsachen nach Lübeck zu locken...

Gegen das Urteil legte sowohl der Staatsanwalt als auch der Angeklagte Berufung ein. Die Sache kam am Sonnabend vor der Strafkammer zur Verhandlung. Als Vorsitzender derselben fungierte Landgerichtspräsident Hoppenstedt...

zur Verhandlung standen, viel zu mild bestrafe. Jeder hätte das Recht, die Arbeit zu verweigern, aber auch das Recht, die Arbeit aufzunehmen; eine Bedrückung dieser Freiheit müsse mit aller Schärfe bestraft werden...

Ein zweiter Fall bezog sich ebenfalls auf die Behinderung des Streikrechts. Der Drechsler Walter trat am 18. Januar an die Droschke, in welcher die Streikbrecher saßen, heran und rief: „Kollegen, hier wird gestreikt“...

Angeichts solcher Gerichtserkenntnisse, die dem Volksempfinden direkt ins Gesicht schlagen und auf eine Behinderung des Koalitionsrechts hinauslaufen, muß die Zahl der Leute immer kleiner werden, die an der Existenz der Massenjustiz zweifeln...

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Veetis, Duch usw. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Geisteskur bleiben, wollen uns wegen der Ueberweisung von Spezialnummern sofort ihre Abschee einreichen...

- Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der Reichlichen Marktstellen-Direktion. (Großhandel.)
Weizen 1. 110-115, 2. 105-110, 3. 100-105
Roggen 1. 100-105, 2. 95-100, 3. 90-95
Gerste 1. 90-95, 2. 85-90, 3. 80-85
Hafer 1. 80-85, 2. 75-80, 3. 70-75
Mais 1. 70-75, 2. 65-70, 3. 60-65
Weizenmehl 1. 120-125, 2. 115-120, 3. 110-115
Roggenmehl 1. 110-115, 2. 105-110, 3. 100-105
Gerstemehl 1. 100-105, 2. 95-100, 3. 90-95
Hafermehl 1. 90-95, 2. 85-90, 3. 80-85
Maismehl 1. 80-85, 2. 75-80, 3. 70-75
Weizenklein 1. 10-15, 2. 10-15, 3. 10-15
Roggenklein 1. 10-15, 2. 10-15, 3. 10-15
Gerstenklein 1. 10-15, 2. 10-15, 3. 10-15
Haferklein 1. 10-15, 2. 10-15, 3. 10-15
Maisklein 1. 10-15, 2. 10-15, 3. 10-15
Weizenstroh 1. 10-15, 2. 10-15, 3. 10-15
Roggenstroh 1. 10-15, 2. 10-15, 3. 10-15
Gerstenstroh 1. 10-15, 2. 10-15, 3. 10-15
Haferstroh 1. 10-15, 2. 10-15, 3. 10-15
Maisstroh 1. 10-15, 2. 10-15, 3. 10-15

INSERATE

für die nächste Nummer müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags des vorherigen Tages in unserer Expedition abgegeben werden. Größere Anzeigen für die Sonntags-Nummer erbiten dagegen schon bis Freitag nachmittag 5 Uhr, da nur in diesem Falle die Aufnahme garantiert werden kann.

Körperlich Schwache

CACAOL

sollen früh und abends trinken.
Paket 1/4 Pfund 50 Pf., 1/2 Pfund 1.- M.

General-Vertreter:
Max Henneking
BERLIN W. 50
31 Pragerstr. 31.
Amt Wilmersdorf No. 2768.
- Ueberall zu haben. -

Phänomen-

Zigaretten
mit Kopf
3, 4 u. 5 Pf. das Stück.

Nach **Egyptischer Art** hergestellt.

ZIGARETTEN-FABRIK „NAMKORI“.

Kenner rauchen
Zenith-
Zigaretten

Erstklassige **Fahrräder** Marke „Berlin“ **88** Mark
22/17" mit Continental-Pneumatik
Berlin W. 9, Köthenerstraße 14. Berliner Fahrradindustrie.

Jedes Jenensia-Rad
ein Meisterwerk deutscher Technik.
— Teilzahlung! — Zwei Jahre Garantie! —
Sozial-Räder ab 60.—, Sozial-Luxus- mit Freilauf ab 95.—,
Gebrauchte Räder billig! — Fahrradzubehör billig!
Bitte genau auf Hausnummer „23“ zu achten!

23, R. Groskurth, Berlin C., Münzstr. 23.

Gelegenheitskauf!
Nie wiederkehrend. Nie wiederkehrend.
500 Stück Ia Fahrräder
Nur solange der Vorrat reicht **60 bis 80 Mk.**
Teilzahlung gestattet.
Transporträder 100 Mk. billiger wie bei der Konkurrenz.
Deutsche Transport-Fahrrad-Gesellschaft
Poststraße 26. BERLIN C. Poststraße 26.

Zahnärztliche Klinik
106 Belle-Alliancestraße 106, gegenüber Warenhaus Jandorf.
Zahnziehen unentgeltlich. Bei künstl. Zähnen u. Plomben m. d. Kautschuk-Plomben berechn. — Gedächtn. von 9-6 Uhr. Sonntags 9-12 Uhr. 46312*

Piano! Prachtstück, 500, 5 1/2 Uhr abh. Vorderhaus Gerichtstr. 32, Dittich.
Prack Verleih-Institut: Friedrichstr. 115 I, a. Orabg. Lot. Geg. Brand. Gehrold 1,50, Höhe 1,00, Breite 50 Pf.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (festgedruckt) 20 Pf. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (festgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.

Teppiche mit Farbenjalousien-Abdrücken, Niederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre, kein Laden. Mauerboff. +1

Steppdecken billig! Grobfr. Frankfurterstraße 9, parterre. +1

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre, kein Laden. Mauerboff. +1

Teppiche! (sehr schöne) in allen Größen für die Hälfte des Preises im Teppichlager Hermann, Jandorfstr. 4, Dönhofs Hofe. 255/2*

Federbetten, Stand 10,00, große 16,00, Brautbetten, Bettwäsche, Leibwäsche, Steppdecken, feinstes Plaid, Leinwand, Küchentextilien. 23468

Gardinen, Vorhänge, Tischdecken, Handtücher, Schürchen, feinstes Plaid, Leinwand, Küchentextilien. 23468

Steppdecken feinstes Plaid, feinstes Plaid, feinstes Plaid. 21678*

Wandronen, Petrolraumtionen ohne Anzahlung, Wasser, Louis Döhrer (selbst): Forstgasse 32 (Bahnenverbindung, Forstgasse), Reinoldenstraße 116, Schönhauser Allee 50, Potsdamerstraße 81, Rixdorf, Kleiner Friedrichstraße 247. *

Ferrisrad, Dammsrad, wie neu, 45,00, Holz, Blumenstraße 36b. 23352*

Teppiche, Rückseite angeleimt, unter Kacheln, Stein, Mauerboff, Straße 17. 22918*

Wanderverkauf, Sommerpaletts, Badelanzüge, Sonnenregenschirme, Bettdecken, Gardinenverkauf, Küchentextilien, Teppichverkauf, Wandteppiche, Bettdecken, neuzugn. *

Federbetten, Möbel, Kleiderstühle, Bettwäsche, Nachtlische, hölz. gehobelt, Beschäftigungsbedarf, Ruchbar, Langestraße 22. 31125*

Gelegenheitskauf: Paletts, Anzüge, Socken, Koffer, Revolver, Leinwand, Uhren, Goldschmuck, Koffer, feinstes Plaid, Lade, Drantenstraße 131.

Wanderverkauf, Sommerpaletts, Badelanzüge, Sonnenregenschirme, Bettdecken, Gardinenverkauf, Küchentextilien, Teppichverkauf, Wandteppiche, Bettdecken, neuzugn. *

Federbetten, schöne breite, Stand 20 Mark, auch sämtliche Möbel einer großen Wohnung verkauft Dresdenstraße 28, vom II. Unt. 32/2*

Wandteppiche! Hermannplatz (schön, staubend billig Verkaufspreise. Verkaufserlöse für den billigen Preis von 1900 Mark veränderungslos zu verkaufen. Offerten A. W. postlagernd Kummelsburg. 1706

Milchgeschäft billig zu verkaufen Lindenstraße 59. 162b

Schmiedgeschäft, gut gehend, für 2500 Mark zu verkaufen. Brauerer hilft mit 1000 Mark. Offerten E. J. Postamt 29. 174b

Parteihotel unter günstigen Bedingungen (sogar zu verkaufen) (Hedden). Zur Uebernahme 1000 Mark. Köhler, Ruffinstraße, Bucherstraße 18/19. 171b

Sommerpaletts, Monatsanzüge, wenig getragen, von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Bezugsquelle 20 Prozent billiger wie im Laden, direkt vom Schneidermeister Paul Hartmann, nur Rosenhallerstraße 10. Fernsprecher Amt III 5117. 252/17*

Zingerdobbin, Ringelstücken, 25,00, Alexanderstraße 12, Vogelhandlung. 223/31*

Mietsgesuche.

Möbliertes Zimmer gesucht, zwei Herren, Röhre, Kottbuscher. Offerten mit Preisangabe erbeten unter W.M. 36, Postamt 29. +

Handwerker sucht allein möbliertes Schlafst. bis 18 Mark, Platz für Fahrrad, Gasse, Tor. Offerten unter D. 7 Postamt 13. 1775

Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Blinder Einstichler bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. U. Gläser, Potsdamerstraße 27. 1468b

Stellenangebote.
Steinmetz verlangt Bod., Nordend. Tischler auf Bilderrahmen sucht Post, Rixdorfstraße 22. 194b

Grundruder verlangt Rag, Nordend, Welfensee, Lehderstraße 86/88.

Wacker, erfahrener, für Goldbleiben gesucht. Post, Hermannstraße 56.

Radfahrer mit eigenem Zweirad, 16-17 Jahre alt, finden dauernde Stellung Schützenstraße 24/25, Arbeitszeit: 4-11 Uhr morgens, 4-7 Uhr nachmittags. Kautions: 50 Mark. *

Jünger Hochschneider zur Hand verlangt Post, Bunderstraße 14, Hof III. 185b

Tischlerlehrling verlangt Sutenhoff, Wanteplatzstraße 22. +5

Tüchtige Schneider, nur solche, die auf Zusatzen gearbeitet haben, verlangt sofort A. B. Uermühle, Karlsruherstraße, Große Frankfurterstraße 137. +34

Wäcker verlangt Schneider, Schindlerstraße 8a. +136*

Reinigungsfrauen verlangt Kronenstraße 65. 165b*

Junges Mädchen, welches das Nähen schwarzer Damenschürzen erlernen will, sucht Fabel, Rixdorfstr. 35.

Mädchen zu zwei Kindern (11 und 12 Jahre alt) für einen kleinen Haushalt gesucht. Frau Emsen, Sedanstraße 57, III, Schönberg. *

Lehrmädchen für Musterlager verlangt Ritterstraße 83. 163b

Vermietungen.

Wohnungen.
Cubenarderstraße 37, sofort Wohnungen von 18 Mark ab. 27715

Zimmer.
Möbliertes Zimmer für 1 oder 2 Herren vermietet Frau Jacoben, Kolbergstraße 26, III. +

1. Mai ein kleines möbliertes Zimmer zu vermieten Kottbuscher Ufer 62, Quergebäude II, bei Höhe.

Schlafstellen.
Schlafstelle, Herr oder Mädchen, Reich, Schlemmerstraße 4, 1. Seitenflügel III. +58

Möblierte Schlafstelle, zwei Herren, Witwe Burgah, Schlemmerstraße 4, 2. Quergebäude III. +58

Freundliche Schlafstelle für Herrn, Köhler, Köhlerstraße 9, hinter Seitenflügel III. +105

Leere Stube oder Schlafstelle bei Frau Lehmann, Rixdorfstraße 12.

Schlafstelle, Herr, separat, Ballonzimmer, inkl. 12,00, Sedanstraße 45, Gartenhaus rechts, Sommerfeld. +110

Möblierte Schlafstelle vermietet Lindow, Dragonerstraße 21. 44b

Möblierte Schlafstelle Kottbuscher Ufer 62, Quergebäude II, bei Höhe. 32/16

Leere Schlafstelle für zwei Herren, Kottbuscherstraße 37, 1. vom. +34

Freundliche Schlafstelle für Herrn, Köhler, Köhlerstraße 9, hinter Seitenflügel III. +105

Kleinige freundliche Schlafstelle (Herrin), Köhlerstraße 9, hinter Seitenflügel III. +105

Achtung!

In der Zugspazier- und Zeilob-motorenfabrik
R. Priester & Co.
Michaelkirchstraße 17
hat das Personal die Arbeit niedergelegt und ist für Pfeifer, Pfeiferinnen, Kottbuscher, Speicherrinnen, Buchbinder usw.
gesperrt.
Zugspazier ist fernzuhalten!
Deutscher Buchbinder-Verband.
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Kürschner.
Der Verein selbständiger Kürschner (Baldbrande) hat wegen Abregulierung die **Sperre** über die Firma **Mayer u. Co.**, Kommandantenstraße 76/78, verhängt. 102/9
Wir bitten, sich streng danach zu richten.
Der Vorstand.

Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen“.
Zentrum:
Fris Rink, Wauerstr. 59,
H. Gahnisch, Auguststr. 50.
Westen:
G. Schmidt, Salowstr. 52.
Osten:
Ed. Mann, Petersburgerplatz 4,
H. Wengels, Rixdorfstraße 3,
Gustav Vogel, Kottbuscherstr. 83.
Nordosten:
F. Jucht, Reibstr. 42,
F. Reul, Dammstr. 49.
Norden:
G. Rasche, Rixstr. 56,
F. Frapp, Steinwegstr. 10,
Karl Ward, Ludenstr. 123,
Karl Weike, Rixdorfstraße 49,
E. Dechant, Rixdorfplatz 24,
G. Vogel, Dammstr. 37,
H. Tich, Jandorfstr. 124.
Nordwesten:
Karl Anders, Salowstr. 8,
W. Schroke, Geylowsstr. 29.
Südwesten:
G. Werner, Gneisenstr. 72,
D. Schröder, Vogelbergstr. 27.
Süden:
St. Fris, Wauerstr. 31,
F. Gutschmidt, Kottbuscher Damm 8.
Südosten:
Paul Böhm, Ludenstr. 14/15,
F. Gorch, Engel-Ufer 15.
Charlottenburg:
G. Scharnberg, Seifenmeisterstr. 1
Friedrichsberg:
C. Seifert, Kronprinzstr. 50.
Rixdorf:
W. Geinrich, Rixdorfstr. 7,
Conrad, Hermannstr. 50.
Kummelsburg:
H. Rosenkrantz, Alt-Bohagen 56.
Schöneberg:
Willy Schüller, Martin-Lutherstr. 51.
Weißensee:
K. Jahnmann, Sedanstr. 105,
Jul. Schiller, Rixdorf-Platz 39a.
Reinickendorf:
F. Gursch, Pragerstr. 108.
Treptow:
H. Gramenz, Rixdorfstr. 412.

Achtung! Töpfer! Achtung!
Sämtliche Bauten der Firma Kaufmann Wilhelm Reine, Rixdorf, Kaiser Friedrichstraße 208, sind bis auf weiteres als gesperrt zu betrachten. Augenblicklich kommt der Bau Holzgerstraße, Ecke Seitenflügelstraße, ausführender Töpfermeister Humpel, in Betracht. 196/1
Die Verbandsleitung.

Redakteur-Gesuch.
Zur Verstärkung unserer Redaktion suchen wir einen gewandten Redakteur, der auch das Korrekturlesen mit zu übernehmen hat. Anfangsgehalt 1800 M. Der Eintritt soll möglichst bald erfolgen. 46832*
Offerten mit der Aufschrift „Redakteur“ bitten wir bis spätestens 9. Mai an unseren Verlag zu richten.
„Volkszeitung“, Mainz.

Geübte Packerinnen
zum Einpacken und Kontrollieren von Waren an unsoren Kassen zum sofortigen eventuell späteren Antritt gesucht. Meldungen mittags 1-2 oder abends 8-9 Uhr.
A. Jandorf & Co.,
Bellealliancestr. 1-2.

Botenfrauen
bei gutem Lohn und allen Begebenheiten können sofort werden.
„Deutsche Nachrichten“, Friedrichstraße 240/1.
168b

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Anzeigenteil verantw.: Th. Uebe, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.